Ausgabe 1 - Februar 2012

10. Jahrgang, Nr. 52

Informationsstelle Militarisierung e.V.

AUSDRUCK

MAGAZIN DER INFORMATIONSSTELLE MILITARISIERUNG E.V.

Einzelpreis 3,50 € - ISSN 1612-7366

Deutschland und die Bundeswehr

Lucius Teidelbaum / Thomas Mickan - Das Militärhistorische Museum in Dresden – zwei Blickwinkel - **1**

Michael Haid - Eine deutsche „Blankettnorm“ zum Töten? Anmerkungen zur Debatte um ein Gesetz für den Auslandeinsatz der Bundeswehr - **5**

Christian Stache - Erst kämpfen, dann studieren: Universität Reutlingen und Bundeswehrhochschule München weiten ihr Modell zivilmilitärischer Zusammenarbeit aus - **7**

Andreas Seifert - Für eine friedliche Universität: Zur Tübinger Debatte über eine „zivile“ Universität - **9**

Michael Haid - Ab durch die Hecke! Erste Bilanz des freiwilligen Wehrdienstes der Bundeswehr - **12**

EU-Militarisierung

Matthias Monroy - Augen aus dem All, Netzwerke der Satelliten-aufklärung - **13**

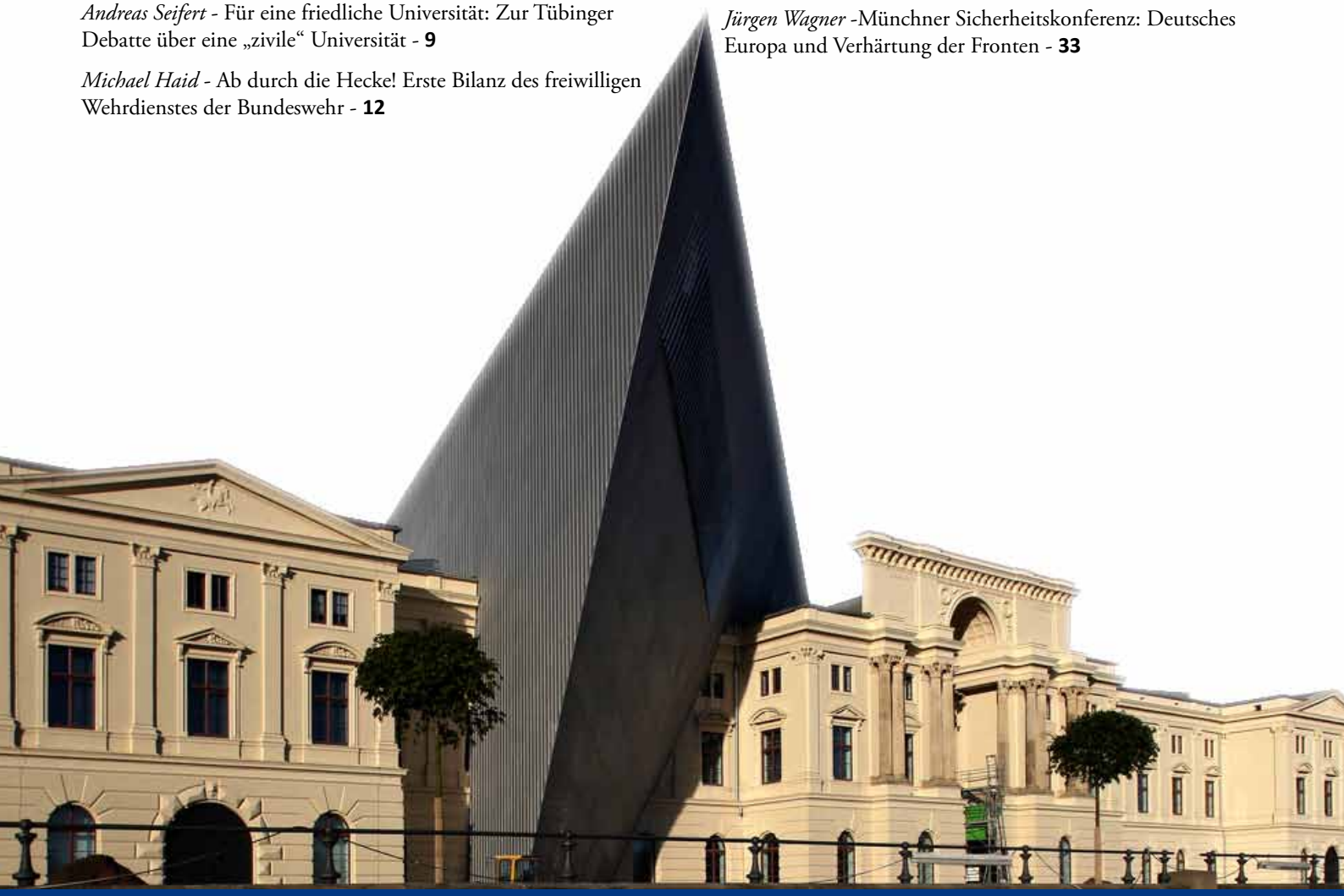
Militarisierung Afrikas

Jonna Schürkes - Die vielen Formen des Krieges am Horn von Afrika - **20**

Christoph Marischka - Sahara, der Libyenkrieg und die kommende Aufstandsbekämpfung - **28**

NATO

Jürgen Wagner -Münchner Sicherheitskonferenz: Deutsches Europa und Verhärtung der Fronten - **33**



Editorial:

Mit dieser Ausgabe geht der AUSDRUCK nun in sein zehntes Erscheinungsjahr. Seit der Erstausgabe versuchen wir möglichst zeitnah Informationen rund um die Themen kritische Friedensforschung, Militarisierung sowie aktuelle Krisen und Konflikte zusammenzutragen. Seit 2003 hat sich dabei der Umfang des Magazins ständig erhöht. Ein deutliches Indiz dafür, dass uns die Themen in absehbarer Zeit – leider – nicht ausgehen dürften.

Betrachtet man etwas nostalgisch die Erstausgabe dieses Magazins aus dem Jahr 2003, so hat sich doch einiges geändert. Anfangs handkopiert und selbst zusammengefaltet, haben wir uns sowohl was das Layout und den Umfang als auch was die Qualität der Beiträge anbelangt bemüht, den AUSDRUCK kontinuierlich zu verbessern – wir hoffen dies ist uns gelungen! Gerade hierfür sind wir natürlich auch auf Verbesserungsvorschläge angewiesen, über die wir uns immer sehr freuen.

Auch in dieser Ausgabe versuchen wir wieder, ein möglichst breites Themenspektrum abzudecken. Den Anfang machen zwei Beiträge, die das neu eröffnete Dresdner Militärmuseum unter unterschiedlichen Blickwinkeln betrachten. Auch die Militarisierung der Hochschulen beschäftigt uns in jüngster Zeit immer stärker, der wir uns mit ebenfalls zwei Artikeln in dieser Ausgabe widmen. Zur Bundeswehr findet sich eine erste Bilanz des freiwilligen Wehrdienstes sowie zur Debatte um ein Streitkräfteeinsatzgesetz. Ausführlich widmen wir uns in dieser Ausgabe auch der Militarisierung und den Konflikten in Nordafrika – die Europäische Union spielt hierbei, wie so häufig, eine sehr unrühmliche Rolle. Was ihre Militäreinsätze anbelangt, werden weltraumgestützte Kapazitäten für die Europäische Union immer wichtiger; mit einer Reihe problematischer Auswirkungen, wie ein weiterer Beitrag herausarbeitet.

Neben der Debatte um eine deutsche Führungsrolle in Europa waren die drohenden Kriege gegen Syrien und den Iran das Hauptthema der diesjährigen Münchner Sicherheitskonferenz, auf der kräftig für eine weitere Eskalation der Konflikte getrommelt wurde. Aus diesem Grund ist es umso erfreulicher gewesen, dass sich auch in diesem Jahr wieder trotz klirrender Kälte viele Menschen einfanden, um gegen die Konferenz und die auf ihr geplante Kriegspolitik zu protestieren.

Die Redaktion

Impressum

Der AUSDRUCK wird herausgegeben von der Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. Tübingen.

Redaktion: Das Aktiventreffen der Informationsstelle Militarisierung, Jürgen Wagner, Christoph Marischka, Jonna Schürkes, Michael Haid, Andreas Seifert (Layout).

Erscheinungsweise: Der AUSDRUCK erscheint zweimonatlich jeweils zu Beginn des Monats.

Druck: Campus Druck, Hechinger Str. 203 (Sudhaus), 72072 Tübingen.

Bezugsbedingungen: IMI-Mitglieder und Mitglieder des IMI-Fördervereins erhalten den AUSDRUCK kostenlos (ab einem Beitrag von 5 €/Monat). Einzelpreis 3,50 €. Im Jahresabo (6 Hefte): 25 € bzw. Förderabo 37 €.

Bezugsadresse: Informationsstelle Militarisierung e.V., Hechinger Str. 203, 72072 Tübingen.

Bildnachweise wie angegeben außer: Titelbild: Militärhistorisches Museum der Bundeswehr, Wir.Dienen.Deutschland (Flickr), Bundeswehr/Bienert; S.8, Michael Schulze von Glasser.

Hinweise zu den Autoren dieser Ausgabe: Christoph Marischka, Jürgen Wagner und Andreas Seifert sind IMI-Vorstandsmitglieder. Jonna Schürkes und Micheal Haid sind IMI-Beiräte. Christian Stache, MA, der Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, promoviert an der Uni Hamburg. Matthias Monroy ist Journalist und lebt in Berlin. Lucius Teidelbaum und Thomas Mickan waren Praktikanten bei der IMI.

Spendeninformation

Die Informationsstelle Militarisierung und der IMI-Förderverein Analyse und Frieden sind eingetragene und als gemeinnützig anerkannte Vereine. Die Arbeit der Informationsstelle trägt sich durch Spenden und Mitgliedsbeiträge. Wenn Sie Interesse an der Arbeit der Informationsstelle oder Fragen zum Verein haben, nehmen Sie bitte Kontakt zu uns auf. Nähere Informationen, wie auch Sie IMI stützen können, erfahren Sie auf unserer Homepage (www.imi-online.de), per Brief, Mail oder Telefon in unserem Büro in Tübingen.

Spenden an IMI sind steuerabzugsfähig.

Unsere Spendenkontonummer ist:
1662832 bei der Kreissparkasse Tübingen (BLZ 641 500 20).
IMI-Förderverein: 1766996 bei der Kreissparkasse Tübingen.

Kontakt:
Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V.
Hechinger Str. 203 (Sudhaus)
72072 Tübingen

Telefon: 07071/49154
Fax: 07071/49159
e-mail: imi@imi-online.de
web: www.imi-online.de

Informationsstelle Militarisierung e.V.

Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. - Hechinger Str. 203 - 72072 Tübingen

Das Militärhistorische Museum in Dresden – zwei Blickwinkel

Am 14. Oktober 2011 wurde das Militärhistorische Museum in Dresden nach einem Umbau wiedereröffnet. Im Folgenden finden sich zwei unterschiedliche Sichtweisen und Bewertungen des Museums.

Ein Gang durch das Militärhistorische Museum in Dresden

von Lucius Teidelbaum

Im Juli 2010 kam es zum Skandal, als bekannt wurde, dass ein Mitarbeiter des Dresdner Militärmuseums im NPD-Hausverlag „Deutsche Stimme" ein Buch veröffentlicht hatte. Wolfgang Fleischer (* 1952) hatte das Buch „Sachsen 1945" im Riesaer Verlag „Deutsche Stimme" publiziert. Fleischers Co-Autor ist Roland Schmieder, ein Oberst der Reserve, der auch eine Zeit lang im Museum beschäftigt war. Fleischer selbst war seit den Anfängen des Militärmuseums 1972 dessen ziviler Mitarbeiter. Gegenwärtig ist er dort ein Fachgebietsleiter und hatte bisher laut der „Sächsischen Zeitung" (SZ) einen „tadellosen Ruf als Experte". Ganz stimmt das allerdings nicht. Der Fachgebietsleiter hatte bereits vor dem Skandal im Juli 2010 in einer Ausgabe des braunen Magazins „Deutsche Militärzeitschrift" ein Interview gegeben.

Der Museumsleiter, Oberstleutnant Matthias Rogg, gab sich angesichts dieser Tatsachen schockiert und die SZ zitiert ihn mit den Worten: „Das ist uns alles äußerst unangenehm". Immerhin wurde mit einer Pressekonferenz reagiert, auf der Rogg klarstellte, dass das Museum sich ausdrücklich von der „Deutschen Stimme" distanziere. Die SZ gibt Rogg in ihrem Bericht wieder: „Der Mitarbeiter sei nicht vom Dienst suspendiert, ‚wir haben den Fall zur gründlichen Bearbeitung weitergegeben. Die Wehrbereichsverwaltung Ost in Strausberg übernimmt die juristische Prüfung, das Militärgeschichtliche Forschungsamt in Potsdam die inhaltliche', so Rogg. ‚Erst danach können wir über weitere Maßnahmen nachdenken.' Im für ihn schlimmsten Fall muss Fleischer wohl mit seiner Entlassung rechnen."[1] Solche Vorkommnisse ließen Schlimmes befürchten für das neueröffnete Museum. Doch es kam anders.

Ein Militärmuseum als Ort der Reflexion

Die Zeiten verstaubter Dioramen, an denen Hobbystrategen vergangene Siege und Niederlagen nacherleben können, sind offenbar vorbei. Jedenfalls gilt das für das Militärmuseum in Dresden. Das neueröffnete Militärhistorische Museum präsentiert sich als Ort der Reflexion. So schreibt die „Neue Züricher Zeitung": „Ein Militärmuseum im Reflexions-Taumel. Erstaunlich. Man muss es gesehen haben."[2] Das offenbart sich bereits im Äußeren. Dem amerikanischen Stararchitekten Daniel Libeskind ist es mit einem mehrgeschossigen Glas&Metall-Keil tatsächlich gelungen, die traditionelle wilhelminische Militärarchitektur aufzubrechen. Dieses moderne Bauelement hatte zu Kritik aus den Reihen der extremen Rechten geführt. Man schwafelte von einer „zweiten Bombardierung" Dresdens. Dass der Architekt noch dazu ein US-Jude ist, sorgte nochmal extra dafür, dass gewisse Personen Schaum vor dem Mund hatten.

In der militär-affinen extremen Rechten findet sich allgemein eine vehemente Kritik an dem Museums-Umbau. Seit letztem Jahr ist bekannt, dass mehrere neurechte Offiziere die Reaktion von Campus, dem Studierenden-Magazin der Bundeswehr-Universität in Neubiberg bei München, gekapert haben. Einer von ihnen ist der studierende Jung-Offizier Felix Springer, Jahrgang 1988, der seit 2010 Autor für „Sezession im Netz" ist. Die Online-Publikation „Sezession im Netz" ist Bestandteil des extrem rechten Thinktanks „Institut für Staatspolitik" (IfS). Springer beklagt sich in seinem Online-Beitrag auf „Sezession im Netz"[3] über den Ist-Zustand der Bundeswehr: „Die in der Folge [gewisser Traditions-Bereinigungen] künstlich durch Verbot und Weisung herbeigeführte Verarmung der Bundeswehr an Traditionsbeständen aller Art muß als in der Geschichte des deutschen Militärs einzigartig gelten." Auch über die äußerliche Umgestaltung schimpft Springer: „Zu behaupten, man wolle nun in dieses vollkommen anorganische und nicht einmal halbherzig gelebte Stückwerk befohlener Identität noch ‚einen Keil treiben', grenzt eigentlich an politisch-historische Nekrophilie." Überhaupt klagt Springer über das „identitäre Trümmerfeld Bundeswehr", die „hippiesque anmutende Emotionalisierung" und sieht das Problem in der „seit Jahrzehnten bewußt und äußerst konsequent vollzogenen Entmilitarisierung von Militär und Staat". Springer lässt ahnen, wie er sich ein Museum in seinem Sinne vorstellt: „Wo, wenn nicht im bundeswehreigenen Museum, soll aus der deutschen Militärgeschichte Identität für den tötenden und fallenden Parlamentssoldaten der Gegenwart und Zukunft gewonnen werden, wo sonst soll er einen Begriff von seiner historischen Aufgabe bekommen?"

Auch in der extrem rechten Wochenzeitung „Junge Freiheit" kritisiert ein Autor die Neugestaltung des Museums. In der Ausgabe vom 6. Januar 2012 beklagt der Autor Johannes Meyer[4]: „Sympathie oder freundliches Interesse für den Gegenstand der Darstellung sucht man vergebens. […] Die verbindende Klammer des Grundthemas Gewalt ermöglicht es dabei sehr einfach, das Militär mit allem Negativen gleichzusetzen, das heute dem Stichwort Gewalt zugeschrieben wird."

Insgesamt hat der Umbau des dreigeschossigen Gebäudes mehr als 60 Millionen Euro gekostet und sollte schon 2008 fertig gestellt sein. Die Eröffnung erfolgte dann aber erst im Herbst 2011. Die Ausstellung beinhaltet mehr als 10.000 Exponate auf insgesamt 19.000m² Ausstellungsfläche.

Das Museum gibt sich weltläufig, die Beschriftungen sind in Deutsch und Englisch. Die neue Ausstellung wird einer modernen Museumspädagogik durchaus gerecht. Der Kurator Gorch

Pieken nannte es „ein Denkstiftungs-, kein Sinnstiftungsmuseum“. Natürlich gibt es auch moderne Elemente wie Videosequenzen und an einer Stelle kann man auch den „Geruch des Krieges“ schnuppern.

Die modernen Aspekte der Ausstellung äußern sich auch in der Beachtung des Themas Frauen und Militär. Auch die Armee der DDR, die NVA, wird ausreichend und kritisch vorgestellt. Der repressive Umgang mit den als „Bausoldaten“ bezeichneten Wehrdienstverweigerern in der DDR wird beispielsweise gut nachgezeichnet.

In der Konzeption der Ausstellung findet sich insgesamt eine Art Zweiteilung. Die ersten beiden Stockwerke stellen chronologisch die deutsche Militärgeschichte dar. Darüber werden verschiedene Aspekte der Verbindung von Militärischem und Zivilem dargestellt, beispielsweise „Militär und Mode“.

Die Betrachtung deutscher Militärgeschichte ist nicht eine rein darstellende, sondern häufig auch eine eher kritisch einordnende. Kritik an Krieg und Militär hat in der Ausstellung also durchaus seinen Platz. Die kritischen Aspekte der Ausstellung sind auch nicht in eine Nische abgeschoben worden oder wirken irgendwie pflichtschuldig hingestellt.

Die Kritik funktioniert auch über Gegenüberstellungen von Kurz-Biografien. Da wird der Bundeswehr-Generalinspekteur einem Kriegsdienstverweigerer oder der Matrose und Mitglied eines Soldatenrats einem Generalquartiermeister gegenüber gestellt. Die Kriegsverbrechen deutscher Armeen und der jeweilige politische Kontext wurden insgesamt ganz gut eingebaut. Ebenso eine generell militärkritische Note. Natürlich sind es keine höheren Weisheiten, aber wann hat man in militärhistorischen Museen schon Sätze wie die Folgenden gelesen?

„Menschen erschaffen Waffen, um mit Gewalt ihre Interesse durchsetzen oder sich gegen Angriffe zu verteidigen.“

„In jedem Krieg werden Menschen getötet oder körperlich oder psychisch verletzt. Sowohl Waffengewalt als auch Erlebnisse können tiefe Wunden hinterlassen.“

„In seiner letzten Konsequenz bedeutet Krieg die beständige Bedrohung des Lebens.“

Spätestens die ausgestellten Prothesen in der Abteilung „Leiden im Krieg“ oder die kritischen, modernen Kriegsfotografien entblößen für die Besucher die hässliche Seite am Krieg. Selbst die offiziell gerne verschwiegene Drangsalierung junger Soldaten auf der Stube findet in der Ausstellung Erwähnung.

An einer Stelle finden sich auch Porträts von aktuellen Minen-Opfern aus dem Kongo, Afghanistan oder Kambodscha. Dass Deutschland inzwischen der weltweit fünftgrößte Rüstungsexporteur ist, wird dann aber doch lieber nicht erwähnt.

Weniger kritisch sind auch Tafeln wie „Bewährung im Inland“, wo es heißt: *„Ob in Zukunft die Bundeswehr unterstützende Funktionen bei polizeilichen Aufgaben übernimmt* […] *ist jedoch sehr umstritten.“* Eine generelle Möglichkeit scheint der Inlandseinsatz also schon zu sein.

Fazit: Antimilitarismus made by Bundeswehr?

Im Grunde stellt das Militärhistorische Museum den eigentlich unmöglichen Versuch dar, das Zivile mit dem Militärischen auszusöhnen. Das funktioniert darüber, dass das Museum als Bundeswehr-Einrichtung nicht erkennbar ist. Selbst die Hoheitssymbole der Armee fehlen im Eingangsbereich weitgehend. Die Konzeption der Ausstellung entspricht der einer modernen Museumspädagogik und ist damit entsprechend kritisch. Das Museum ist jedenfalls eher keine Werbung für den Dienst an der Waffe. In Teilen konterkariert die Ausstellung die Selbstvermarktung der Bundeswehr als ganz normaler „Job“ unter anderen. Wer die Ausstellung durchwandert hat, dürfte eher weniger Lust auf den Dienst in der Bundeswehr verspüren als vorher. Ob so ein Effekt ursprünglich im Sinne der Bundeswehr war?

Anmerkungen

1 Oliver Reinhard: Verlagswechsel ins Abseits, in: Sächsische Zeitung vom 16. Juli 2010.

2 Joachim Güntner: Dieses Haus der Gewalt hat nicht seinesgleichen, Neue Zürcher Zeitung vom 15. Oktober 2011.

3 Felix Springer: Militärgeschichte ohne Identität – das neue Militärhistorische Museum der Bundeswehr in Dresden, http://www.sezession.de/29753/militargeschichte-ohne-identitat-das-neue-militarhistorische-museum-der-bundeswehr-in-dresden.html

4 Johannes Meyer: Keine Sympathie für das Militär, in: „Junge Freiheit“ Nr. 02/2012 vom 6. Januar 2012, Seite 6

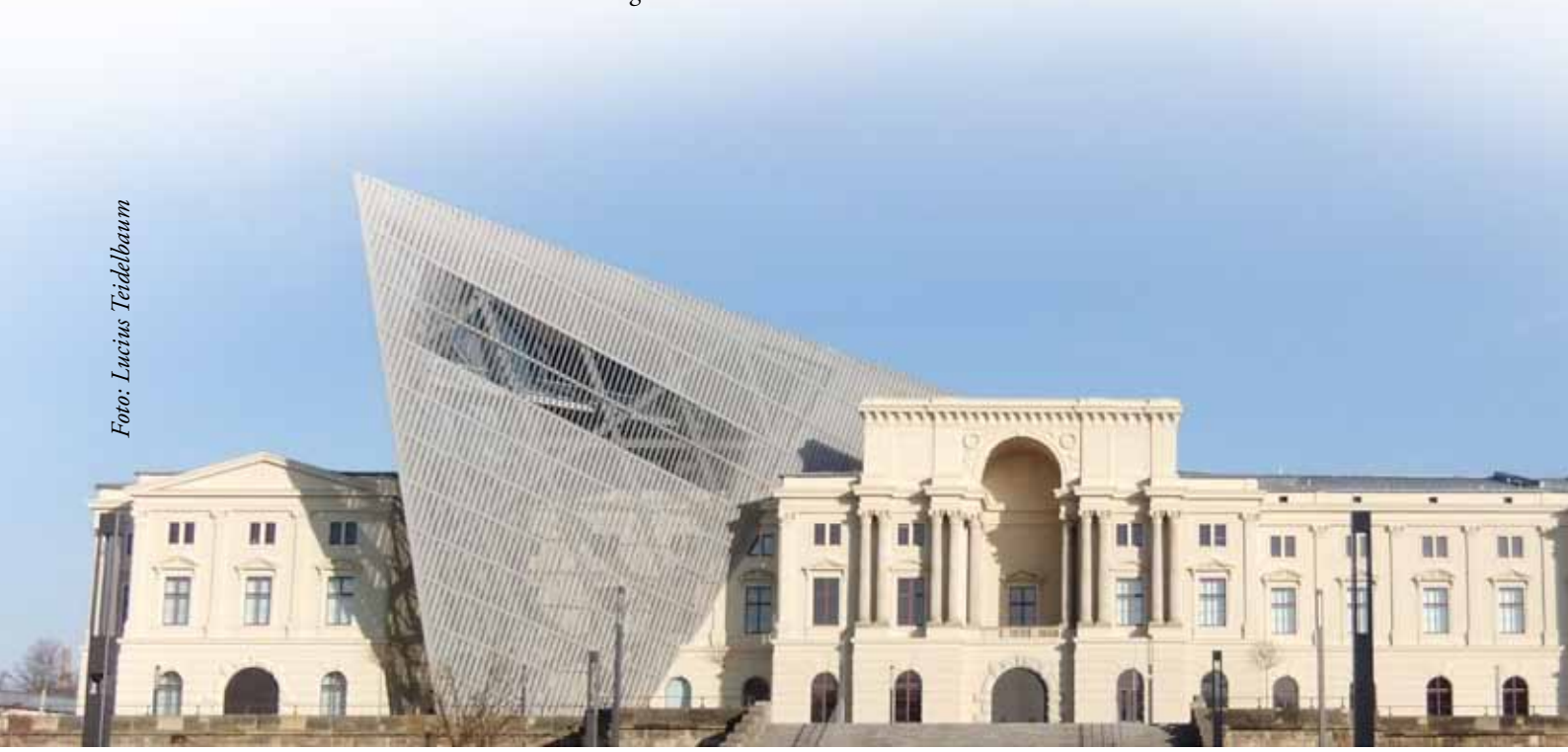


Foto: Lucius Teidelbaum

Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. - Hechinger Str. 203 - 72072 Tübingen

Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. - Hechinger Str. 203 - 72072 Tübingen

Wenn der Kontext das Problem ist: Das Militärhistorische Museum der Bundeswehr in Dresden

von Thomas Mickan

Kein Mensch käme auf die Idee, den Hund die Wurst bewachen zu lassen oder den Bock zum Gärtner zu machen. Doch eben jene sprichwörtliche Torheit ist mit der Neukonzeption des „Militärhistorischen Museums der Bundeswehr" in Dresden (MHM) begangen worden. Die Gelegenheit blieb ungenutzt, dem architektonischen Bruch von Daniel Liebeskind ebenso einen Bruch mit der institutionellen Geschichtsschreibung durch das Militär an diesem traditionsreichen Ort beizufügen. Auch wenn der Direktor des MHM, Oberst Matthias Rogg, zu betonen sucht, sein Museum folge keiner „ideologischen Leitlinie"[1], zeigt sich bei einem Rundgang durch die Ausstellung schnell, wie wenig der Direktor sein Museum zu kennen scheint. Dies betrifft weniger den historischen Rückblick bis zum Ende des Kalten Krieges, jedoch umso mehr die Darstellung jüngster deutscher Militärgeschichte und die zeitungebundenen thematischen Museumsareale (z.B. „Krieg und Spiel"). Die folgenden Ausführungen sollen skizzieren, wie die institutionelle Geschichtsschreibung sich als strukturelles Problem einer „kritischen und differenzierten" Ausstellungsgestaltung darstellt. Sie beruhen auch auf den Beobachtungen eines persönlichen Museumsbesuchs Ende 2011.

Kontextualisierung und Wertsetzung

Weder ein Armee- oder Kriegsmuseum wie in vergangenen Tagen möchte das MHM mehr sein, noch militärische Gewaltmittel als Heilssymbole verehren oder gar Kriege verherrlichen. Diesem alten Militarismus wurde abgeschworen. Vielmehr solle eine „kritische, differenzierte und ehrliche Auseinandersetzung mit Militär, Krieg und Gewalt"[2] erfolgen. Als Anspruch steht dabei die Bemühung, die Exponate so zu hinterfragen, dass sie eine möglichst differenzierte Kontextualisierung erfahren. Direktor Rogg, gefragt nach seiner Reaktion auf die Kritiker_innen militärischen Pathos', umschreibt diese aufklärende Kontextualisierung so: „Weil wir die Dinge dekonstruieren. Das ist Teil unserer Inszenierung, nicht einfach unreflektiert übernehmen, sondern in ihrer Dekonstruktion befragen."[3]

Doch genau in dieser vermeintlichen Dekonstruktion und Kontextualisierung des Militärischen liegt gleichsam eine Rekonstruktion neuer, neomilitaristischer Werte. In der Wertsetzung zerfällt so das Blendwerk angeblicher Ideologiefreiheit. Krieg wird in ihr als immerwährende conditio humana betrachtet. Schon am Eingang begrüßen einen die Clausewitzsche Erstausgabe von „Vom Kriege" sowie eine Videoinstallation des Künstlers Charles Sandison. Clausewitz bezeichnete den Krieg als Chamäleon: sich immerzu ändernd, aber nie verschwindend. Sandison lässt die Wörter Liebe („love") und Hass („hate") auf einer Leinwand „Manöver" vollziehen, sich jagen und so in einen endlosen Kampf zwischen Gut und Böse, zwischen Krieg und Frieden treten.[4] Von dieser ewigen Wiederkehr des Gleichen ausgehend, müsse der menschlichen Kriegs- und Gewaltneigung qualifiziert begegnet werden. Dieser notwendigen und daher umso ehrenvolleren Aufgabe stellten sich Menschen in Uniform unter Einsatz ihres Lebens. Das Militär sei damit stets und unlösbar in der Mitte der Gesellschaft verankert,[5] Krieg wird zum Dienst am Gemeinwohl. In der Ausstellung umfassend ausgeweidet wird so z.B. der Kampf der Bundeswehr gegen das Oderhochwasser und wie ein roter Faden begleitet die Ausstellung der Verweis auf die militärischen Wegmarken etwa für zivile Technik, Mode oder Sprache. So entsteht der Eindruck, dass nicht – wie proklamiert[6] – der Mensch im Mittelpunkt einer funktionierenden Gesellschaft stehe, sondern immer auch das Militär.

Doppelte Zivilisierungsthese

Im MHM wird die Entwicklung des deutschen Militärs als doppelte Zivilisierungsthese propagiert. Der erste Zivilisierungsprozess ist einer über die historische Zeit. Die Kriege vor dem frühen 19. Jahrhundert, die beiden Weltkriege samt ihrer Kriegsverbrechen und der Shoa sowie das Militärische in der DDR dienen dabei als negative Referenzpole, von denen die Bundeswehr abgesetzt wird. Diese stabilisierenden Narrativen der Vergangenheit werden so in letzter Konsequenz benutzt, um heutige militärische Gewaltausübung als schmerzhafte Lernerfahrungen darzustellen und so zu legitimieren. Dies führt direkt zu dem zweifelhaften Argument für Militäreinsätze gerade *wegen* der verheerenden deutschen Geschichte. Auch das zivilisatorische Hohelied auf die immer präzisere Technologie des Tötens, entworfen durch „militärische Planer und Rüstungsindustrie",[7] zeugt von einem Antizipationsvermögen der Zukunft, welches jeder Kriegshistoriker_in unwürdig ist. Die Schautafeln zu den „Friedensutopien" und der vermeintlich kritische Rückblick auf die Drangsalierungsrituale junger Soldat_innen sollen wohl Zeugnis der Unerreichbarkeit eines friedlichen Endpunktes sein.

Der zweite Zivilisierungsprozess erfolgt über geographische und kulturelle Räume. Wo dabei der zivilisierte Umgang mit Krieg und Gewalt verortet wird und wo der unzivilisiertere, bedarf leider keiner Erläuterung. Samuel Huntingtons These der grundlegend verschiedenen und so notwendig konfliktträchtigen Kulturkreise findet sich dann in auffällig suggestiver Form, lediglich mit einem Höflichkeitsfragezeichen versehen, in der Ausstellung wieder. Es gibt auch keine falsche Scheu, die Flüchtlingsleitern aus Ceuta und Melilla als sicherheitsrelevante Herausforderung des 21. Jahrhunderts darzustellen. Auf eine umfassende Kontextualisierung wird vom Museum aber an dieser Stelle dann doch verzichtet.[8] Umso weniger wird daran gespart, ein diffuses Bedrohungsbild im Zusammenhang mit dem Islam zu erschaffen. Zusammen ausgestellt werden dann z.B. ein Ausbildungshandbuch der Taliban neben einem Modell der Oper Idomeneo oder Zeitungen, in denen die „Mohammed-Karikaturen" zu sehen sind. Die Vitrine wird unter dem Titel „Kriegsursachen" dem Publikum offeriert.

Nach der einseitigen Verdammung kriegerischer Gewaltursachen der „Anderen“ wird der Blick beim Thema „Leiden im Krieg“ auf das „Eigene“ gewendet. Während es auf der einen Seite die barbarische namenlose Masse ist, die für die „schlechten“ Kriege sich verantwortlich zeigt, erzählt der Themenparcours „Leiden“ individuelle Schicksale z.B. „die Metallsplitter aus dem Körper von Tony Ewert“, einem deutschen Soldaten und Anschlagsopfer in Afghanistan 2003.[9] Dies ist ein gelungener und wichtiger Teil der Ausstellung. Warum allerdings die durch Bundeswehrangehörige getöteten Menschen in Afghanistan und anderswo hier keine Erwähnung finden oder auch die möglichen Verstrickungen Bundeswehrangehöriger in Prostitution und Menschenhandel etwa auf dem Balkan, bleibt wohl das Geheimnis des richtigen Kontextes, für welches das MHM steht. Auch das für jedes Militär geltende soldatische Handwerkzeug des „Töten als Arbeit“[10], welche die doppelte Zivilisierungsthese konterkariert, findet in Bezug auf die Bundeswehr im Abschnitt „Leiden“ keine strukturelle Problematisierung.

Veranlagung und Kontext

Ein letztes Beispiel soll das generelle Problem des Kontextes für das MHM aufzeigen. Es ist die leichtfertige Vermischung der Kategorien Gewalt, Krieg und Militär. Im Museum scheint der Glaube zu herrschen, dass mit der Beweisführung einer kindlichen Veranlagung zur Gewalt sich quasi ein Automatismus zu Krieg und in dessen Folge zu Militär ergebe. Dass als Reaktion auf Gewalt – durchaus funktionell – zivil und gewaltfrei eine adäquate Antwort gegeben werden kann (Stichwort: Zivile Konfliktbearbeitung), scheint nicht in die suggerierte Seins-Genese des Militärs zu passen.

Insbesondere im Themenparcours „Krieg und Spiel“ wird äußerst subtil versucht, diese Seins-Genese abzubilden. Da ist etwa der Papierflieger des elfjährigen Anton. Dieser „darf weder militärisches Spielzeug noch kriegerische Computerspiele besitzen. Er akzeptiert diese Regel, umgeht sie jedoch auf kreative Weise.“[11] Als Beweis dafür wird ein Papierflieger ausgestellt, welcher das Hoheitszeichen der Bundeswehr trägt. Was dieses Ausstellungsstück noch mit seriöser Museumsarbeit gemein hat, bleibt dahingestellt, ebenso wie die Antwort auf die Frage, warum es „differenziert und kritisch“ sei, das Eiserne Kreuz entgegen dem Verbot der Eltern als kreative Form des Widerstandes gegen den Pazifismus auf ein Stück Papier zu malen. In Reichweite von Antons Papierbomber befindet sich eine lange Vitrine, in welcher allerlei „militärisches“ Spielzeug stramm als Kolonne aufmarschiert. Kontextualisiert wird dies mit einem Zitat des Dresdner Lokalhelden Erich Kästner, in dem dieser freudig erregt aus seiner Kindheit und der eigenen Kriegsspielerei berichtet. Erklärend wird hinzugefügt: „So schreibt der Pazifist Erich Kästner…“. Warum ist es hier wichtig herauszustellen, dass selbst der „gute Pazifist“ Kästner als Kind Kriegsspielereien betrieb? Verleugnet Kästner etwa seine eigenen Leidenschaften im späteren Widerstand zum Krieg? Unkommentiert wird zudem in der Vitrine original Legospielzeug (Ritterfiguren) neben militärische, Legoähnliche Modelle (Panzer) gestellt. Dass es sich dabei um die „Nachahmerprodukte“ der Firmen Best-Lock bzw. Mega-Bloks handelt,[12] bleibt unerwähnt. Das positiv pädagogische Image der Firma Lego, welche explizit keine Modelle mit direktem Bezug zu aktuellen Kriegsgeschehen herstellt, wird für die Imagepflege der Militärspielerei instrumentalisiert. Die sonst so gepriesene Kontextualisierung ist eben auch immer vom passenden Kontext abhängig.

Neomilitaristische Geschichtsschreibung

Noch viele dieser detailliert kleinen oder umfassend großen problematischen Bezüge ließen sich finden.[13] Die hier aufgeführten Beispiele wollen keinen Anspruch auf Vollständigkeit erheben und gewiss wurde das eine oder andere beim persönlichen Besuch übersehen. Dennoch lässt sich ein zentraler Punkt festhalten. Der Anspruch des Direktors Matthias Rogg und seines Museums möchte es sein, „nicht eine historische Wahrheit, sondern mehrere Wirklichkeiten“[14] abzubilden. Doch wenn Wahrheit in Wirklichkeit transformiert wird, immunisiert sie sich gegen Kritik. Diese kann dann allzu einfach als weitere Facette der Wirklichkeit abgetan werden. Sie läuft sogar Gefahr, selbst Bestandteil des eigentlich Kritisierten zu werden. Daher ist es entscheidend, die Wertgebundenheit des MHM und ihrer Protagonist_innen aufzuzeigen, die mit der strukturellen Aufstellung des Museums unauflöslich verbunden ist. Wer für sich Ideologiefreiheit in Anspruch zu nehmen sucht, erkennt bereits selbst seine eigene ideologische Belastung an. Das Militärhistorische Museum der Bundeswehr hat als Wahrheit eine neomilitaristische Geschichtsschreibung gewählt. Wenn es sich, wie sein Pressesprecher Lars Berg betont, als „ein Schaufenster der Bundeswehr“[15] versteht, täte es gut daran, den eigenen Wertekanon und die eigene Wahrheit transparent zu markieren und gegebenenfalls zu hinterfragen. Ich kann mir allerdings nicht vorstellen, wie der Hund die Wurst bewachen kann oder der Bock zum Gärtner wird.

Anmerkungen:

1 Rogg, Matthias (2011a): Museum ohne Pathos? Interview mit Wolfgang Donsbach, Oktober 2011. In: in medias res, Sendung von Dresdeneins. http://www.youtube.com, [rev. 10.1.2012], Min: 7:14.
2 Rogg, Matthias (2011b): Der historische Ort. In: Pieken, Gorch/Rogg, Matthias (Hrsg.): Das Militärhistorische Museum der Bundeswehr. Ausstellungsführer. Dresden: Sandstein Verlag, S. 13.
3 Rogg (2011a), Min: 12:12.
4 Kilb, Andreas (2011): Ein Minenschaf zieht in den Krieg, FAZ am 13.10.2011, http://www.faz.net, [rev. 11.1.2012].
5 Pieken, Gorch (2011): Konzeption und Aufbau der Dauerausstellung. In: Pieken/Rogg a.a.O., S. 21.
6 Ebd., S. 23.
7 Protte, Katja (2011): Herausforderungen des 21. Jahrhunderts. In: Pieken/Rogg a.a.O., S. 190-192.
8 Ebd.
9 Stilidis, Avgi (2011): Leiden im Krieg. In: Pieken/Rogg a.a.O., S. 97.
10 Sönke, Neitzel/Harald, Welzer (2011): Soldaten. Protokolle vom Kämpfen, Töten und Sterben. Bonn: Bpb, S. 422.
11 Vitrine: „Gefalteter Papierflieger mit Hoheitszeichen der Bundeswehr, Dresden 2009“.
12 Ich danke Samuel Littig für diesen kenntnisreichen Hinweis.
13 Zum Beispiel das Jackett Joseph Fischers vom Farbbeutelanschlag 1999 – kontextualisiert mit den Notizbuch eines deutschen Bundeswehrscharfschützen, der beobachtet, wie durch Serben Vergewaltigungen begangen wurden. Im gleichen Ausschnitt des Notizbuchs findet sich auch der Verweis, dass der Soldat beim Papstbesuch 1997 in Sarajevo einen serbischen Heckenschützen erschoss! Ein Detail, welches zwar Aufnahme in den gedruckten Ausstellungsführer, jedoch nicht in die Ausstellung selbst gefunden hat, vgl. Pieken (2011), S. 35.
14 Rogg (2011a), Min: 7:32.
15 Berg, Lars (2011): Das Militärhistorische Museum Dresden - Interview mit Lars Patrik Berg (Pressesprecher des MHM), deinegeschichte.de, http://www.youtube.com, [rev. 10.1.2012], Min: 4:30.

Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. - Hechinger Str. 203 - 72072 Tübingen

Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. - Hechinger Str. 203 - 72072 Tübingen

Eine deutsche „Blankettnorm“ zum Töten?

Anmerkungen zur Debatte um ein Gesetz für den Auslandseinsatz der Bundeswehr („Streitkräfteeinsatzgesetz“)

von Michael Haid

Die Online-Ausgabe der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ (FAZ) berichtete unlängst über eine Ende des letzten Jahres stattgefundene Veranstaltung des „Deutschen Instituts für Menschenrechte“ und der „Deutschen Gesellschaft für Wehrrecht und Humanitäres Völkerrecht“. Der Titel des Artikels umreißt den Kern der dort geführten Debatte: „Blankettnorm für den Krieg. Braucht Deutschland ein Gesetz für Auslandseinsätze der Bundeswehr – oder reicht das Mandat?“.[1]

Das juristische Fachgespräch war mit dem Potsdamer Völkerrechtler Andreas Zimmermann und Ministerialrat Christof Gramm prominent besetzt. Ersterer ist VN-politischer und völkerrechtswissenschaftlicher Beirat des Auswärtigen Amtes. Letzterer ist Privatdozent der Universität Düsseldorf und der FAZ zufolge Vertreter des Bundesverteidigungsministeriums. Beide Kontrahenten stellten jeweils ihre eigenen Thesenpapiere vor, die im Folgenden erläutert werden.

Der Grund für diese Debatte kann im Wesentlichen wie folgt beschrieben werden: Es ist eine Kernentscheidung des Grundgesetzes, dass die Staatsgewalt, und dazu gehört auch seit ihrer Aufstellung 1956 die Bundeswehr, an die Grundrechte gebunden sind (Art. 1 Abs. 3 GG). Diese Grundrechtsbindung ist aber nicht territorial definiert (gilt also nicht nur in Deutschland), sondern kann überall dort zur Geltung kommen, wo deutsche Staatsgewalt ausgeübt wird (folglich auch bei Auslandseinsätzen der Bundeswehr).[2]

Das heißt nichts anderes, als dass etwaige Grundrechtseingriffe wie Festnahmen, Überstellungen von Verdächtigen an Drittstaaten oder gar Körperverletzungen an oder Tötungen von Personen durch deutsche Soldaten im Auslandseinsatz verfassungsrechtlich Deutschland zurechenbar sein können. Dies würde für die Betroffenen die Möglichkeit begründen, gegen die Bundesrepublik ihre Rechtsschutzmöglichkeiten vor deutschen Gerichten wahrzunehmen (Art. 19 Abs. 4 S. 1 GG). Im Grunde genommen könnte dies für die deutsche Politik eine reale Gefahr erhöhter politischer und finanzieller Kosten bedeuten, wenn die Bundesregierung für von deutschen Soldaten begangene Grundrechtsverletzungen gerichtlich zur Verantwortung gezogen würde und beispielsweise Schadensersatz leisten müsste.

Dass Fälle durchaus eintreten können, bei denen militärisches Handeln gerichtliche Konsequenzen nach sich ziehen, lässt sich gut am Beispiel eines Urteils des Verwaltungsgerichts Köln zeigen (Urt. v. 11.11.2011, Az. 25 K 4280/09). Die Überstellung eines der Piraterie Verdächtigen durch die Bundesmarine an kenianische Behörden wurde von diesem Gericht für rechtswidrig erklärt, weil die dortigen Haftbedingungen nicht völkerrechtlichen Mindeststandards genügten.[3]

Gesetzesgeber im Deutschen Bundestag - Arbeitsplatz des Bundestagspräsidenten, Foto: Eilmeldung, via Wikipedia, GNU-Lizenz

Grundsätzlich kann aber die Staatsgewalt in die Grundrechte von Personen eingreifen, wenn diese Grundrechtseingriffe durch eine gesetzliche Ermächtigung gerechtfertigt sind. Bei der angesprochenen Veranstaltung ging es um die Frage des Für und Wider eines ebensolchen Gesetzes, das vor allem die Eingriffsbefugnisse in die Grundrechte der Bevölkerung in den Einsatzgebieten der Bundeswehr im Ausland regeln würde. Bislang gibt es nur das aus dem Jahr 2005 stammende Parlamentsbeteiligungsgesetz (ParlBG), welches nur das „ob“ eines Einsatzes der Zustimmung des Bundestages unterwirft. Das diskutierte „Streitkräfteeinsatzgesetz“ würde das „wie“ eines Einsatzes regeln- letztlich im schlimmsten Fall Tötungen legalisieren.

Zimmermann sprach sich in seinem Thesenpapier für die Notwendigkeit einer gesetzlichen Ermächtigung für Grundrechtseingriffe durch die Bundeswehr im Kontext von Auslandseinsätzen aus. Nach seinem Vorschlag müsse ein „mögliches Auslandseinsatzgesetz“ (…) „den Besonderheiten solcher Einsätze Rechnung tragen“. Das Gesetz müsse „daher zum einen *in großer Intensität* Grundrechtseingriffe legitimieren bis hin zur gezielten Tötung gegnerischer Kämpfer bzw. Kombattanten“ und es müssten ferner „auch Grundrechtseingriffe *in der Breite* legitimiert werden um den Besonderheiten bewaffneter Konflikte bzw. den von Situationen knapp unterhalb solcher Konflikte Rechnung zu tragen.“ Aus „Praktikabilitätsgründen“ komme nur eine gesetzliche Regelung in der „Art einer Blankettnorm“, die „zu solchen Grundrechtseingriffen“ ermächtige, in Betracht.[4]

Hingegen hält Gramm ein „umfassendes Streitkräfteeinsatzgesetz“ für nicht erforderlich. Er sieht es sogar als „fraglich“ an, „ob und ggf. mit welcher Reichweite die Grundrechte beim Auslandseinsatz der Streitkräfte im Hinblick auf Dritte (Nichtdeutsche) überhaupt gelten“ würden. Er schlägt in seinem Thesenpapier vor, nach dem Vorbild Österreichs, die Eingriffsbefugnisse der Soldaten in einer Verordnung zu erfassen.[5] Eine Rechtsverordnung nach Artikel 80 des Grundgesetzes müsste nicht, wie das von Zimmermann favorisierte Gesetz, vom Bundestag verabschiedet werden. Es würde lediglich die Verabschiedung eines Gesetzes erforderlich sein, das Inhalt, Zweck und Ausmaß der Ermächtigung enthält. Ansonsten bliebe der Bundesregierung oder einem Bundesminister im Rahmen dieser Beschränkungen die inhaltliche Ausformulierung der Rechtsverordnung überlassen.

Beide Varianten stellen Versuche dar, von der Bundeswehr begangene Grundrechtsverstöße, etwa von ihr verursachte - so genannte - Kollateralschäden, rechtlich abzusichern. Damit würde den Betroffenen die Möglichkeit erschwert, vor deutschen Gerichten Rechtsschutz, Aufklärung des Vorfalls in einer unabhängigen Untersuchung oder Schadensersatz zu erlangen. Dass gerichtlicher Rechtsschutz auch auf europäischer Ebene durchaus erreichbar sein kann, zeigt die jüngste Rechtsprechung des »Europäischen

Gerichtshofs für Menschenrechte« (EGMR) in seiner Entscheidung „Al-Skeini u.a. gegen Vereinigtes Königreich" (Aktenzeichen 55721/07). Der EGMR erklärte in diesem grundlegenden Urteil die »Europäische Menschenrechtskonvention« (EMRK) für den Einsatz britischer Truppen in Basra nach dem Irak-Krieg für anwendbar. Nach Auffassung des Gerichts habe Großbritannien dort Hoheitsgewalt ausgeübt. Aus der effektiven Kontrolle über ein Konfliktgebiet erfolge auch die menschenrechtliche Verantwortlichkeit für Rechtsverletzungen, so der EGMR weiter. Dieses Urteil ist richtungsweisend für den Einsatz europäischer Truppen und gilt damit auch für deutsche Auslandseinsätze. Die Angehörigen von sechs durch britische Soldaten zu Tode gekommenen irakischen Personen hatten auf Schadensersatz und Aufklärung der Todesfälle durch eine unabhängige Kommission geklagt, womit sie zuvor bei britischen Gerichten gescheitert waren, und nun im Juli 2011 vor dem EGMR Recht bekommen.[6]

Anmerkungen

1 Vgl. Reinhard Müller, Blankettnorm für den Krieg. Braucht Deutschland ein Gesetz für Auslandseinsätze der Bundeswehr – oder reicht das Mandat?, FAZ Online, 12. Januar 2012.

2 Zum Meinungsstand in der Rechtswissenschaft und der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts zur exterritorialen Geltung der Grundrechte vgl. Dieter Wiefelspütz, Auslandseinsatz der Streitkräfte und Grundrechte, Neue Zeitschrift für Wehrrecht, Heft Nr. 3/2008, S. 89-102, S. 89-98.

3 Vgl. VG Köln. Übergabe somalischer Piraten an Kenia rechtswidrig, Legal Tribune Online, 11. November 2011; Tim René Salomon, Das VG Köln als Hüter der Menschenrechte, Legal Tribune Online, 22. November 2011.

4 Andreas Zimmermann, Bundeswehr-Auslandeinsatzgesetz, Thesenpapier, http://dgwhv.de/media/Fachgespr%C3%A4ch%20AuslEinsatzG%202011/Thesenpapier%20Zimmermann.pdf (23. Januar 2012).

5 Christof Gramm, Ein Streitkräfteeinsatzgesetz für die Bundeswehr? Juristisches Fachgespräch am 24. Oktober 2011 des Deutschen Instituts für Menschenrechte und der Deutschen Gesellschaft für Wehrrecht und Humanitäres Völkerrecht, http://dgwhv.de/media/Fachgespr%C3%A4ch%20AuslEinsatzG%202011/Thesen%20Gramm%20%281%29.pdf (23. Januar 2012).

6 Vgl. Przemyslaw Roguski, Wer den Krieg exportiert, muss auch vor seinem Grauen schützen, Legal Tribune Online, 8. Juli 2011.

Soldaten über dem Gesetz? Zur geplanten Sonderstaatsanwaltschaft in Kempten

Aus einem Referentenentwurf des Bundesjustizministeriums vom 25. Januar 2012 geht hervor, dass zukünftig durch die Neuschaffung eines § 11a der Strafprozessordnung bundeseinheitlich nur noch die Staatsanwaltschaft am Amts- bzw. Landgericht im bayerischen Kempten zuständig sein soll, wenn Bundeswehrangehörige im Auslandseinsatz beschuldigt werden, Straftaten begangen zu haben. Die Wahl fiel auf Kempten, da dort bereits eine diesbezügliche Schwerpunktstaatsanwaltschaft existiert, die aber bisher nur für Bayern zuständig war.[1] Nun soll ihre Zuständigkeit auf das gesamte Bundesgebiet ausgedehnt werden.

Bislang war die Staatsanwaltschaft in Potsdam, dem Sitz des Einsatzführungskommandos der Bundeswehr, mit einer Art Erstzuständigkeit betraut. Zumeist wurden die Ermittlungen dann an die jeweiligen Staatsanwaltschaften des Heimatstandortes der Soldaten abgegeben. Das Interesse der Bundesregierung an der angestrebten Zuständigkeitskonzentration dürfte klar sein: In den vergangenen Jahren haben sich die Einsätze der Bundeswehr verschärft und dementsprechend nahmen die Strafbarkeitsvorwürfe an Häufigkeit zu; sich über Monate hinziehende Ermittlungen mit ungewissem Ausgang dürfte für die Nachwuchsgewinnung der Bundeswehr, sowie für die Bereitschaft der Soldaten, in die Auslandseinsätze zu gehen, belastend wirken. Eine hierfür extra eingerichtete Sonderstaatsanwaltschaft, so vermutlich das Kalkül des Bundesjustizministeriums, werde ihren Schwerpunkt auf eine rasche Erledigung der Ermittlungen legen und nur bei evidenten Verstößen Verfahren einleiten.

Nach Erkenntnissen der »Frankfurter Rundschau« gab es im Jahr 2011 26 Ermittlungsverfahren; das waren so viele wie in den Jahren 2002 bis 2006 zusammengenommen. Davon wurden in 15 Fällen Strafverfahren eingeleitet. Nach derzeitigem Stand hat das Bundesjustizministerium den Gesetzentwurf an die Bundesländer und die juristischen Fachverbände zur Kenntnis- und Stellungnahme verschickt; sollte es von dieser Seite keine Einwände geben, könnte der Gesetzentwurf schon im April diesen Jahres vom Bundestag verabschiedet werden.[2]

Das Bundesjustizministerium hatte schon im April 2010 einen im Wesentlichen identischen Gesetzesentwurf erstellt. Die einzige Änderung zum aktuellen Entwurf lag in der Wahl des Gerichtsstandortes: damals war es Leipzig. Gleich geblieben sind allerdings die damals wie heute vorgebrachten Argumente des Bundesjustizministeriums: Nach dem heutigen Gesetzentwurf führe die gegenwärtige Rechtslage zu unübersichtlichen und verfahrensverzögernden Zuständigkeitsverteilungen, die weder den Anforderungen an eine effiziente Strafverfolgung, noch den Besonderheiten der Verfahren im Auslandseinsatz gerecht würden. Deshalb müsse ein bundeseinheitlicher Gerichtsstand in Kempten geschaffen werden, um am dortigen Gericht eine besondere Sachkunde fördern zu können.[3]

Vor zwei Jahren sprachen sich die juristischen Fachverbände vehement gegen die Schaffung einer solchen Gerichtsbarkeit aus. So sah der »Deutsche Richterbund« keinen vom Bundesjustizministerium nachgewiesenen Bedarf für eine gerichtliche Sonderzuständigkeit. Der »Deutsche Anwaltverein« bezeichnete den damaligen Gesetzentwurf als unnötigen Aktivismus, der mehr schädliche als nützliche Folgen hätte. Auch die »Neue Richtervereinigung« stand dem Entwurf äußerst skeptisch gegenüber, da für sie im Vordergrund der Überlegungen nicht das Interesse des beschuldigten Soldaten an schneller Rechtssicherheit, sondern das Interesse der Opfer an einer unabhängigen und unvoreingenommenen Ermittlung stehen sollte.[4] Es bleibt zu hoffen, dass auch diesmal ähnlich deutliche Worte gefunden werden.

Michael Haid

Anmerkungen

1 Vgl. Bundesministerium der Justiz, Entwurf eines Gesetzes für einen Gerichtsstand bei besonderer Auslandsverwendung der Bundeswehr, 25. Januar 2012, http://www.bmj.de (6. Februar 2012), S. 3 und 7.

2 Vgl. Markus Decker, Spezialisierte Ermittler. Justizministerium baut eine zentrale Staatsanwaltschaft für Bundeswehreinsätze im Ausland auf, Frankfurter Rundschau vom 30. Januar 2012.

3 Bundesministerium der Justiz, aaO., S. 1 und 5.

4 Vgl. ausführlicher Michael Haid, Kein Sonderrecht für Soldaten! Zivile Gerichtsbarkeit und Völkerstrafgesetzbuch (Teil II), IMI-Analyse, Nr. 22/2010.

Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. - Hechinger Str. 203 - 72072 Tübingen

Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. - Hechinger Str. 203 - 72072 Tübingen

Erst kämpfen, dann studieren

Universität Reutlingen und Bundeswehrhochschule München weiten ihr Modell zivilmilitärischer Zusammenarbeit aus

von Christian Stache

Am 12. Januar 2012 verkündete die Bundeswehr auf ihrer Homepage, dass sie in Kooperation mit der Universität Reutlingen für das Frühjahr ein „neues Studienangebot" für Unteroffiziere der Bundeswehr geschaffen habe. Die bereits bestehende Zusammenarbeit zwischen beiden Institutionen werde ausgeweitet. Nur: Was verbirgt sich eigentlich dahinter?

Kooperation mit Modellcharakter

Gemäß eigener Angaben besitzt die Universität Reutlingen seit dem 22. Dezember 2009 einen Kooperationsvertrag mit der Bundeswehrhochschule in München. Gemeinsam bieten sie an den beiden Standorten der Bundeswehrhochschulen in München und Hamburg sowie an der Business School der Reutlinger Hochschule seither den Master-of-Business-Administration-Studiengang „Internationales Management" für Offiziere an. Im Reutlinger Werbejargon heißt er pompös „MBA für Offiziere". Im April 2010 wurde der Studiengang endgültig akkreditiert. Er richtet sich an Offiziere, die nach 12 Jahren aus dem aktiven Wehrdienst ausscheiden und eine Führungsrolle in Unternehmen oder staatlichen Behörden wollen. Bundeswehrsoldaten, so der Leiter des Programms für Offiziere, Professor Stefan Busch, besäßen „hervorragendes Managementpotential"[1]. Die Universität müsse als Vermittlerin fungieren, die die militärischen Managementfähigkeiten auf Tätigkeiten in der Wirtschaft übertrage. Koordiniert wird der Studiengang von der sogenannten Knowledge Foundation der Universität Reutlingen und dem Campus Advanced Studies Center (CASC) der Bundeswehrhochschule in München.[2]

Träger der Knowledge Foundation sind die Universität Reutlingen und ein ominöser Verein namens „Campus Reutlingen". Bei diesem handelt es sich um eine traditionelle Lobbyinstitution von Unternehmern, die seit Jahrzehnten über den Verein Einfluss auf die Universität Reutlingen ausüben und auch das Stammkapital und die Vorfinanzierung für die Knowledge Foundation und ihre Arbeit bereitgestellt haben.

Das CASC ist ein in der jüngeren Vergangenheit gegründetes Institut der Bundeswehrhochschule in München unter der Leitung von Professor Dr. Uwe M. Borghoff. Es bündelt alle Weiterbildungsangebote der Bundeswehrhochschule in München und ist die zentrale Schnittstelle zwischen der Bundeswehrhochschule, Lehrenden, zivilen Bildungsinstitutionen sowie potentiellen und teilnehmenden Interessenten des postgradualen Studiums. „Hauptanliegen von CASC ist es, durch eine professionelle postgraduale Ausbildung, die sich auf dem aktuellsten Forschungs- und Wissensstand befindet, sowie durch Kontakte zu potentiellen Arbeitgebern die Karrieren der Absolventinnen und Absolventen der Weiterbildungsprogramme zu fördern."[3]

Ab dem Frühjahr 2012 wird das bestehende Angebot um den Bachelor-Studiengang zum Wirtschaftsingenieur für Unteroffiziere ergänzt, die mindestens acht Jahre Soldat auf Zeit gewesen sind. Programmatisch verfolgen die Bundeswehr, ihre Hochschule in München und die Universität Reutlingen denselben Ansatz wie beim MBA-Studienprogramm für Offiziere. Allerdings kooperiert in diesem Fall nicht die ESB Business School mit den Militärs, sondern die Technische Fakultät der Universität Reutlingen.

Der Vorstellung des Wirtschaftsingenieur-Programms (WING) für Bundeswehrsoldaten wohnten neben Vertretern beider Hochschulen auch der CDU-Bundestagsabgeordnete Ernst-Reinhard Beck und Generalleutnant Wolfgang Born bei. Beck ist verteidigungspolitischer Sprecher seiner Fraktion und direkt für den baden-württembergischen Wahlkreis 289, in dem auch Reutlingen liegt, ins Parlament gewählt worden.[4] Generalleutnant Born ist zuständiger Leiter der drei Einzelprojekte der Bundeswehrreform „Bildungs- und Qualifizierungslandschaft", „Reformbegleitprogramm" sowie „Personalgewinnung und Personalmanagement" und damit einer der zentralen Schreibtischtäter, die die Kriegsfähigkeit der Bundeswehr für zukünftige Kriege erhöhen.[5]

Der „MBA für Offiziere" und das Studienangebot für Unteroffiziere sind zwei der drei ersten Projekte des Münchener CASC der Bundeswehr. Der „MBA für Offiziere" war sogar das erste überhaupt. Das dritte Projekt ist eine Kooperation mit dem George C. Marshall European Center for Security Studies in Garmisch-Partenkirchen. Dieses Institut ist 1992 vom damaligen Unterstaatssekretär im Verteidigungsministerium, dem neokonservativen Vordenker und späteren Vizeverteidigungsminister der Bush jr.-Administration, Paul Wolfowitz, initiiert und vom damaligen Verteidigungsminister und späteren Vizepräsidenten der USA, Dick Cheney, als Kaderschmiede für US-Geostrategen gegründet worden.[6]

Das CASC hat bereits jetzt angekündigt, dass es willens ist, die Kooperation mit Universitäten wie mit der Reutlinger Hochschule auszubauen und weitere vergleichbare Vorhaben zu realisieren. Die Zusammenarbeit zwischen der Reutlinger Universität und der Bundeswehrhochschule besitzt also Modellcharakter.

Hochschulzusammenarbeit als Teil der Bundeswehrreform

Dass die Bundeswehr die Werbung für den neuen Unteroffiziers-Studiengang sogar kurzzeitig prominent auf der Startseite im Internet bewarb[7], widerspricht nicht unbedingt der sonst restriktiven Informationspraxis des Bundesverteidigungsministeriums zu Fragen über ihren Umgang mit Hochschulen und Schulen. Während das Bundesverteidigungsministerium z.B. 2008 zumindest eine Liste herausgab, welche Universitäten es mit wie hohen Drittmittel fördert, verweigerte sie dies zwei Jahre später mit dem Hinweis darauf, dass diese Informationen vom Ministerium als Verschlusssache deklariert worden sind.[8] Ein anderes Beispiel sind die spärlichen Auskünfte über die Termine von Schulbesuchen der Bundeswehr, die die Bundesregierung nur widerwillig herausgibt. In diesem Fall aber passt die Veröffentlichung und Platzierung ins aktuelle Konzept der Selbstdarstellung der Bundeswehr nach Außen *und* nach Innen, in das Grundkonzept der „Vernetzten Sicherheit" und in die Vermittlung der Bundeswehrreform.

Denn mit Angeboten wie diesem will die Bundeswehr gleich mehrere Ziele auf einmal erreichen: Erstens soll die Attraktivität des Dienstes bei der Bundeswehr gesteigert werden, indem man den künftigen Soldaten auch eine Ausbildung nach dem aktiven Dienst an der Waffe anbietet. In den beiden Einzelprojekten der Bundeswehrreform „Bildungs- und Qualifizierungslandschaft" sowie „Personalmanagement und Personalgewinnung" spielen die

Studienangebote der Bundeswehr und ihre Hochschulen für die Rekrutierung und die positive Außendarstellung der Bundeswehr eine zentrale Rolle. Schon im Bericht der Weise-Kommission – einem Vorschlagskatalog für Maßnahmen zur Bundeswehrreform, der vom damaligen Verteidigungsminister zu Guttenberg (CSU) in Auftrag gegeben wurde – werden die Hochschulen als „Zeichen der Identität" über den grünen Klee gelobt. Und im gebilligten Entwurf für die Reservistenkonzeption werden Studierende explizit als Nachwuchs für zivile Führungskräfte und „bedeutsame Zielgruppe"[9] der Personalgewinnung eingestuft. Daher ist es auch kaum verwunderlich, dass Generalleutnant Born und der Bundestagsabgeordnete Beck sich bei der Präsentation des neuen Wirtschaftsingenieurstudiengangs für Unteroffiziere darüber freuten, dass die Bundeswehr ihren Soldaten nach dem Dienst an der Front eine „attraktive zivilberufliche Weiterbildung" durch die Fortbildungsprogramme bieten kann.

Zweitens sind Studienangebote wie in Reutlingen integraler Bestandteil des einheitlichen Personalmanagements, das Thomas de Maizière mit der Bundeswehrreform anstrebt. Neue Rekruten sollen nicht nur schneller und umfassender angeworben werden. Alte müssen auch schneller und den Anforderungen der Kriegsführung gemäß entlassen werden können. Das CASC der Bundeswehrhochschule in München und einer der beiden Leiter des „MBA für Offiziere"-Programms, Professor Dr. Andreas Schüler, vertreten dies auch unbekümmert und offen.[10]

Drittens webt die Bundeswehr mit solchen Kooperationen mit der deutschen Wirtschaft und anderen zivilen Institutionen wie in Reutlingen ihr Netzwerk zivilmilitärischer Kooperationen immer enger. Damit besitzt sie nicht nur Zugang zu Informationen und zur ideologischen Einflussnahme auf hochrangige Beamte. Sie etabliert sich zudem nach und nach als ökonomischer Kooperationspartner.

Die Bundeswehr verschafft sich also nicht nur über Stiftungsprofessuren, Lehraufträge für Dozenten aus ihren Reihen, Vorträge von Jugendoffizieren und Drittmittel des Bundesverteidigungsministeriums für Forschungsprojekte Zugang und Zugriff auf die Hochschulen in der Bundesrepublik, sondern auch durch Kooperationen zwischen Bundeswehrinstitutionen und zivilen Bildungseinrichtungen. Diese sind angesichts der derzeitigen Planungen der Bundeswehrreform zukunftsweisend. Die Militarisierung im Inneren und insbesondere des Bildungswesens schreitet weiter voran und die Universität Reutlingen trägt spätestens seit 2009 ihren Teil dazu bei.

Anmerkungen:

1 Hochschule Reutlingen und Universität der Bundeswehr München bauen Kooperation aus. Wirtschaftsingenieur-Bachelor für ausscheidende Unteroffiziere / Hochschulen legen gemeinsames Studienprogramm auf / Fachtreffen in Reutlingen, www.reutlingen-university.de, 13.12.2011 .

2 Der Pressemitteilung der Bundeswehrhochschule in München ist zu entnehmen, dass Dr. Nicol Matzner-Vogel, Geschäftsführerin des neuen Weiterbildungsinstitutes Campus Advanced Studies Center (CASC) an der Universität der Bundeswehr München, und Chris Mandel, Geschäftsführer der Knowledge Foundation an der Hochschule Reutlingen, verantwortlich für die Organisation sind. Weiterbildungsangebot gemeinsam mit namhaften Partner MBA für Zeitoffiziere startet mit der Hochschule Reutlingen Neubiberg, 17. März 2009, http://www.unibw.de/praes/service/presse/Pressemitteilungen/pressemitteilungen-2009/casc/at_download/file

3 Universität der Bundeswehr München: Hochschulkurier, Nr. 33/2008, http://www.casc.de/main/data/48.pdf, S. 5.

4 Ernst-Reinhard Beck, Verteidigungspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Stammdaten: http://www.cducsu.de/Titel__ernst_reinhard_beck/TabID__23/SubTabID__24/AbgLetter__66/AbgID__142/WP__17/Abgeordnete.aspx

5 Ein Personalkörper – ein Personalprozess – eine personelle Einsatzbereitschaft, www.bmvg.de, 19.08.2011.

6 History of the George C. Marshall Center: http://www.marshallcenter.org/mcpublicweb/en/nav-mc-about-history.html

7 Neues Studienangebot: Unteroffiziere auf dem Uni-Campus, www.bundeswehr.de, 11.01.2012.

8 Bundestagsdrucksache 17/3337.

9 Konzeption der Reserve: http://www.asfrab.de/fileadmin/user_upload/media/pdf/Reservistenkonzeption.pdf, S.15.

10 Universität der Bundeswehr München: Hochschulkurier, Nr. 33/2008, S. 5/7.

ESB
BUSINESS SCHOOL
REUTLINGEN UNIVERSITY

Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. - Hechinger Str. 203 - 72072 Tübingen

Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. - Hechinger Str. 203 - 72072 Tübingen

Für eine friedliche Universität

Zur Tübinger Debatte über eine „zivile“ Universität

von Andreas Seifert

Am 31. Januar fand die Abschlussveranstaltung der Ringvorlesung zur Tübinger Zivilklausel unter dem Titel „Wie die Tübinger Zivilklausel mit Leben füllen“ in Form eines Podiums unter der Moderation des Politikwissenschaftlers Thomas Nielebock statt. Die Vorlesungsreihe selbst war im Vorfeld bereits zum Politikum geworden, da ein Exponent der Zivilklauselbewegung, Dietrich Schulze, ausgeladen wurde. Sein lauter Protest gegen die Berufung des Leiters der Münchner Sicherheitskonferenz Wolfgang Ischinger zum Honorarprofessor, als unvereinbar mit einer Zivilklausel, wurde von den Veranstaltern der Reihe anders gesehen. Die Benennung einer Dozentin der Führungsakademie der Bundeswehr für einen der Vorträge stieß ebenfalls auf Protest und schließlich haben die Grünen- und die Juso-Hochschulgruppe in einer parallelen Veranstaltung auch noch einen Bundeswehrsoldaten eingeladen, seine Erlebnisse aus Afghanistan zum Besten zu geben.

Für die Redakteurin des schwäbischen Tagblatts ist es in ihrem Resümee[1] des Abschlusspodiums zur Zivilklausel-Ringvorlesung Aufgabe der Studierenden, die Einhaltung einer Zivilklausel zu überwachen – und ihr mangelndes Interesse gefährde nun selbige in ihrer Existenz. Ja besser noch, ausgerechnet ein Student plädiert für ein stärkeres Engagement der Bundeswehr in der Universität und würde gern selbst Herrn Ischinger einladen (siehe Kasten). Dabei hat das Abschlusspodium der Ringvorlesung zur Tübinger Zivilklausel eine ganze Reihe bemerkenswerter Beiträge gesehen: kämpferische Beiträge dafür, die von Studierenden geforderte und durchgesetzte Klausel mit Leben zu füllen. Denn abgesehen von dem „Studenten“/Juso Kurz und dem „Professor“ Birbaumer, die sich beide so gar nichts Konkretes unter der Klausel vorstellen konnten (außer dem, was man vielleicht so in der Zeitung las), rückten die anderen Teilnehmer mit spannenden Positionierungen heraus, die ein bisschen mehr Diskussion verdienen.

Eine notwendige Debatte

Daniel Lede-Abal tat sich schwer in der Rolle, einerseits eine grüne Parteilinie zu vertreten, die ihr Fähnchen seit der Wahl von pro nach contra gedreht hat, andererseits die als notwendig empfundene Debatte um eine friedliche und zivile Universität aufrecht zu erhalten. Eine gesetzliche Verankerung von Zivilklauseln im Landesgesetz schloss er nicht aus, würde er aber auch nicht mehr so dringlich ansehen. Er verpasste damit die Chance, die Debatte um diese Klausel auf eine übergeordnete politische Ebene zu heben und die Rolle von universitärer Forschung im Gefüge einer sich ändernden politischen Welt zu thematisieren. Dies blieb letztlich Heike Hänsel vorbehalten, die nicht nur an die bisherige Rolle der Universitäten und die explizite Mitschuld der Forschung an den Weltkriegen erinnerte, sondern auch die Folgen des Umbaus der Bundeswehr zur kriegsfähigen Armee für die Universitäten thematisierte. Dass Universitäten von Militärkreisen als Aktionsfeld angesehen werden, in die man verstärkt die eigenen sicherheitspolitischen Debatten einbringen müsse, um das Verständnis und die Akzeptanz expansiver militärischer Planung zu verankern (Celler Appell), kam dabei genauso zur Sprache, wie die Werbeoffensive der Bundeswehr, die auf die Rekrutierung von Hochqualifizierten für Auslandseinsätze abziele. Hier macht sich der Ärger über das friedliche Gerede in der Grundordnung und das anschließende Hofieren von Militärstrategen Luft. Überhaupt war es sehr gut, dass jemand das friedliche Selbstbild der Universität Tübingen zurück auf seine militaristischen Füße stellte und darauf aufmerksam machte, dass es sehr wohl sichtbare Zeugnisse von Wehrforschung gibt. Der Fall des Dozenten (!) Ischinger kann darüber hinaus als Beispiel herhalten, wie friedlich man sich Exponenten des deutschen Militarismus reden kann. Das ist notwendig als Positionierung zwischen dem Studenten („an der Uni Tübingen gibt‘s doch nichts“) und dem Professoren („jede gute Forschung taugt fürs Militär“) - den Extremen von „nichts sehen wollen“ und „ausgeliefert und nicht verantwortlich“ sein.

Wolfgang Neef nahm den Faden historischer Verantwortung auf und fügte mit der Einbettung der Forschung in wirtschaftliche Verwertungsinteressen und der daraus resultierenden Kolonisierung der Universitäten ein Argument hinzu. Der Zwang zu sparen habe die Universitäten nachhaltig verändert und sie gezwungen, sich Geldgebern und deren spezifischen Interessen zu unterwerfen. Auch die Wirtschaft sei, so fügte er hinzu, nach innen wie außen kriegerisch organisiert. Die Zivilklausel biete dabei einen Ansatz, sich mit dieser Tendenz kritisch auseinander zu setzen und sich bestimmten Formen dieser Kolonisierung explizit zu verweigern. Auch für Elisabeth Gräb-Schmidt schien es angebracht, die Zivilklausel statt als starres Verbot zu begreifen, als Instrument zu nutzen, eine gezielte Diskussion mit den Wissenschaftlern anzustoßen, wo ethische Grenzen in der Forschungsarbeit liegen. Auf diese Weise soll möglichst früh eine Verzahnung ethischer Bewertung und der konkreten Forschungsarbeit herbeigeführt werden, um dem Missbrauch von Forschung für Krieg und Militär vorzubeugen. Die gezielte Sensibilisierung auf die Thematik sei letztlich ein fortwährender Prozess, der durch Seminare oder begleitende Veranstaltungen gestützt werden könne.

Dem Vertreter der Universitätsleitung, Herbert Müther, war jede Konkretisierung zuwider. Er erläuterte anekdotenhaft seine Position und kam zum Schluss, dass es letztlich reiche, das Zivile in Schriftform verankert zu haben. So gestand er Forschern so viel Intelligenz zu, Forschungsprojekte im Zweifelsfall doch als „zivil“ umzudeklarieren, umgekehrt dann aber nicht so viel, diesen Etikettenschwindel bei anderen zu durchschauen. Das Gebot transparenter (weil irgendwann veröffentlichter) Forschung ist ihm,

Teilnehmer am Podium „Wie die Tübinger Friedensklausel mit Leben erfüllen?“ vom 31.1.2012 (in Reihenfolge der Nennung)

Lukas Kurz, Vertreter der Juso-Hochschulgruppe (Tübingen); Prof. Dr. phil. Niels Birbaumer (Med. Psychologie, Universität Tübingen); Daniel Lede Abal, Abgeordneter der Grünen im Landtag Baden-Württembergs; Heike Hänsel, Abgeordnete der Partei die Linke im Bundestag; Dr. Wolfgang Neef (Ingenieur, TU Berlin); Prof. Dr. Elisabeth Gräb-Schmidt (Ev. Theologie, Universität Tübingen); Prorektor für Forschung Prof. Dr. Herbert Müther (Theo. Physik, Universität Tübingen); Moderator der Veranstaltung war Akad. Oberrat Dr. Thomas Nielebock (Politikwissenschaft, Universität Tübingen).

Die seit 2009 an der Uni Tübingen geltende Zivilklausel verpflichtet Forschung und Lehre, friedlichen Zwecken zu dienen. Wir berichteten über ein Podium („Transparenz ist der Schutz" und „Ernüchterung gefährdet die Klausel", 2. Februar).

Selbstverpflichtung

Über die Positionen, Anregungen und die konkreten Erfahrungen mit einer Zivilklausel in der TU Berlin wurde mit dankenswerter Ausführlichkeit im Bericht und im Kommentar des TAGBLATTs zur Podiumsdiskussion über die Zivilklausel in der Grundordnung der Tübinger Universität informiert.

Für mich als Leser und als aufmerksamen Zuhörer bei der Podiumsdiskussion legen diese Informationen die folgende Überlegung nahe: Da die Universität Tübingen sich zu der gleichen Selbstverpflichtung wie die TU Berlin bekennt, erscheint es mir im Gegensatz zu den Stellungnahmen des für Forschungsfragen zuständigen Prorektors Herbert Müther sehr sinnvoll, auch in der Universität Tübingen eine Kommission einzurichten, die in analoger Weise wie die in der TU Berlin zusammengesetzt und mit gleichen Kompetenzen wie diese ausgestattet wird, da ja nach den überzeugenden Informationen des Podiumsteilnehmers Wolfgang Neef die TU Berlin damit sehr gute Erfahrungen bei der Einlösung des Versprechens gemacht hat, das mit der Selbstverpflichtung zu einer Zivilklausel gegeben wurde.

Volker Harms, Tübingen,
Hausserstraße 140

Hat mich irritiert

Im Bericht über die abschließende Podiumsdiskussion zur Zivilklausel hieß es, die Position des Neurobiologen Birbaumer sei nicht sehr weit von derjenigen der Ethikerin und Theologin Elisabeth Gräb-Schmidt entfernt. Das habe ich anders verstanden. Während Herr Birbaumer, wie er selbst ganz offen mitteilte, sofort einen 20-Millionen-Forschungsauftrag von der Bundeswehr annehmen würde – unter der Voraussetzung, dass die Ergebnisse veröffentlicht würden – bewertete Frau Gräb-Schmidt eine Auftragsarbeit für die Bundeswehr als mit der Zivilklausel unvereinbar. Ich denke nicht, dass ich mich da verhört habe.

Ein weiterer Punkt hat mich irritiert: Lukas Kurz wird im ÜBRIGENS als Studentensprecher bezeichnet und seine: Ischingers Honorarprofessur an der Uni verteidigende Position; bekommt als letztes Wort dieses Textes besonderes Gewicht. Diejenigen, die Probleme damit haben, dass der Organisator der so genannten Sicherheitskonferenz an der Uni Tübingen lehrt, erscheinen dann als Leute, die die Studierenden für dumm verkaufen und sie bevormunden wollen.

Am Ende der Veranstaltung fragte ich Lukas Kurz nochmal nach seiner Funktion bzw. danach, für wen er eigentlich spricht, wen er vertritt. Er sei von der Juso-Hochschulgruppe, hieß es. So war er ja auch vorgestellt worden von Herrn Niedebock. Ist er mit dem, was er sagt, repräsentativ für die Studierenden, die sich für die Einführung der Zivilklausel engagiert haben?

Eva-Maria Kusterman, Tübingen,
Clinicumsgasse 16

Isolierte Haltung

(...) Keine leichte Aufgabe, ein Podium mit so vielen – überwiegend wohlüberlegten – Positionen in einem Artikel zusammenzufassen. Es ist allerdings eine ganz besondere Leistung, die vertretenen Positionen auf die plumpe und auf dem Podium weitgehend isolierte Haltung des Prorektors Müther zu nivellieren, wonach sicherheitspolitisch induzierte (Militär-)Forschung nur unter strikter (und „wie in den USA" durch (im Ernst) „Panzer" bewehrte) Geheimhaltung erfolgen könne und demnach „an der Uni Tübingen ... das Umfeld dafür" fehle. In Tübingen werde „wenig militärisch geforscht" und die Zivilklausel ist also ein guter – und folgenloser – Anlass, sich hierüber gegenseitig zu versichern oder gar ein „Instrumentarium", um Technik und Ethik miteinander ins Spiel zu bringen". Letztlich, so Müther, ist die Transparenz das Allheilmittel – die Transparenz in Sachen Militär – und Drittmittelforschung, zu der das Rektorat bislang ... beigetragen hat.

Das TAGBLATT hingegen hat hier insgesamt bislang eine positive Rolle gespielt, trotz der in Sachen Zivilklausel stets sehr naiven und obrigkeitshörigen Berichterstattung der „tpf".

Christoph Marischka, Informationsstelle Militarisierung e.V., Tübingen,
Hechinger Straße 203

Die Reutlinger Gaststätten Nepomuk und franz. K verhandeln um eine gemeinsame Zukunft. Der Pachtvertrag fürs Nepomuk ist allerdings nicht gekündigt (siehe Reutlinger Blatt Seite 32).

Immer wieder gern

Seit bald zwei Jahrzehnten ging und gehe ich immer wieder gern ins Reutlinger „Nepomuk" und habe mich sehr gefreut, als vor vier Jahren im selben Gebäude ehemalige Nepomuk-Mitarbeiter das „franz. K" eröffneten. Auch dort ging ich gerne zu Konzert, Theater und anderen Veranstaltungen.

Vorher oder danach habe ich oft die nette Gastfreundschaft des Nepomuk genossen. Jetzt habe ich von verschiedenen Seiten gehört, dass das franz. K als Hauptpächter des Gebäudes den ehemaligen Kollegen vom Nepomuk den Pachtvertrag gekündigt hat und diese demnächst ihren Betrieb einstellen müssen. Ich habe im Artikel über die erfolgreiche Arbeit des franz. K keinerlei Erwähnung dieses Sachverhalts oder eine Erklärung zu den Umständen dieses gar nicht soziokulturell anmutenden Vorgangs entdeckt. Ist das nun schlampige Recherche oder existiert das Nepomuk für Matthias Reichert und Katharina Mayer schon gar nicht mehr?

Dieter Zeller, Tübingen,
Christophstraße 9

Leserbriefe zum Tagblattartikel, abgedruckt 8.2.2012, Foto oben: Montage IMI auf der Basis des Fotos von Otto Buchegger, Lizenz GNU FDL über Wikipedia

gepaart mit der Grundannahme, dass an Universitäten so oder so nichts anderes als Grundlagenforschung betrieben werden könne, Schutz genug vor dem direkten Gebrauch durch das Militär. Denkt man dies zu Ende, fragt man sich, wozu die Universität dann überhaupt eine Zivilklausel gebraucht hat.

In den Ideen für eine Umsetzung gab es die konkretesten Vorschläge wiederum von Neef, der in standardisierten Abfragen und ihrer Kontrolle durch die Fakultäten ein probates Instrument sah, frühzeitig in die Forschung eingreifen zu können. Auch eine „Beschwerdestelle" wurde eingebracht, die Kontrollfunktionen wahrnehmen könnte. Gräb-Schmidt betonte die wichtige Funktion einer möglichst frühzeitigen Sensibilisierung, die z.B. in Form von (freiwilligen) Seminaren an Studierende und junge Wissenschaftler herangetragen werden könnte. Explizite Kommissionen, wie sie an verschiedenen Stellen unter dem Begriff der „Ethikkommission" diskutiert wurden, fanden auf dem Podium keine Mehrheit.

Dabei, so wurde durch einen Publikumsbeitrag deutlich, hat die Universität Tübingen sogar schon eine solche Kommission. Die „Kommission für Technikfolgeabschätzung", Anfang der 1990er Jahre von studentischen und gewerkschaftlichen Vertretern durchgesetzt, sollte Forschung auf ihre gesellschaftliche Tragweite hin überprüfen und war als Forderung entstanden, weil es Rüstungsforschung an der Universität Tübingen gab! Einziger Schönheitsfehler: Sie hat nie getagt. Regelmäßig durch den Senat der Universität personell besetzt, existiert sie ausschließlich auf dem Papier.

Müther war Zielscheibe auch der anderen Publikumsbeiträge des Abends, die er mehr amüsiert ertrug, als auf sie zu reagieren. So wurde angemahnt, dass in der Klausel vorhandene, in die Zukunft weisende Element, der aktiven Gestaltung friedlicher Konzepte zu stärken. Müthers Antwort: Machen wir ohnedies - folglich kein weiterer Handlungsbedarf notwendig. Auf die Frage eines Anderen, wie denn die Universität mit den expliziten Rekrutierungswünschen der Bundeswehr umgehe, antwortete er dann doch noch etwas erhellendes: Kein Hausverbot für die Bundeswehr. Die Bundeswehr sei als Geldgeber und als Bestandteil der Lehrveranstaltungen herzlich willkommen. Eine Position, die der Vertreter der Juso-Hochschulgruppe mit Nachdruck unterschreiben möchte: Für ihn sind Bundeswehrsoldaten sogar notwendig, wenn sich die Studierenden über Kriege und deren Folgen informieren möchten.

Die Universität: ein politikfreier Raum?

An Kurz und Müther ließe sich nun deutlich machen, wie schief das Bild ist, welches man von der Funktion und dem Inhalt einer Zivilklau-

Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. - Hechinger Str. 203 - 72072 Tübingen

sel eigentlich vermittelt - oder auch, von den Aufgaben einer Universität. Der hehre Anspruch, ein Ort der Wissenschaft zu sein, macht die Uni nicht zu einem Raum ohne Politik und immunisiert sie auch nicht gegen Beeinflussung und Instrumentalisierung. Universitäten sind vielmehr einer der Orte in der Gesellschaft, in denen gesellschaftliche Tendenzen kritisch reflektiert werden müssen. Das gilt auch für das „Zivile", wie das „Militärische" und eine Zivilklausel stellt so auch kein Verbot, sondern ein Gebot dar, sich damit auseinander zu setzen. Die Frage ist aber, wer es wie dann auch macht. Das Statement eines Soldaten (oder aktiven Militärdiplomaten) in eine übergeordnete Fragestellung und Veranstaltung einzubetten und anhand seines Beispiels diese Fragen zu diskutieren, ist zur Erlangung eines fundierten Standpunktes ggf. sogar sinnvoll. Ihn zum Dozenten zu erheben und ihm gleichsam zuzusprechen, mehr als einen Augenzeugenbericht zu leisten, stellt ihn an eine Position, der er nicht gerecht werden kann - Medizinvorlesungen werden aus diesem Grunde auch nicht von den betroffenen Patienten gehalten, sondern von Leuten, die die übergeordneten Fragen behandeln.

Es ist darüber hinaus die Frage, ob die Universität als Legitimationsrahmen benutzt wird, um militaristische Positionen in die politische Agenda zu transponieren. So kann sich die Universität nicht der Diskussion entziehen, ob sie einer Wehrgesellschaft ihre Räume zur Verfügung stellt, deren Inhalte so gar nicht zu den Zielen der Universität passen mögen. Das sind keine Lehrveranstaltungen! Da ist kein wissenschaftliches Erkenntnisinteresse hinter, sondern die universitäre Öffentlichkeit wird missbraucht. Denkt man das zu Ende, so erscheint auch ein regulärer Dozent, der in seinen Seminaren und Vorlesungen zum Agenda-Setting militär- und gewaltzentrierter Konfliktlösungen beiträgt, nicht unbedingt der Geeignetste, um einer Zivilklausel gerecht zu werden.

Der Punkt betrifft aber auch die Forschung. Niemand mit Verstand geht davon aus, dass der Entwicklungsauftrag für eine Waffe heutzutage noch an eine Universität vergeben wird - niemand sollte aber auch davon ausgehen, dass der Verweis auf „Grundlagenforschung" ausreicht, zivile Neutralität zu garantieren. Die Aussage von Herrn Birbaumer, „jede gute Forschung taugt für's Militär", ist schlichter Unsinn - richtig ist, davon zu sprechen, dass das Militär und die Wehrindustrie alle Forschungsergebnisse heranziehen, die ihnen einen relativen Vorteil versprechen. An dieser Stelle könnte man noch näher auf den Begriff des „relativen Vorteils" eingehen und käme zu dem verblüffenden Schluss, dass es eben nicht ganz egal ist, ob ein Ergebnis nur einfach öffentlich, d.h. publiziert ist und es vielmehr ganz erheblich auf den Zeitpunkt ankommt und wer es dann auch nutzen kann. Oder anders: die Publikation ist keine Absolution.

Universitäten forschen an Grundlagen und sie forschen (insbesondere in den Naturwissenschaften und der Medizin) kleinteilig an isolierten Fragestellungen, die erst in einen übergeordneten Kontext eingebunden werden müssen. Das mag es schwieriger machen, sich das Endergebnis als „militärisch" oder „zivil" vorzustellen - unmöglich ist es damit nicht. Ob nun eine Kommission das geeignete Mittel, oder der unmittelbare (und informierte) Kollegenkreis die erste Station einer Überprüfung dieser Zielrichtung sein muss, sei dahin gestellt. Transparenz über einen solchen Prozess, d.h. die frühzeitige öffentliche Diskussion über Forschung und deren Inhalte und Projekte herzustellen, kann sich nicht in der Veröffentlichung einer „Liste" oder Datenbank erschöpfen (die es bisher nicht einmal gibt), sondern braucht kommunikative Elemente. Dies dient nicht nur als „Kontrolle", sondern geradezu als „Hilfestellung", damit sich der Forschende (und er ggf. seine Mitarbeiter) weniger in Gewissenskonflikte über die Nutzung seiner Forschungsergebnisse bringt. Nur in diesem Fall lässt sich auch für die Universität klären, wie sie die Verwendung der Forschungsergebnisse im Sinne ihrer Selbstverpflichtung sicherstellen kann. Bei Forschungspartnern aus der Wehrindustrie oder expliziten Forschungsinstituten, die für das Militär forschen, wird eine solche Intention schwer umzusetzen sein - es nicht zu versuchen, ist die Bankrotterklärung ans Militärische. Mitunter hilft nur, Abstand zu halten. Im schlimmsten (leider auch denkbarsten) Fall trägt hier ein Forscher der Universität dazu bei, ein ziviles Mäntelchen über ein ansonsten militärisches und repressives Forschungsprojekt zu legen - das Stichwort wäre wiederum „Legitimationsbeschaffung".

Hier kommt ganz wesentlich der von Neef angesprochene Aspekt der Kolonisierung der Forschungskapazitäten ins Spiel. Vorn weg: Forschungsrahmenprogramme fallen nicht vom Himmel, sie sind Ergebnis gesellschaftlicher Aushandlungsprozesse, bei denen die Gesellschaft von Politikern vertreten wird und Wirtschafts- und Militärlobby erheblichen Einfluss ausüben. Ausschreibungen innerhalb dieses Rahmens berücksichtigen vor allem wirtschaftliche und politische Interessen. Von unbeschränkter Forschungsfreiheit kann (!) also nicht die Rede sein. Sich der Mechanismen der Forschungsförderung in diesem Land und ihrer Bedingtheit bewusst zu werden, ist der erste Schritt, friedliche Forschungsvorhaben umzusetzen. Eine Zivilklausel abzulehnen, weil sie die Forschungsfreiheit einschränkt, verkennt diese Mechanismen. Für die Exzellenzinitiative der Universitätsleitung war es möglich, ganze Fachbereiche auszutrocknen und den Rest auf „Bedürfnisse" zuzuschneiden - ein Eingriff in die Forschungsfreiheit, wie sie die Klausel niemals leisten kann. In dieser Debatte sind dann übrigens nicht nur die Studierenden gefragt, die die Professorenschaft gern mal vorschiebt, um Argumente für mehr Geld an den Universitäten zu haben. Hochschullehrer und Forscher sind um ihre Meinung bezüglich der Ausgestaltung der zivilen Universität gefragt. Die postulierte „Freiheit der Forschung" darf kein Totschlagsargument werden, sich der gesellschaftlichen Verantwortung zu entziehen.

Die Veranstaltung war ein guter Beginn einer Debatte über den Sinn und Zweck der Zivilklausel - soll sie nicht auch der Endpunkt sein, bedarf es jetzt einer Positionierung der Universitätsleitung zu den gegen verschiedene Forschungs- und Lehrprojekte erhobenen Fragen. Aufzugreifen wäre beispielsweise, was Herrn Ischinger eigentlich befähigt, Dozent an der Uni zu sein, wie die zivile Nutzung von der Bundeswehr finanzierter Forschungsvorhaben sichergestellt wird, wie mit Verbundprojekten z.B. in der Sicherheitsforschung umgegangen wird, an denen Waffenproduzenten und Militärforschungsstellen beteiligt sind. Bisher ist es jedenfalls die Universitätsleitung, die bisher den kleinsten Beitrag zur „Transparenz" in Sachen Forschung beigetragen hat – sich auszuschweigen ist kein Zeichen von Dialogbereitschaft oder Transparenz.

Zuletzt sei daran erinnert, dass der Protest gegen die Sicherheit-, Militär- und Kriegsforschung an der Universität Tübingen sich nicht im Verteidigen der Zivilklausel erschöpft – er ist Teil eines gesamtgesellschaftlichen Protestes, der die Tendenz der Regierung der Bundesrepublik Deutschlands, immer stärker auf militärische Konfliktlösung zu setzen und hierfür immer mehr Menschen und Institutionen versucht zu begeistern, verurteilt.

Anmerkung

1 „Transparenz ist der Schutz" und „Ernüchterung gefährden die Klausel" erschienen im Schwäbischen Tagblatt am 2. Februar 2012.

Ab durch die Hecke!

Erste Bilanz des freiwilligen Wehrdienstes der Bundeswehr

von Michael Haid

Die aktuelle Reform der Bundeswehr umfasst unter anderem auch seit dem 1. Juli 2011 eine Aussetzung der Wehrpflicht. Wohlgemerkt handelt es sich um keine Abschaffung, denn die rechtlichen Grundlagen für den Wehrdienst wurden vom Gesetzgeber unangetastet gelassen. Die Möglichkeit zur Einberufung wird derzeit nur nicht angewandt.

Als Teil dieser Reform soll nach den Planungen des Bundesverteidigungsministeriums die Soll-Stärke der Bundeswehr von vormals rund 250.000 Soldaten (davon über 50.000 Wehrpflichtige) auf zukünftig 170.000 Zeit- und Berufssoldaten plus einer Komponente von 5.000 bis 15.000 freiwillig Wehrdienstleistenden (FWDL) abgesenkt werden. Die Dienstzeit der FWDLs kann bis zu 23 Monate betragen. Innerhalb des ersten halben Jahres können sie die Bundeswehr ohne Angabe von Gründen wieder verlassen.

Die Bedeutung der Wehrpflicht für die Bundeswehr nach Beendigung des Kalten Kriegs lag hauptsächlich in der Rekrutierung des Nachwuchses. Seit Einführung des freiwilligen Wehrdienstes kann die Bundeswehr nicht mehr bevorzugt auf die jungen Menschen zugreifen und steht als Arbeitgeber in Konkurrenz mit dem privaten und dem zivilen öffentlichen Sektor, die noch durch die seit 1991 sinkende Geburtenrate verschärft wird. Der Bundestags-Abgeordnete Robert Hochbaum (CDU), Mitglied des Verteidigungsausschusses und Leiter der Unterarbeitsgruppe „Attraktivität des Dienstes der Bundeswehr" der Arbeitsgruppe Verteidigung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, beschreibt dieses Problem für die Entwicklung der Bundeswehr wie folgt: „Bundesminister Dr. de Maizière sprach kürzlich von nahezu 10 Prozent der jungen Frauen und Männer eines Jahrgangs, die sich bewerben müssten, wenn man weiter ein Auswahlpotential im Verhältnis 1:3 bis 1:5 von abgelehnten und angenommenen Bewerbern erreichen will. Führt man sich im Gegenzug die Ergebnisse des 94. Forschungsberichtes des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr vor Augen, die aufzeigen, dass lediglich ein Viertel der insgesamt unter 30-jährigen aktuell bereit ist, freiwillig Wehrdienst zu leisten, nimmt die Aufgabe der Personalgewinnung zukünftig einen erheblichen Stellenwert ein."[1]

Insofern ist die Fähigkeit der Armee, Freiwillige als Berufs- oder Zeitsoldaten sowie als Wehrdienstleistende gewinnen zu können, immer auch als Gradmesser für die gesellschaftliche Akzeptanz der Bundeswehr und letztlich auch ihrer Einsatzfähigkeit zu sehen. Für das Bundesverteidigungsministerium (BMVg) ist deshalb das Bewerberaufkommen ein besonders sensibler Bereich, der bei Nicht-Erreichung der selbstgesteckten Ziele die Bundeswehr-Reform in Frage stellen könnte.

Nach Ablauf der Sechs-Monats-Frist kurz vor Jahresende 2011 hatte das BMVg erstmals die Abbrecherquoten vorgestellt. Demnach seien zum 1. Juli 2011 3.459 Personen als freiwillig Wehrdienstleistende in die Bundeswehr eingetreten. Davon seien mehr als ein Viertel (27,7%) zum Jahreswechsel nicht mehr im Dienst gewesen. Dabei machten 23,3% von ihrem Recht Gebrauch, ohne Angaben von Gründen innerhalb der ersten sechs Monate ihren Dienst wieder zu quittieren. 4,4% hätten den körperlichen Anforderungen nicht entsprochen und seien von der Bundeswehr selbst wieder entlassen worden.[2]

Nach dieser ersten Halbjahresbilanz kann festgestellt werden, dass das BMVg sein Maximalziel von 15.000 FWDLs unter keinen Umständen erreicht hat. Wohl auch in Zukunft wird dies unmöglich sein. Selbst ihr Minimalziel von 5.000 FWDLs kann nicht als gesichert gelten: 27,7% von 3.453 sind rund 958 Personen, welche im Laufe des ersten Halbjahres die Bundeswehr verlassen haben. Demnach verblieben 2.495 FWDLs im Dienst. Alle drei Monate werden neue FWDLs aufgenommen; die durchschnittliche Verpflichtungsdauer beträgt 14 bis 15 Monate. Die Zahlen für Bewerbungen und Dienstdauer können sich natürlich zukünftig verändern. Eine verlässliche Aussage kann deshalb nicht getroffen werden. Aber bestimmte Trends lassen sich durchaus beschreiben. So lassen auch die Antrittszahlen für das letzte Quartal 2011 und für das erste Quartal 2012 keine signifikanten Änderungen erkennen. Zum 1. Oktober 2011 hat das Bewerberaufkommen 4.589 FWDLs (davon 4.437 Männer und 152 Frauen) betragen.[3] Am 2. Januar 2012 traten 2.853 Rekruten (darunter 167 Frauen) ihren freiwilligen Wehrdienst an.[4]

Das BMVg erklärt diese für sie ernüchternden Zahlen mit dem Hinweis, die Abbrecherquote in der Bundeswehr liege nicht wesentlich höher als in der freien Wirtschaft. Dort ginge man für das gesamte Ausbildungsverhältnis von derzeit rund 23 Prozent an Abbrechern aus. Aus Sicht des Verteidigungsministeriums verlaufe die Anwerbung von Nachwuchs deshalb gut. Diese Verlautbarung hat aber einen wesentlichen Schönheitsfehler, denn sie täuscht über die Gründe der FWDLs für ihren Abbruch hinweg. Das BMVg gibt diese selbst mit einem alternativen Ausbildungs- oder Jobangebot an; viele Abiturienten hätten doch noch einen Studienplatz bekommen. Demnach ist festzustellen, dass die FWDLs eben zugunsten ziviler Ausbildungsstellen und Studienplätze der Bundeswehr den Rücken kehren. Ebenso wird damit der schon länger bekannte Befund bestätigt, dass nur diejenigen bei der Bundeswehr bleiben (müssen), die keine Ausbildungs- oder Berusalternativen haben.

Bemerkenswert ist, dass nach einer Tabelle des BMVg von den Anfang Januar 2012 neu eingetretenen 2.853 FWDLs 478 (16,75%) aus Ostdeutschland stammen.[5] Dies entspricht circa dem Anteil von Ostdeutschen an der Gesamtbevölkerung. Der bisherige Trend, dass sich die Rekruten überdurchschnittlich aus den Unterschichten im Osten Deutschlands rekrutierten, scheint sich nach diesen Angaben anzugleichen; es betrifft nun alle jungen Menschen ohne berufliche Alternativen gleichermaßen.

Anmerkungen

1 Vgl. R. Hochbaum, Herausforderung der neuen Freiwilligenarmee annehmen!, Europäische Sicherheit & Technik, Januar 2012, S. 45.

2 Vgl. Jeder Vierte bricht die Bundeswehr ab, Focus Online, 21.12.2011; De Maizière bleibt bei Abbrecherquote gelassen, Berliner Morgenpost Online, 21.12.2011.

3 Vgl. 4600 junge Frauen und Männer beginnen bei der Bundeswehr, Focus Online, 3.10.2011.

4 Vgl. Presse- und Informationsstab BMVg: Freiwillige treten ihren Dienst in der Bundeswehr an, 27.12.2011 (eingesehen am 6.1.2012).

5 Berlin 127, Brandenburg 80, Mecklenburg-Vorpommern 45, Sachsen 105, Sachsen-Anhalt 73, Thüringen 48. Vgl. Presse- und Informationsstab BMVg: Freiwillige treten ihren Dienst in der Bundeswehr an, 27.12.2011 (eingesehen am 6.1.2012).

Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. - Hechinger Str. 203 - 72072 Tübingen

Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. - Hechinger Str. 203 - 72072 Tübingen

Augen aus dem All: Netzwerke der Satellitenaufklärung

von Matthias Monroy

Seit 1998 errichtet die Europäische Union ein Aufklärungssystem, das auf Satelliten basiert. Die unter dem Namen Global Monitoring of Environment and Security (GMES)[1] firmierende Plattform entsteht parallel zum Satellitenpositionierungsdienst Galileo[2] und soll die bereits existierende Satellitenaufklärung einiger Mitgliedsstaaten um ein eigenes EU-System ergänzen[3] und beträchtlich erweitern. GMES besteht aus den vier Hauptkomponenten: Erdbeobachtung aus dem All, hierzu notwendige Kapazitäten am Boden, Verarbeitung der Informationen und Bereitstellung von Diensten für öffentliche und private Anwender. Bereits an der Entwicklung sind sowohl Behörden und Unternehmen überwiegend aus der Rüstung beteiligt, als auch das Militär und zivile Forschungseinrichtungen. Obwohl in der öffentlichen Darstellung vorwiegend auf Anwendungen im Bereich des Umwelt- und Katastrophenschutzes verwiesen wird, werden im Folgenden zunächst die Anwendungen im polizeilichen und – damit zunehmend verwoben – auch militärischen Bereich dargestellt, um anschließend am Beispiel Libyen die geopolitische Dimension von Kooperation und Konkurrenz bei der Satellitentechnologie anzudeuten.

1. EU als neuer Akteur im Weltraum

GMES vereint neben Satelliten auch boden- und seegestützte Radarstationen sowie Aufklärung aus Flugzeugen und Drohnen. Die bereits vorhandenen Aufklärungskapazitäten Italiens, Deutschlands, Spaniens oder Frankreichs werden ebenso wie der Navigationsdienst *Galileo* integriert. Auch Bilder von kommerziellen Satelliten oder durch Google bereitgestellte Geodaten werden genutzt. Das System soll einer „Bekämpfung von Terrorismus und Klimawandel“ dienen, aber auch eine „Konjunkturbelebung“ befördern. EU-Veröffentlichungen stellen gern den Nutzen für die Messung von Umweltveränderungen in den Mittelpunkt, während der Sicherheitsaspekt unter den Tisch gekehrt wird. Die sicherheitstechnische Nutzung von GMES wird über Forschungsprogramme eingefädelt, die über Mittel des 7. Forschungsrahmenprogrammes der EU finanziert werden. Unter den in GMES involvierten deutschen Unternehmen sticht besonders der EADS-Ableger Astrium[4] hervor, während ansonsten Tochterfirmen des italienischen Rüstungsgiganten Finmeccanica dominieren.

Wichtigster öffentlicher Akteur innerhalb von GMES ist das Deutsche Zentrum für Luft- und Raumfahrt (DLR). Das DLR agiert im Auftrag der Bundesregierung und betreibt zur Auswertung der Satellitenaufklärung das Deutsche Fernerkundungsdatenzentrum (DFD)[5] im bayerischen Oberpfaffenhofen (Kartierungen, Datenempfang) und in Neustrelitz in Mecklenburg-Vorpommern (Datenempfang und Schwerpunkt maritime Aufklärung). Ebenfalls zum DLR gehört das Zentrum für satellitengestützte Kriseninformation (ZKI).[6]

2. Sicherheitspolitische Anwendungen

Die Behörden der EU-Mitgliedstaaten sind angewiesen, den „nationalen Bedarf“ an GMES-Diensten zu ermitteln und zu koordinieren. Der GMES Land-Dienst wird diesbezüglich vom Bundesamt für Kartographie und Geodäsie (BKG) verantwortet, während das Bundesamt für Seeschifffahrt und Hydrographie (BSH) hierzulande den GMES-Ozean-Dienst führt. Der Deutsche Wetterdienst (DWD) ist für den GMES-Atmosphären- und Klima-Dienst zuständig. Das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) steuert den GMES-Notfall-Dienst und gilt als Kontaktstelle für einzelne Projekte („National User Focal Point“). Laut dessen Vizepräsident gehört auch das Bundesamt für Verfassungsschutz zu den Nutzern, „die sich aus dem Portfolio der Möglichkeiten der angebotenen Dienste das für sie Passende aussuchen“.[7]

Zwar wird GMES gern als ziviles Projekt zur umwelt- oder sicherheitspolitischen Aufklärung beworben. Jedoch fanden spätestens im März 2007 vom Europäischen Rat initiierte Diskussionen über die Integration von GMES-Diensten in die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) statt. Der Leiter des GMES-Weltraum-Büros bei der Europäischen Raumfahrtagentur sowie der Koordinator für GMES-Politik im gleichen Büro berichten hierzu von „drei wesentlichen Schlussfolgerungen“.[8] Demnach sollen „militärische Nutzer von GMES“ die gleichen Rechte wie zivile Anwender innehaben. Für die „militärische Nutzerfamilie“ soll dennoch eine „angepasste GMES-Datenpolitik“ entworfen werden.

2.1. Anwendungen für die „Innere Sicherheit“

Die Bundesregierung präzisierte in der Antwort[9] auf eine frühere Kleine Anfrage des Bundestagsabgeordneten Andrej Hunko, dass etliche weitere deutsche Stellen „an der Ausgestaltung von GMES-Diensten“ beteiligt sind. In „polizeilichen Vorläuferprojekten zu GMES“ sind demnach neben dem BBK auch das Bundeskriminalamt einbezogen. Gemeint sind Forschungsprogramme, in denen „Anwender“ gemeinsam mit Herstellern und Forschungseinrichtungen spätere Einsatzgebiete ausloten.[10] Auch das Technische Hilfswerk (THW) und das Deutsche Rote Kreuz (DRK) sind als „Verbundpartner“ an der „satellitengestützten Kriseninformation“ beteiligt.[11] Neben „Schnellkartierungskapazitäten“ werden Anwendungen zum Katastrophenmanagement oder für Großveranstaltungen beforscht.

2008 hatte das BKA mit dem DLR in einem zweitätigen Workshop neue Möglichkeiten für die polizeiliche Nutzung von Satellitenaufklärung ausgelotet.[12] Beteiligt waren zudem mehrere Landeskriminalämter, die Bundespolizei und das Bundesministerium des Innern. Neben dem großen Interesse an der Auswertung von Satellitenbildern wünschen sich die Verfolgungsbehörden auch eine Implementierung neuer Möglichkeiten der Navigation mittels GPS. Der Workshop führte kurz darauf zu einer Kooperationsvereinbarung zwischen BKA und DLR, um die „vielfältigen Einsatzmöglichkeiten von Satellitenbildern zur Unterstützung der polizeilichen Arbeit“ voranzutreiben. Dabei ging es insbesondere um die Beteiligung an GMES-Diensten. „Das DLR stellt für das BKA einen wichtigen Kooperationspartner dar, von dessen

Unterstützung die Sicherheitsbehörden in vielerlei Hinsicht profitieren können", lobte der BKA-Präsident.

Im Oktober hatte das Bundesinnenministerium nachgelegt und zusammen mit dem DLR nach Oberpfaffenhofen zum „1. Strategie-Forum Chancen und Möglichkeiten der Fernerkundung für die öffentliche Verwaltung" eingeladen.[13] Etliche Behörden reisten an, darunter das Bundeskriminalamt, die Bundespolizei, das Verteidigungsministerium und das Amt für Geoinformationswesen der Bundeswehr sowie der Bundesnachrichtendienst. Bundespolizei und Bundeskriminalamt haben tatkräftig mitgeholfen und im Workshop „Zivile Sicherheit und polizeiliche Aufgaben" Vorträge zum Thema gehalten.[14] Die Referenten umrissen den polizeilichen Bedarf und forderten rechtliche Klarheit zur Verwertungsmöglichkeit von Bildern. Das BKA stellte zudem Beispiele vor und garnierte den Vortrag mit einem Bericht über 3D-Visualisierung. Die Bundeskriminalisten reisten zu GMES-Konferenzen nach Rom, Neustrelitz, Ispra (Italien), Madrid und Ende November zu den GMES-Thementagen Deutschland in München.[15]

2.2. Lagebilderstellung mit G-MOSAIC

Die deutschen Kriminalisten sind zudem selbst am Vorhaben GMES Services for Management of Operations, Situation Awareness and Intelligence for regional Crises (G-MOSAIC) beteiligt, das am 1. Januar 2012 endete.[16] Das Projekt ist mit dem Ziel angetreten, „Produkte, Methoden und Pilotdienste" für GMES-Sicherheitsanwendungen zu identifizieren. G-MOSAIC wird von der italienischen Rüstungsfirma Finmeccanica durch deren Tochter e-GEOS koordiniert. Aus Deutschland sind neben dem Deutschen Zentrum für Luft- und Raumfahrt und dem EADS-Ableger Astrium auch die Universität Freiberg in G-MOSAIC involviert.

G-MOSAIC widmet sich neben der Beobachtung von unkontrolliertem Abbau von Rohstoffen auch der Überwachung von Grenzen und sogenannten „kritischen Infrastrukturen".[17] In Präsentationen von Projektbeteiligten rücken etwa Atomanlagen im Iran in den Focus.[18] Mit G-MOSAIC wurde auch der Aufstand in Ägypten aufgeklärt und das EU-Satellitenzentrum in Torréjon mit Bildern aus Alexandria, Luxor und Sharm-el-Sheik beliefert, um weitere „Pilotdienste" für Sicherheitsanwendungen auszuloten.

Das BKA hatte sich bei G-MOSAIC vor allem für die Projekte zum Aufspüren von Drogenanbauflächen interessiert. Laut der Antwort der Bundesregierung auf eine neue Kleine Anfrage des Linksfraktion-Abgeordneten Andrej Hunko[19] habe das BKA „keine für die deutsche Polizei in Betracht kommenden Anwendungen" feststellen können. Angeblich entschied die Behörde, sich nicht weiter an dem Projekt zu beteiligen.

Doch noch im Juni hatte das BKA am „2nd User-Workshop G-MOSAIC" im spanischen Torréjon, dem Sitz des Europäischen Satellitenzentrums, teilgenommen.[20] Dort wurden den Besuchern mehrere Live-Demonstrationen vorgeführt, darunter zu Migration und Grenzüberwachung oder über den Schutz von Industrieanlagen. Von „Endnutzern und Bedarfsträgern" wurden Statements zu zukünftigen Bedürfnissen erbeten. Mit von der Partie waren das Europäische Satellitenzentrum, die Europäische Verteidigungsagentur, der Europäische Auswärtige Dienst, Frontex und verschiedene Einrichtungen der UN.

Bereits jetzt ist G-MOSAIC mit der Vorbereitung der Fußballmeisterschaft EURO2012 beschäftigt. Aus dem All werden die Stadien im polnischen Gdansk und im ukrainischen Lviv beobachtet und der Baufortschritt dokumentiert.[21] Federführend ist hier die Astrium-Tochter Infoterra, die in Friedrichshafen und Potsdam residiert.[22]

G-MOSAIC entwickelt unter anderem Kapazitäten zur Frühwarnung und zum Krisenmanagement, die vor allem der EU-Außenpolitik zugute kommen sollen. Daher verwundert es kaum, wenn Militärs munter mit zivilen und polizeilichen Einrichtungen im Boot sitzen: Neben der EU-Migrationspolizei Frontex sind mehrere militärische und zivile Geheimdienste beteiligt, darunter aus Belgien, Frankreich, Italien und Polen. Eines der Kernelemente von G-MOSAIC ist das Aufspüren von Kokainanbau in Kolumbien, was die Beteiligung kolumbianischer Institute erklären mag. Von deutscher Seite arbeitet das Amt für Geoinformationswesen der Bundeswehr innerhalb der zivil-militärischen GMES-Aufklärung mit.[23]

2.3. Seeüberwachung auch für die Bundespolizei

Die Bundesregierung gab in ihrer Antwort auf die jüngste Kleine Anfrage der Linksfraktion weitere Details zu den Suchbewegungen des BKA hinsichtlich Satellitenaufklärung preis: Demnach hat die Behörde 2010 vom Projekt MARItime Security Service (MARISS) „Bilder zu Testzwecken" angefordert. Dort werden auch Positionsdaten verarbeitet, die von größeren Schiffen gesendet werden. Damit können kleinere Boote leichter identifiziert und polizeilichen Maßnahmen unterzogen werden. Übermittelt wurden die Bilder vom DLR in Neustrelitz. Das BKA wollte laut Bundesregierung „mittels Fernerkundungstechnik Schiffe und deren Bewegungen […] detektieren", um „Schleusungskriminalität und Rauschgifthandel per Wasserfahrzeug" aufzuspüren. Die Beteiligung am noch nicht abgeschlossenen Vorhaben dauert an. Nach Vorlage der Abschlussergebnisse soll die weitere Nutzung maritimer Daten geprüft werden.[24]

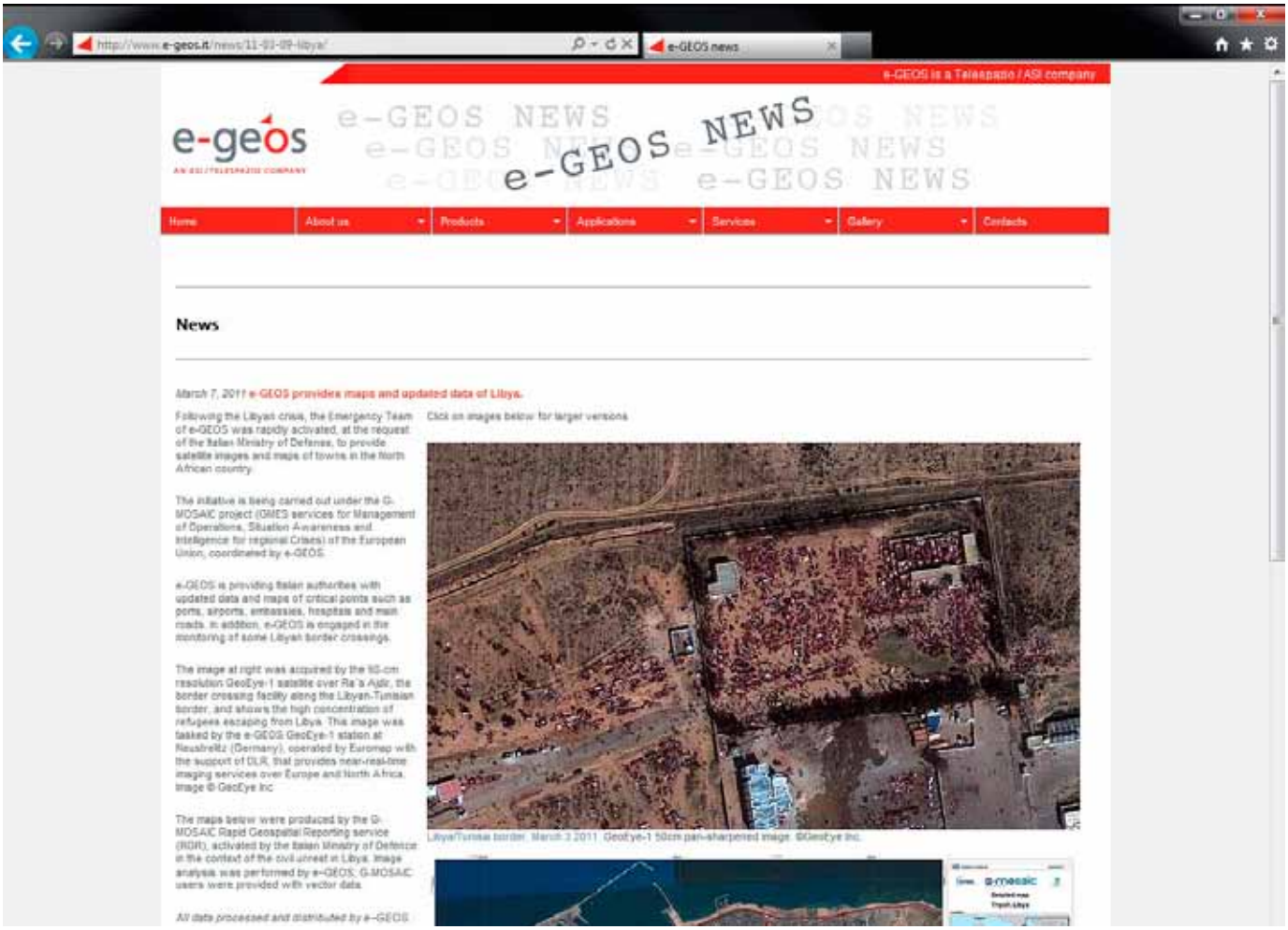
Seit letztem Jahr hat auch die maritime Abteilung der Bundespolizei (BPOL See) einen bis 2013 gültigen Kooperationsvertrag mit dem Deutschen Zentrum für Luft- und Raumfahrt unterzeichnet.[25] Das DLR übermittelt hierfür Bilder der Radarsatelliten TerraSAR-X und TanDem-X, die in „öffentlich gemeinsamer Partnerschaft" zusammen mit der Firma Astrium betrieben werden.[26] Die Satellitenaufklärung verzeichnet Schiffsbewegungen und liefert aufbereitete Karten mit Schiffsinformationen. Bereits früher hatte die Bundespolizei ebenso wie das BKA am GMES-Projekt MARItime Security Service partizipiert, das neben Satelliten auch Daten aus bodengestützten Systemen einbindet. Neben Umweltverschmutzung und illegalisierter Fischerei steht vor allem die Bekämpfung unerwünschter Migration an den Schengen-Außengrenzen im Vordergrund. Der Leiter BPOL See stellt vor allem den strategischen Vorteil heraus, wenn die Bundespolizei „diese Entwicklungen nach unseren Nutzer-Bedürfnissen beeinflussen" kann. Doch auch die taktische Überlegenheit wird gelobt: „Schon heute können wir auf Produkte aus der Kooperation zurückgreifen, die es ohne sie gar nicht oder erst in ein paar Jahren gebe".[27] Bereitwillig stellt die Bundespolizei Schiffe für Tests zur Verfügung.

3. Aufklärungsdaten für militärische EU-Außenpolitik

Bilddaten aus dem All werden unter anderem vom EU-Satellitenzentrum (EUSC) im spanischen Torrejón ausgewertet, das seit 2002 als EU-Agentur operativ ist und der nach dem Lissabon-Vertrag installierten „Hohen Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik" untersteht. Vom EUSC aufbereitete Informationen werden an den Europäischen Rat, den Europäischen Auswärtigen Dienst (EAD), das Geheimdienstzentrum

Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. - Hechinger Str. 203 - 72072 Tübingen

Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. - Hechinger Str. 203 - 72072 Tübingen



Screenshot der Website des Satellitenbildanbieters e-geos.

SitCen und die EU-Mitgliedstaaten geliefert. Auch internationale Organisationen wie die Vereinten Nationen, die OSZE oder die NATO können ihre Missionen auf GMES-Produkte stützen, sofern dies im Interesse der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU (GSVP) liegt.

Deutscher „Ansprechpartner" und Mitglied im Verwaltungsrat des EUSC ist das Auswärtige Amt, das „Produkte" von dort erhält und an andere Nutzer in Deutschland weiterleitet. Auch die Bundeswehr ist beteiligt, sie stellt „auf Anforderung Personal für die Satellitenbildauswertung an das EUSC ab".[28] Hierfür nimmt sie regelmäßig an Ausbildungen teil.

Das Verteidigungsministerium hat mit der Hohen Vertreterin der Europäischen Union für Außen- und Sicherheitspolitik zudem eine „Absprache" zur Bereitstellung von Bildmaterial des militärischen Aufklärungssystems SAR-Lupe abgeschlossen. Bilder des EUSC wurden auch für den NATO-Krieg in Libyen genutzt. Dies bestätigt die Bundesregierung und führt aus, „eine förmliche Anfrage der NATO um Unterstützung durch das EUSC mit Bildanalysen zu Libyen" sei dem EAD im April 2011 zugeleitet worden. Die EU-Mitgliedstaaten wären dann vom EAD gebeten worden, „der NATO-Anfrage zu entsprechen". Das EUSC selbst hat „sämtliche bereits erstellten Produkte des EUSC zu Libyen" der NATO überlassen. „Mithilfe verfügbarer Produkte des EU-Satellitenzentrums unterstützt die EU die NATO-Operation ‚Unified Protector' ferner durch weltraumgestützte geografische Daten", erklärte die EU-Kommission gleichlautend auf eine Anfrage im EU-Parlament.[29]

Die hier angesprochenen Bilddaten scheinen sich vorwiegend auf militärische Satelliten zu beziehen. In der Antwort auf die Kleine Anfrage der Linksfraktion hatte die Bundesregierung noch im März behauptet, dass GMES-Daten „wegen ihrer derzeitigen technischen Parameter (insbesondere geringe geometrische Auflösung) für militärische bzw. nachrichtendienstliche Aufklärung nicht geeignet" seien.[30] Das stimmte offensichtlich schon im Frühjahr nicht - denn GMES-Bilder flossen in die Durchführung des NATO-Krieges in Libyen ein, für den Italien wichtige Aufklärungsfunktionen übernahm.

3.1. Beispiel Libyen

Unter anderem wurde hierfür der GMES Emergency Response Service in Anspruch genommen.[31] Dieser „satellitenbasierte Notfallkartierungsservice" gründet sich auf das Forschungsprojekt „Services und Anwendungen für Notfall- und Krisensituationen" (SAFER).[32] Das im Januar 2012 endende Vorhaben adressiert meteorologische „Risiken" (Feuer, Flut) ebenso wie geophysikalische (Erdbeben, Vulkanausbruch, Erdrutsche) und „menschlich verursachte" Katastrophen und „humanitäre Krisen".[33] Laut Selbstauskunft ist das deutsche DLR im SAFER mit „verschiedenen Abteilungen" beteiligt, darunter dem Deutschen Fernerkundungsdatenzentrum, das laut Bundesregierung „Leitungsfunktionen im Sinne einer Koführung" übernimmt.[34] Beim DLR freut man sich zudem über eine „führende Rolle" im Strategic Management Board (SMB) von SAFER.[35]

In ihrer Antwort auf eine Schriftliche Frage des Abgeordneten Andrej Hunko erklärt die Bundesregierung, SAFER sei von der Generaldirektion Humanitäre Hilfe und Zivilschutz der EU-Kommission „um satellitengestützte Kartierungen von Libyen" gebeten worden.[36] Die Bilder sollten „bei Bedarf als ergänzende Information für die Planung von möglichen humanitären Hilfs-

maßnahmen dienen“. Die für den Krieg in Libyen genutzten Daten von SAFER wurden vom deutschen „Zentrum für Satellitengestützte Kriseninformation“ ausgewertet[37]: Dem ZKI obliegt womöglich die Aufarbeitung von Bildern der GMES-Radarsatelliten, die für das menschliche Auge zunächst nicht interpretierbar sind. Bereits am 24. Februar 2011, also wenige Tage nach Beginn der Aufstände, meldete das Institut die Überlassung von „EU Referenzkarten von Libyen und Nachbarländern“ an SAFER, darunter auch zu Tunesien und Malta.[38] Die Bundesregierung bagatellisiert den deutschen Beitrag zur Satellitenaufklärung und weist darauf hin, die satellitengestützten Kartierungen für die Gebiete Tubruq, Derna (Libyen) und Ost-Malta sowie Salum (Ägypten) seien öffentlich im Internet verfügbar. Fraglich ist jedoch, ob Bilder in höherer Auflösung zurückgehalten werden.

Damit standen der Bundesregierung ebenso wie der EU also bereits drei Wochen vor der Resolution 1973, durch die der UN-Sicherheitsrat die NATO zur Intervention ermächtigte, Bilder libyscher Städte und Grenzregionen zur Verfügung. Die zu dieser Zeit schon eingeleiteten humanitären Massnahmen der EU gingen – wie eine weiterer Kleine Anfrage der Linksfraktion offenbarte – unmittelbar in die diplomatische, polizeiliche und grenzpolizeiliche Unterstützung des Nationalen Übergangsrates während des Krieges in Libyen über und war weder personell noch inhaltlich von der Bekämpfung illegaler Migration zu trennen. Auch eine Weiterleitung von Aufklärungsdaten der angeblich humanitären EU-Missionen und -Einsatzteams an die Planungsstäbe der ab dem 1. April 2011 in Vorbereitung befindlichen EU-Militärmission EUFOR Libya konnte oder wollte die Bundesregierung darin nicht ausschließen.[39] Offensichtlich wird also nicht nur in Planung und Konzeption, sondern auch in der Anwendung nicht klar zwischen der Fernaufklärung zu humanitären und der militärischen Aufklärung unterschieden.

Radarsatelliten sind in der Lage, zentimetergenaue Oberflächenberechnungen vorzunehmen, beispielsweise um das Schmelzen von arktischem Eis zu untersuchen. Gleichsam dürften Veränderungen durch Explosionen festgestellt werden können, etwa die behaupteten Bombardierungen der Zivilbevölkerung durch libysche Militärflugzeuge - diese galten damals als Grund zur Eile für die Resolution.

GMES-Satellit, Foto: ESA

„Die bislang bekannten Leistungsparameter von GMES-Sensoren lassen die Eignung für eine grundsätzliche Feststellung von Beschädigungen erwarten“, gibt die Bundesregierung in der Antwort auf die jüngste Kleine Anfrage zu. Hinsichtlich eines anderen Anbieters (Digital Globe) sei bekannt, „dass Satellitenbildmaterial existiert, das die Ergebnisse von Kampfhandlungen und Luftangriffen aufzeigt“. Die Daten wurden indes nicht genutzt, um die Angriffe der libyschen Luftwaffe auf die Zivilbevölkerung zu verifizieren: Sie beeinflussten laut Bundesregierung nicht „ihr Abstimmungsverhalten zur Sicherheitsratsresolution“.[40]

3.2. Militärische Aufklärung als Public-Private-Partnership

Die Aufklärung für den Krieg in Libyen wird anscheinend auch anderweitig aus Deutschland vorgenommen: Immer wieder taucht in diesem Zusammenhang die italienische Firma Earth Observation Satellite Services Company (e-GEOS) auf.[41] e-GEOS gehört zu 80% Telespazio, diese wiederum dem italienischen Rüstungsgiganten Finmeccanica. e-GEOS verarbeitet laut eigener Webseite über die Firma GAF, die ebenso Telespazio gehört, Bilddaten in Neustrelitz.[42] Die Bundesregierung dementiert und erklärt, e-GEOS würde kein Satellitenzentrum in Neustrelitz betreiben: Lediglich über den Ableger GAF, der wiederum eine Tochter-Gesellschaft Euromap betreibt, seien Satellitendaten „akquiriert, archiviert und kommerziell“ vertrieben worden.[43] Allerdings seien hierfür „die Antennensysteme des DLR in Neustrelitz“ genutzt worden. Nach Vorbild von GMES baut GAF auch in Saudi-Arabien ein System zur Satellitenaufklärung auf. Beteiligt sind unter anderem Telespazio und das deutsche DLR. Im Focus stehen angeblich lediglich Umweltbelange.[44]

Auch über Satellitenaufklärung zu Libyen behauptet e-GEOS, die Bilder würden von einer Bodenstation aus Neustrelitz geliefert, die von der Firma genutzt wird.[45] Die e-GEOS-Tochter Euromap erhielte demnach für die fast in Echtzeit erstellten Daten eine „Unterstützung des DLR“. Alles Lüge, erklärt die Bundesregierung: Eine auf e-GEOS ausgerichtete „Unterstützung durch das DLR“ habe nicht stattgefunden, die Informationen werden als „Werbestrategie“ abgetan.

Auf der Webseite von e-GEOS wird weiter erläutert, dass die Dienstleistungen von SAFER auf Initiative des italienischen Militärs bald nach Beginn der Aufstände „aktiviert“ wurden. Geliefert wurden Bilder von libysch-tunesischen Grenzübergängen,[46] aber auch von Städten wie Bengasi[47] und Tripolis[48]. Fokussiert werden laut e-GEOS „kritische Punkte“ wie Häfen, Flughäfen, Botschaften, Krankenhäuser, Hauptstraßen. Die Firma greift hierfür pikanterweise auf Produkte des oben beschriebenen Projekts G-MOSAIC zurück, das von ihr selbst geleitet wird.

e-GEOS verkauft außerdem die Bilder der vier vom italienischen Verteidigungsministerium co-finanzierten, hochauflösenden COSMO-Skymed-Satelliten.[49] Auch die COSMO-Skymed-Satelliten überfliegen Libyen.[50] Damit konnte das italienische Militär mit Aufklärungsdaten über Panzerbewegungen, Truppenkonzentrationen, Bewegungen von Flugzeugen auf Flughäfen und von Schiffen in Häfen versorgt werden.

Vermutlich beliefert e-GEOS das Militär mit noch mehr Produkten: Die Firma verfügt zudem über Vermarktungsrechte der optischen Satelliten GeoEye-1, IKONOS, QuickBird, WorldView-1 und WorldView-2. Damit dürfte Italien auch im Weltraumsektor die wichtigste Aufklärungsfunktion für Interventionen in Libyen geleistet haben, die unter anderem vom Militärstützpunkt Sigonella auf Sizilien übernommen wurde. Dort haben die USA seit 2008 die Langstrecken-Drohnen „Global Hawk“ stationiert

Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. - Hechinger Str. 203 - 72072 Tübingen

Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. - Hechinger Str. 203 - 72072 Tübingen

und sich dabei zusammen mit Premierminister Silvio Berlusconi bewusst über den Wählerwillen hinweggesetzt:[51] Nachdem Berlusconi die Erlaubnis zur Stationierung erteilte, bat das italienische Militär den US-Botschafter, diese Information noch bis nach den Wahlen in Italien geheim zu halten. Die Drohnen in Sigonella übernehmen unter dem Motto „Eyes in the Sky for Boots on the Ground" eine Schlüsselposition im Alliance Ground Surveillance der NATO.[52]

3.3. Beispiel Finmeccanica

Die weltweit operierende Finmeccanica half der italienischen Regierung seit Jahren, ihre Beziehungen mit Oberst Muammar al-Gaddafi zu festigen. 2007 unterzeichnete Finmeccanica ein Joint Venture im Bereich „Verteidigungs- und Sicherheitselektronik" für „innovative Lösungen" in Libyen und anderen afrikanischen Ländern.[53] 2009 folgte ein „Memorandum of Understanding for a strategic cooperation in Africa and the Middle East" mit der „Libyan Investment Authority" (LIA). Anvisiert werden Märkte in „Libyen, Mittlerem Osten und Afrika", wo sich „signifikante Investitionsmöglichkeiten" in einem „breiten Spektrum" aller industriellen Sektoren böten, in denen Finmeccanica präsent ist. Der Rüstungsgigant übernimmt in allen praktischen Umsetzungen des Joint Ventures eine „direkte Führungsrolle".

Die Vereinbarung von 2009 führte sofort zu vorzeigbaren Ergebnissen: Finmeccanica gewann den Auftrag für 541 Millionen Euro, die rund 1.450 Kilometer von chinesischen Firmen gebauten libyschen Bahnlinien mit neuester Zugsignaltechnik, Telekommunikation und Energieversorgung auszustatten. Zur Unterzeichnung reisten hohe Vertreter italienischer Ministerien und Firmen an. Im April 2010 eröffnete Finmeccanica eine Hubschrauber-Fabrik auf dem Flughafen Abu Aisha südlich von Tripolis; bis heute sind 17 „Agusta Westland"-Helikopter an die Regierung geliefert worden. Nach Beginn der Aufstände behauptete Finmeccanica eilig, diese seien nicht an die Armee verkauft worden.[54] Zwei der Helikopter wurden 2010 indes an die Grenzpolizei übergeben.

Doch damit nicht genug der dunklen Geschäfte mit Libyen: Noch im Januar 2011, also kurz vor Beginn der Aufstände, stieg die libysche Investmentbehörde Lia mit zwei Prozent bei dem Luftfahrt- und Rüstungskonzern Finmeccanica ein.[55] Angesichts der kurz darauf erfolgten NATO-Intervention ein riskantes Unternehmen, weshalb sich Verantwortliche von Finmeccanica eilig mit „Rebellen" trafen,[56] um sich zu versichern, dass im Falle des Sieges gegen Gaddafi alle Verträge ihre Gültigkeit behalten würden.

Vom Nachrichtenportal Bloomberg wurde Anfang September gemeldet, Finmeccanica-Vorstand Pier Francesco Guarguaglini habe sich erneut mit „Rebellen" getroffen und die Übernahme der Verträge durch den „Übergangsrat" abermals bestätigt.[57] Im August 2011 sekundierte der italienische Außenminister und frühere EU-Kommissar Franco Frattini:[58] „Sobald die neue legitime Regierung, der Nationale Übergangsrat, endgültig die Führung des gesamten Landes übernommen hat, wird der italo-libysche Vertrag [gemeint ist der Vertrag über Freundschaft, Partnerschaft und Kooperation] reaktiviert. Der Übergangsrat hat sich verpflichtet, alle Verträge, auch jene mit den italienischen Unternehmen zu respektieren, die Gaddafi abgeschlossen hatte".

4. Kooperation und Konfrontation im Weltraum

Auch der Generaldirektor für Inneres der Europäischen Kommission, Stefano Manservisi, hatte noch 2010 nichts gegen die Zusammenarbeit mit Libyen einzuwenden. Der damalige libysche Außenminister Moussa Koussa, die EU-Innenkommissarin Cecilia Malmström und der für Europäische Nachbarschaftspolitik zuständige Kommissar Stefan Füle trafen sich Anfang Oktober 2010 in Tripolis, um einen „Meilenstein im Kampf gegen illegale Einwanderung" zu beschließen:[59] „In wichtigen Bereichen wie Handel, Energie, Sicherheit und Entwicklung des afrikanischen Kontinents haben wir gemeinsame Interessen".

Unter anderem wollte die EU die libysche Grenzsicherung zum Niger mittels Satelliten aufrüsten: Innerhalb des Programms AENAS zur „Bekämpfung der Ursachen der Migration in den Ursprungsländern" förderte die Kommission 2009 ein Projekt „Vernetzung der nigrischen Grenzposten im Satellitennetz".[60] Laut Ausschreibungsunterlagen wurde das Vorhaben jedoch annulliert.[61]

Berlusconi hatte den „Vertrag über Freundschaft, Partnerschaft und Kooperation", den Italien und Libyen im August 2008 unterzeichneten, mit den Worten „wir werden mehr Gas und Benzin aus Libyen bekommen und weniger illegale Einwanderung" bejubelt.[62] Was der Premierminister nicht aussprach: Wieder winkten massive Investitionen für die italienische Rüstungsindustrie.

Vor zwei Jahren hatte die italienische Firma SELEX Sistemi Integrati, ebenfalls Ableger von Finmeccanica, einen Vertrag mit Libyen zum Aufbau eines Grenzsicherungssystems im Wert von 300 Millionen Euro für die südliche Grenze mit Tschad unterzeichnet.[63] Die Plattform basiert auf Satellitenaufklärung. Pro-Asyl berichtet, dass die EU an der Finanzierung beteiligt sei.[64] Während eines Treffens des Schengen-, Europol- und Immigrationskomitees des italienischen Parlaments mit dem stellvertretenden libyschen Außenminister Abdelati Al-Obeidi habe die für die Delegationsreise verantwortliche Margherita Boniver demnach erklärt, Italien sei seinen finanziellen Verpflichtungen nachgekommen, die EU jedoch nicht. Unklar ist, welche Satelliten für das Projekt an der Grenze zum Tschad genutzt werden, vermutlich dürfte hierfür aber wieder auf die Kapazitäten der Finmec-

canica-Tochter Telespazio zurückgegriffen werden, womit wieder der DLR-Standort Neustrelitz im Spiel ist. Alle „Subsysteme“ des Auftrags an der Grenze zwischen dem Tschad und Libyen würden laut Selbstauskunft ebenfalls von SELEX geliefert und installiert. Gemeint sind „command, control and communication“-Anwendungen, die aus dem militärischen Sektor kommen und der Grenzpolizei automatisierte Aufklärungskapazitäten bereitstellen.[65]

Zur Optimierung der Systeme profitiert SELEX vom EU-Forschungsprojekt „Integrated mobile security kit“ (IMSK),[66] das von der EU finanziert wird und an dem die Firma beteiligt ist. Ein SELEX-Ableger aus Großbritannien entwirft hierfür ein „mobiles Beobachtungssystem“, während ein italienischer SELEX-Ableger Kommunikationstechnologien beisteuert und eine „Strategie zur Integration von bestehenden Technologien“ entwirft. Finmeccanica, zu der SELEX gehört, ist beim IMSK zudem mit seiner Weltraum-Sparte Telespazio vertreten. Aus Deutschland bastelt die Diehl BGT Defence GmbH an optoelektronischen Sensoren und hat das technische Management des Projektes inne. Laut der Bundesregierung stellt die Firma sicher, „dass die technische Gesamtlösung den Systemanforderungen entspricht“. Die Fraunhofer-Gesellschaft steuert zur satellitengestützten Totalüberwachung Systeme zur „Informationslogistik und –zusammenführung“ bei. Auch das Deutsche Zentrum für Luft- und Raumfahrt macht mit und beforscht Einsatzmöglichkeiten von Terahertz-Scannern, die bereits andernorts für die Personenkontrolle an Flughäfen entworfen wurden.[67] Die fertige IMSK-Plattform soll bei der Überwachung von Gipfeltreffen, Fußballspielen, Großdemonstrationen oder „royal weddings“ aus dem All helfen.

4.1. Satelliten als Kriegsgrund?

Der Chef des libyschen „Center for Remote Sensing and Space Science“ hatte letztes Jahr die USA um Hilfe gebeten, die Satellitenaufklärung des Landes auszubauen.[68] Libyen interessierte sich anscheinend für „Mini-Satelliten“ mit hoher Auflösung, die unter anderem zur Grenzsicherung genutzt werden sollen.[69] Begründet wurde der Vorstoß mit Weltraumkapazitäten der Nachbarstaaten, darunter Algeriens und Ägyptens. Auch die Forschung würde in Libyen nicht zu kurz kommen, erklärt der libysche Regierungsbeamte: Mit 300 wolkenlosen Nächten wäre das Land bestens geeignet für astronomische Einrichtungen. Die Errichtung mobiler Teleskope sei bereits „mit den Europäern“ besprochen gewesen, die hierfür jedoch angeblich kein Interesse zeigten.

Offensichtlich hat die internationale Kooperation im Bereich der Satellitentechnologie auch ihre Grenzen und zwar dort, wo westliche Hegemonieansprüche berührt werden. So hatte Oberst Muammar al-Gaddafi versucht, innerhalb der Firma Regional African Satellite Communications Organisation (Rascom) die Federführung unter afrikanischen Staaten im Bereich der kommerziellen Nutzung von Satellitentechnik zu übernehmen. Hierbei ging es zunächst nicht um Aufklärungs- sondern um Kommunikationssatelliten. Die Betreibergesellschaft von Rascom, gegründet von 45 afrikanischen Ländern mit Sitz in der Elfenbeinküste, schoss 2007 den bis letztes Jahr einzigen panafrikanischen Telekommunikations-Satelliten ins All, ein Ereignis, das in Afrika große Aufmerksamkeit auf sich zog.[70] Er versorgt afrikanische Länder mit Telefon, Internet und Fernsehen und wurde in Ländern, in denen bis heute Telekommunikationsunternehmen aus den ehemaligen Kolonialstaaten den Markt beherrschen, als Beispiel eigenständiger Entwicklung wahrgenommen. Gesteuert wird RASCOM-QAF 1R seit 2009 von einem Kontrollzentrum im Operation Center in Gharyan nahe der tunesischen Grenze.[71]

Der Erdtrabant, bzw. sein wegen Schäden nach dem Start 2010 lancierter Ersatzsatellit „RASCOM-QAF 1R“ wurde größtenteils aus Libyen finanziert. Von den Gesamtkosten über 400 Millionen Dollar übernahm Rascom 26%, Libyens Telekommunikationsunternehmen GPTC 29%, die „Libyan African Investment Portfolio Bank“ 33% und die französische Thales Alenia 12%. Die Investitionen zahlen sich aus; afrikanische Länder sparen angeblich durchschnittlich 560 Millionen US-Dollar pro Jahr, da der Satellit zudem kostengünstig in Algerien produziert werden konnte. Einige, wie etwa der kamerunische Schriftsteller und Professor Jean-Paul Pougala, sehen deshalb im RASCOM-Projekt und wegen der in der Weltraumtechnik zu erzielenden Profite einen der Gründe für den Krieg in Libyen.[72]

Anmerkungen

1 Europäische Kommission: GMES - Observing our planet for a safer world, http://ec.europa.eu/gmes/index_en.htm.
2 Jürgen Wagner: Galileo: Erzteures Militaristenprojekt entpuppt sich als Milliardengrab, IMI-Standpunkt 2010/040.
3 Matthias Monroy: EU auf dem Weg zur „maßgebenden Weltraummacht“, Telepolis, 18.06.2010.
4 „Astrium, GMES und die Sentinel-Satelliten“, 11.07.2011, http://www.astrium.eads.net.
5 Deutsches Fernerkundungsdatenzentrum (DFD), http://www.dlr.de.
6 Das Institut, das in seiner Selbstbeschreibung kein Wort über „Fernerkundung“ auch für militärische Zwecke verliert, ist erfahren mit der Kontrolle politischer Proteste: Bereits zum G8-Gipfel 2007 in Heiligendamm („DLR maps for G8 Summit in Heiligendamm, June 6 to 8, 2007“, 11.06.2007, http://www.zki.dlr.de) und zum Nato-Gipfel 2009 in Strasbourg („NATO summit in Strasbourg/France“, 02.04.2009, http://www.zki.dlr.de) hatte das ZKI Polizeien mit Daten aus der Satellitenaufklärung versorgt.
7 Ralph Tiesler: „Grußwort anlässlich des Deutschen GMES-Nutzerforum 2010“, 26.10.2010, http://www.d-gmes.de.
8 Stephan Lingner / Wolfgang Rathgeber (Hrsg.): Globale Fernerkundungssysteme und Sicherheit - Beiträge durch neue Sicherheitsdienstleistungen?, in: Europäische Akademie, Graue Reihe Nr. 49, Juni 2009.
9 Deutsche Kapazitäten zur Satellitenaufklärung und ihre Nutzung für Internationale Polizei- und Militärmissionen, Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage im Bundestag, BT-Drs: 17/7806, 25.11.2011.
10 Stephan Lingner / Wolfgang Rathgeber 2009.
11 „DLR: Partner und Kooperationen“, http://www.zki.dlr.de/de/partners_cooperations.
12 „Forschung für mehr Sicherheit: DLR kooperiert mit Sicherheitsbehörden / BKA-Präsident Jörg Ziercke besucht das DLR“, 03.07.2008, http://www.dlr.de.
13 „1. Strategie-Forum ‚Chancen und Möglichkeiten der Fernerkundung für die öffentliche Verwaltung‘„, http://www.dlr.de.
14 „Programm: 1. Strategie-Forum ‚Chancen und Möglichkeiten der Fernerkundung für die öffentliche Verwaltung, 13.-14-10-2011“, http://www.dlr.de.
15 „GMESThementage Deutschland 2011“, http://www.d-gmes.de/gmes-thementage-2011.
16 Homepage von G-Mosaic, http://www.gmes-gmosaic.eu/.
17 Informationsbroschüre von G-Mosaic, http://www.gmes-gmosaic.eu/sites/gmes-gmosaic.eu/files/brochure_ILC_v3_June2011_A3_print.pdf.
18 Luboš Kučera: G-Mosaic – Project introduction, http://www.e-envi2009.org/presentations/S4/Kucera.pdf. Als weiterer späterer Nutzer gilt mit dem Situation Centre (SitCen) der EU-Auslandsgeheimdienst.
19 Deutsche Kapazitäten zur Satellitenaufklärung und ihre Nutzung für Internationale Polizei- und Militärmissionen, Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage im Bundestag, BT-Drs: 17/7806,

Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. - Hechinger Str. 203 - 72072 Tübingen

Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. - Hechinger Str. 203 - 72072 Tübingen

25.11.2011.

20 „2nd G-MOSAIC User Workshop held at EUSC 20-22nd June 2011“, http://www.gmes-gmosaic.eu.

21 „Critical Assets Monitoring“, http://www.gmes-gmosaic.eu/node/111.

22 Marc Müller: GMES services for Management of Operations, Situation Awareness and Intelligence for regional Crises(GMOSAIC), Vortrag auf dem GMES Operational Capacity Workshop, 25/26.03.2010, http://www.gmes-bg.org.

23 Denis Bruckert: EUSC support to the European External Action Service (EEAS) - Synergies with GMES, Vortrag auf dem FP7 Space and GMES Initial Operations Symposium, 27.05.2011, http://www.gppq.mctes.pt.

24 BT-Drs: 17/7806.

25 „Wir wollen das Meer sicherer machen“ - Interview mit der Bundespolizei See zur Kooperation mit dem DLR, 04.07.2011, http://www.dlr.de.

26 DLR und Astrium unterzeichnen Vertrag für deutschen Satelliten TanDEM-X, 30.08.2006, http://www.dlr.de.

27 „Wir wollen das Meer sicherer machen“ - Interview mit der Bundespolizei See zur Kooperation mit dem DLR, 04.07.2011, http://www.dlr.de.

28 Deutsche Kapazitäten zur Satellitenaufklärung und ihre Nutzung für Internationale Polizei- und Militärmissionen, Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage im Bundestag, BT-Drs: 17/7806, 25.11.2011.

29 Antwort auf eine Parlamentarische Anfrage im Europäischen Parlament: Zusammenarbeit zwischen der NATO und der EU in Libyen und mögliche Ausweitung des Einsatzmandats von EUFOR Libya, E-003943/2011, 4.7.2011, http://www.europarl.europa.eu.

30 Deutsche Kapazitäten zur Satellitenaufklärung und ihre Nutzung für Internationale Polizei- und Militärmissionen, Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage im Bundestag, BT-Drs: 17/7806, 25.11.2011.

31 Homepage des Emergency Response Service GMES, http://www.emergencyresponse.eu.

32 „Neues GMES Projekt ‚SAFER - Services und Anwendungen für Notfall- und Krisensituationen‘ unter großer Beteiligung des DLR gestartet“, http://www.dlr.de.

33 „SAFER-Projekt erweitert Produkt Portfolio“, meldete die GMES-Webseite darüber hinaus im September und kündigte eine baldige „Übersicht über die neuen Produkte“ an. Gemeint sind vermutlich neue Möglichkeiten durch den Zukauf von Aufklärungskapazitäten über Radarsatelliten der deutschen Firma Astrium: „SAFER-Projekt erweitert Produkt Portfolio“, http://www.d-gmes.de.

34 „Neues GMES Projekt ‚SAFER - Services und Anwendungen für Notfall- und Krisensituationen‘ unter großer Beteiligung des DLR gestartet, http://www.dlr.de. 54 Partner, darunter 29 private und 25 öffentliche Akteure aus 16 europäischen Ländern, sind in SAFER involviert.

35 „Würdigung der Abschlussergebnisse des LIMES-Projektes und aktueller Aktivitäten im Rahmen des siebten Rahmenprogramms“, http://www.gmes.info.

36 Deutscher Bundestag: Plenarprotokoll 17/129.

37 „Civil Unrest in Libya“, http://www.emergencyresponse.eu.

38 „Zivile Unruhen in Libyen“, 24.01.2011, http://www.zki.dlr.de.

39 EUFOR Libya und die Zusammenarbeit mit dem Libyschen Übergangsrat in Fragen der Grenzsicherung, Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage im Bundestag, BT-Drs: 17/7811, 28.11.2011.

40 BT-Drs: 17/7806.

41 Homepage von e-GEOS, http://www.e-geos.it.

42 Selbstdarstellung von e-GEOS, http://www.e-geos.it/corporate/profile.html.

43 BT-Drs: 17/7806.

44 „GAF and partners start satellite based Environmental Monitoring for Saudi Arabia“, 20.02.2009, http://www.gaf.de.

45 „e-GEOS provides maps and updated data of Libya“, 07.03.2011, http://www.e-geos.it.

46 „Libya/Tunisia border. March 3 2011“, http://www.e-geos.it/news/11-03-09-libya/ge1_confine_libia_tunisia_3mar2011.jpg.

47 „G-MOSAIC Rapid Geospatial Reporting service, Bengasi“, http://www.e-geos.it/news/11-03-09-libya/benghazi.jpg.

48 „e-GEOS provides maps and updated data of Libya“, 07.03.2011, http://www.e-geos.it.

49 „COSMO-SkyMed“, Beschreibung auf der Homepage der European Space Agency, http://earth.esa.int/object/index.cfm?fobjectid=5384.

50 „I satelliti Cosmo-SkyMed in campo. Airaghi: sistema radar più performante“, adnkronos news, 20.03.2011, http://www.adnkronos.com.

51 Wikileaks Cable 08ROME398, „GLOBAL HAWK: Italy approves basing at Sigonella“, http://wikileaks.org.

52 „NATO Alliance Ground Surveillance - Eyes in the Sky for Boots on the Ground“, NATO Alliance Ground Surveillance Management Agency, http://www.nagsma.nato.int.

53 Finmeccanica: „Agreement signed with the Libyan government to create a joint venture in the sector of electronics for defence and security“, Presseerklärung vom 02.04.2007, http://www.finmeccanica.it.

54 „Finmeccanica Denies Libya Arms Sales, Lists Deals“, Defence Professionals News, 07.03.2011, http://www.defpro.com.

55 „Libyen steigt bei Finmeccanica ein“, Financial Times Deutschland, 22.01.2011, http://www.ftd.de.

56 „Finmeccanica - Libyan Rebels Will Honor Contracts“, Defense News, 29.04.2011, http://www.defensenews.com.

57 „Finmeccanica Says Libya Contracts Won‘t Be Renegotiated“, Bloomberg Businessweek, 02.12.2010, http://news.businessweek.com.

58 „Gaddafi-Sohn Saif frei - ‚Tripolis unter unserer Kontrolle‘“, Die Presse, 23.08.2011, http://diepresse.com.

59 „Der EU-Kommissare Malmström und Füle in Libyen zur Förderung einer engeren Zusammenarbeit“, Presseerklärung vom 04.10.2010, IP/10/1281, http://europa.eu.

60 „Multilaterale Beziehungen, Zusammenarbeit mit Drittländern in den Bereichen Migration und Asylpolitik und allgemeine Außenbeziehungen“, Amtsblatt der Europäischen Union, 14.03.2008, Kapitel 1902, http://eur-lex.europa.eu/.

61 „Ausschreibung: NE-Niamey - Vernetzung der nigrischen Grenzposten im Satellitennetz“, http://ausschreibungen.dgmarket.com.

62 „Italien und Libyen - Sühne für die Verbrechen der Kolonialzeit“, Süddeutsche Zeitung, 01.09.2008, http://www.sueddeutsche.de.

63 „Libya, Finmeccanica Sign Border Control Deal“, Defense News, 07.10.2009, http://www.defensenews.com.

64 Pro Asyl: „Fatale Allianz – Zur Kooperation der Europäischen Union mit Libyen bei der Flucht- und Migrationsverhinderung“, September 2010, http://www.proasyl.de.

65 „SELEX Communications participates at the EU financed research projects EULER and IMSK in the Public Safety ambit“, http://www.selex-comms.com.

66 Integrated mobile security kit (IMSK) im 7. EU-Rahmenprogramm, http://cordis.europa.eu/.

67 „Enhancing airport security“, 31.08.2011, http://www.dlr.de.

68 Wikileaks Cable 10TRIPOLI133, „Libya seeks U.S. cooperation on astronomy, seismology and satellites“, http://wikileaks.org.

69 Rascom: „Launch of the Pan African Satellite“, http://www.rascom.org.

70 Rascom: „Gharyan Operation Center“, http://www.rascomstar.com.

71 Rascom: „History“, http://www.rascomstar.com.

72 Jean-Paul Pougala: The lies of the West on war against Libya, 08.04.2011, http://www.shout-africa.com.

RASCOM

Die vielen Formen des Krieges am Horn von Afrika

von Jonna Schürkes

Die jüngsten Sicherheitsstrategien der Europäischen Union, der USA, Deutschlands und anderer westlicher Staaten skizzieren das Bild einer Welt voller diffuser Bedrohungen. Dennoch scheint das neue strategische Konzept der EU für die Region am Horn von Afrika (verabschiedet Mitte November 2011) eine Quelle dieser Bedrohungen lokalisiert zu haben: „Das strategische Konzept erkennt die Notwendigkeit an, die Bürger Europas vor den Bedrohungen, die von Teilen dieser Region ausgehen, zu schützen. Dazu gehören der Terrorismus, die Piraterie, die Verbreitung von Waffen, ebenso gemeinsame Herausforderungen wie die Migration und der Klimawandel."[1]

Auch die Ursachen der Bedrohungen sind identifiziert: Die Jugendarbeitslosigkeit führe zu einer „Radikalisierung oder Mobilisierung durch politische Gruppen, die es für angebracht halten, externe Kräfte für interne Probleme verantwortlich zu machen". Die Migration sei vor allem in hohen Geburtenraten, politischen Unruhen und dem traditionellem Nomadismus begründet, die „Abwesenheit von Rechtsstaatlichkeit und das administrative Vakuum in Somalia" sei ebenso wie die schlechte Regierungsführung in der Region für Terrorismus und Piraterie verantwortlich etc.

Die Antwort der EU ist, die unterschiedlichen Instrumente – von der Entwicklungshilfe bis hin zur militärischen Intervention - zu bündeln, mit dem Ziel diese Bedrohungen abzuwenden bzw. zumindest dafür zu sorgen, „dass die Unsicherheit in der Region nicht andere außerhalb deren Grenzen bedroht".

Tatsächlich hat die EU mit der Bündelung ihrer unterschiedlichen Instrumente bereits begonnen: Derzeit laufen zwei EU-Missionen am Horn von Afrika, eine weitere ist in der konkreten Ausplanung. Die Koordination der zivilen und militärischen Instrumente soll ein „Operationszentrum für das Horn von Afrika" übernehmen, das seine Zentrale offenbar in Uganda haben wird.[2] Darüber hinaus unterstützt die EU bzw. ihre Mitgliedsstaaten auf verschiedenste Weise all jene Kräfte in der Region, bei denen die Hoffnung besteht, sie nutzen diese Hilfe, um die Interessen des Westens am Horn von Afrika durchzusetzen.

Es sind allerdings nicht nur die EUropäischen Staaten, die versuchen, die Region unter Kontrolle zu bringen. Vielmehr tummeln sich in und vor Somalia unzählige ausländische Truppen, Militär- Polizei- und Geheimdienstberater, die alle mehr oder weniger unterschiedliche Interessen verfolgen.

Der Versuch der zahlreichen Akteure, die Kontrolle über Somalia, den Golf von Aden und das gesamte Horn von Afrika zu erlangen, führt nicht nur zu einer Militarisierung der Region und zur Eskalation der dortigen Konflikte, sondern legt auch den Grundstein für zukünftige Auseinandersetzungen. Das Wohl der Bevölkerung in Somalia und den anderen Staaten am Horn von Afrika bleibt dabei auf der Strecke.

Die Hungersnot – eine Gelegenheit den Bürgerkrieg militärisch zu gewinnen?

Nachdem die somalische Übergangsregierung (TFG) auch mit der Unterstützung von mehreren tausend Soldaten der Mission der Afrikanischen Union für Somalia (AMISOM) lange Zeit nur das Viertel um den Regierungspalast und den Hafen kontrollierte, wurde im August 2011 die „Al Shabaab" offiziell aus der Hauptstadt vertrieben. Seither wird Mogadischu offenbar von der AMISOM und den „Sicherheitskräften" der TFG kontrolliert.[3] Bei der Al Shabaab handelt es sich um einen Teil der Union Islamischer Gerichtshöfe (UIC), welche 2006/2007 durch die militärische Intervention Äthiopiens mit westlicher Unterstützung gestürzt worden war. Im Anschluss zerbrach die UIC, wobei sich ein Teil an den Friedensverhandlungen von Dschibuti 2008 und an der dort neu aufgestellten Übergangsregierung beteiligte. Die Al Shabaab[4] hingegen führte den bewaffneten Kampf gegen die TFG fort.

Der Grund für den jetzigen Rückzug aus Mogadischu wird vor allem in einer generellen Schwächung der Al Shabaab gesehen. Ursache dafür sei die Hungersnot, welche in der zweiten Hälfte 2011 in Ostafrika und vor allem in Somalia herrschte. Die Unterstützung der Bevölkerung für die Miliz sei vor allem aufgrund der Tatsache geschwunden, dass Menschen in den von der Al Shabaab kontrollierten Gebieten kaum Hilfe durch internationale Hilfsorganisationen erhalten hätten. Diese hätten horrende Bestechungsgelder an die lokalen Herrscher zahlen müssen bzw. ihnen sei komplett der Zugang zu den Gebieten verweigert worden. Die Al Shabaab argumentierte, die Hilfsorganisationen nutzten die Not der Menschen für missionarische Ziele und zur Schwächung der Al Shabaab.[5] Zumindest im letzteren Punkt scheint die Befürchtung nicht ganz unbegründet zu sein, wurde doch von verschiedener Seite davon gesprochen, die akute Nahrungsmittelknappheit würde den (militärischen) Sieg über die Miliz ermöglichen: „Die Hungersnot ist eine Gelegenheit, unsere Kontrolle auszuweiten, sagte der Premier-Minister Abdiweli Mohamed Ali der [us-amerikanischen Zeitschrift] Time. 'Je schwächer [Al Shabaab] ist, desto mehr werden wir erreichen'. Ein Militärberater der TFG bestätigte, dass die TFG verhindern wolle, dass Hilfsgüter bis zum Sieg über die Al Shabaab nach Südsomalia gebracht würden. Diesen Punkt unterstreichend sagte General Yusuf Mohammed Siad, besser bekannt als Inda'ade: 'Wir können dort keine Lebensmittel hinbringen. Sie haben nichts, sie können nicht kämpfen. Was wir jetzt tun müssen, ist sie zu vertreiben. Danach werden wir Lebensmittel dort hinbringen'"[6] Auch Hilfsorganisationen wie die Deutsche Welthungerhilfe sahen in der Hungerkatastrophe ein „Gelegenheitsfenster" zur Schwächung und Vertreibung der Al Shabaab.[7]

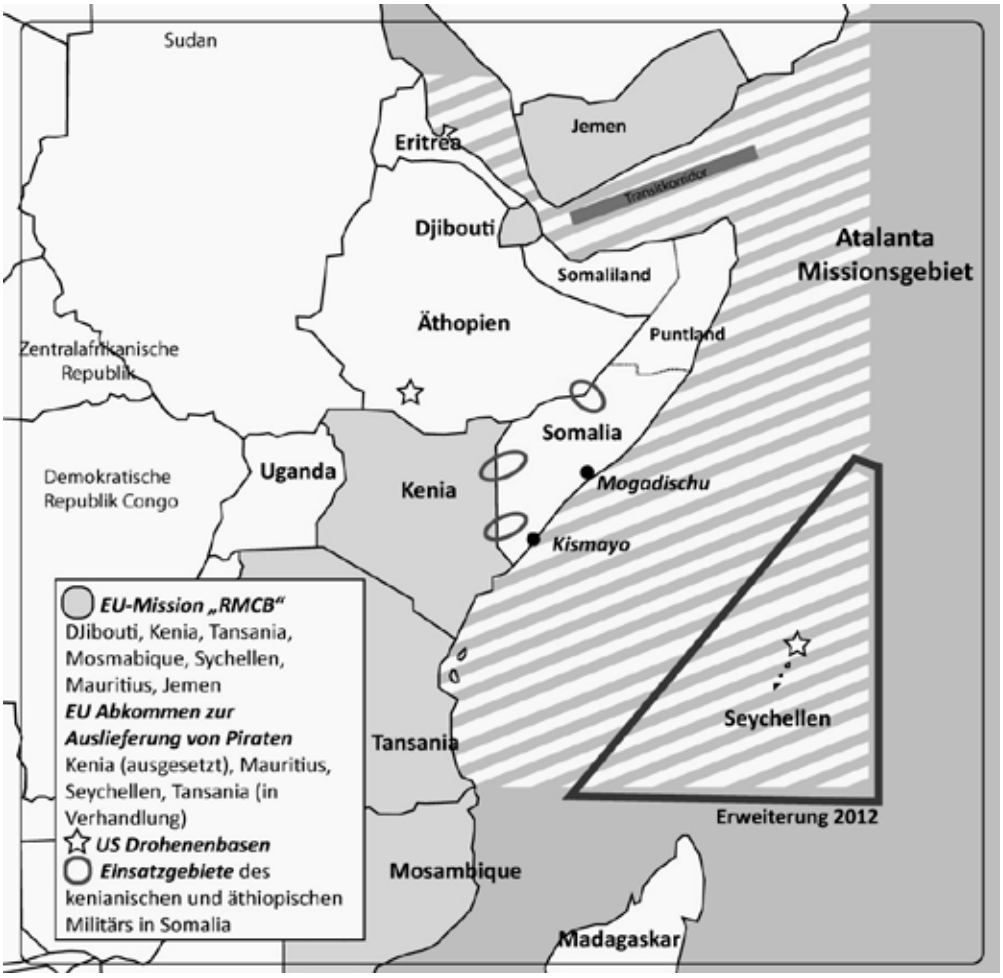
Die Gründe dafür, dass die Nahrungshilfe nicht in den Gebieten der Al Shabaab ankam, lagen also nicht nur am Verhalten dieser Miliz. Zumal vor allem us-amerikanische Organisationen offenbar befürchten mussten, juristisch belangt zu werden, sollten sie die Bevölkerung in eben jenen Gebieten unterstützen. 2008 wurde die Miliz aufgrund ihrer mutmaßlichen Verbindungen zu Al Qaida in den USA auf die Liste der Terrororganisationen gesetzt. Dies verbietet es NGOs, diese Gruppe – auch indirekt – zu unterstützten.[8] Ein Reporter der BBC berichtete Anfang August 2011: „[...] ich habe mit vielen lokalen und internationalen NGOs gesprochen, die beachtlichen Erfolg dabei hatten, die Hungernden in den Al Shabaab Gebieten zu versorgen, ohne 'Steuern' an die lokalen Machthaber zahlen zu müssen. Privat sagten mir viele, die Restriktionen durch die US-Gesetzgebung sei das eigentliche Hindernis"[9] Auch wenn die US-Regierung die Restriktionen im August 2011 aufhob[10], „zeigten sich die Organisationen weiterhin besorgt, dass sie dennoch gegen us-

Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. - Hechinger Str. 203 - 72072 Tübingen

Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. - Hechinger Str. 203 - 72072 Tübingen

amerikanische Gesetze verstoßen oder dem Angriff durch Parteien in den USA ausgesetzt sein könnten. Daher blieben viele Organisationen untätig, anstatt den hungernden Menschen die verzweifelt benötigte Hilfe zu gewährleisten".[11]

In Reaktion darauf veröffentlichten am 21. September 2011 zwanzig Hilfsorganisationen einen offenen Brief, in dem sie dazu aufforderten, sämtliche Hindernisse für Hilfsmaßnahmen auch von Seiten der „Geberstaaten" zu beseitigen. Zudem forderten sie dazu auf, die Gelegenheit zu nutzen, um mit der Al Shabaab einen Waffenstillstand auszuhandeln.[12] Dem wurde der deutschen Bundesregierung zufolge allerdings nicht entsprochen. In einer Antwort auf eine Kleine Anfrage im Bundestag erklärte sie, dass sie keinerlei Initiative ergriffen habe, um auf ein solches Abkommen hinzuwirken. Auch seien ihr keine anderen Staaten oder Organisationen bekannt, die dies versucht hätten.[13]



Kriegsgebiet Horn von Afrika, Grafik: IMI

Terrorgefahr im Eigenbau – Kenias Einmarsch in Somalia

Ganz im Gegenteil: Sowohl der kenianische Präsident, Mwai Kibaki, als auch der äthiopische Premier, Meles Zenawi, - beides enge Verbündete der EU und der USA - schickten während der Hungerkrise Soldaten ins Nachbarland. Kurz vor dem Einmarsch in Somalia erklärte Kibaki: „Der kürzlich erfolgte Rückzug der Al Shabaab aus der somalischen Hauptstadt Mogadischu ist eine günstige Gelegenheit für die Internationale Gemeinschaft, ihre Anstrengungen zu erneuern. Dadurch dass Al Shabaab Hilfsorganisationen den Zugang zu den [von der Hungerkatastrophe besonders betroffenen] Regionen verweigert und tausende von Leben in Gefahr gebracht hat, verliert die Gruppe an Unterstützern".[14] Mitte Oktober 2011 startete dann die Operation Linda Nchi. Mehrere tausend kenianische Soldaten marschierten nach Somalia ein. Auslöser war offiziell die Entführung zweier spanischer Mitarbeiterinnen von Ärzte ohne Grenzen aus Dadaab, dem größten Lager für somalische Flüchtlinge in Kenia. Sie seien von Al Shabaab-Kämpfern in die Hafenstadt Kismayo verschleppt worden. Die Offensive war aber offenbar schon längere Zeit geplant: „Verschiedene Quellen stimmen darin überein, dass die kenianische Intervention schon 2010 diskutiert und entschieden wurde und dann mit westlichen Partnern, vor allem den USA, aber auch Frankreich abgesprochen wurde. Nairobi scheint die Entführungen der Ausländer durch somalische Truppen als Ausrede genutzt zu haben, eine bereits beschlossene Operation zu starten."[15]

International wurde die militärische Intervention kaum kritisiert. Weder die Europäische Union, noch die USA oder die UN verurteilten öffentlich das Vorgehen. Nur der Präsident Somalias Sharif Sheikh Ahmed erklärte, man könne den Angriff auf die Souveränität Somalias nicht akzeptieren.[16] Andere Mitglieder der TFG begrüßten hingegen den Einmarsch der Truppen.

Seit Jahren hat Kenia vor allem mit der Ausbildung und Bewaffnung von somalischen Milizen[17], die im Grenzgebiet zu Kenia gegen die Al Shabab kämpfen, versucht, diese Miliz aus der Region zu vertreiben.[18] Da dies offensichtlich nicht den gewünschten Erfolg brachte, soll nun das kenianische Militär eine Pufferzone zur kenianischen Grenze schaffen, aus der Al Shabaab vertrieben werden soll. Dies soll sowohl die Angriffe durch diese Gruppe in Kenia erschweren als auch die Voraussetzung dafür schaffen, in dieser Zone Flüchtlingslager aufbauen zu können, um zu verhindern, dass weiterhin Menschen aus Somalia nach Kenia flüchten.[19] In der Region soll dann eine autonome Region entstehen, mit der Hauptstadt Kismayo und unter der Herrschaft von Mohamed Abdi Mohamed, ehemaliger Verteidigungsminister der TFG – so die Vorstellung der kenianischen Regierung.[20] Nicht nur die derzeitige somalische Übergangsregierung, auch die Regierung Äthiopiens ist über diese Ziele Kenias nicht besonders erfreut[21]. Künftige (gewaltsame) Konflikte sind daher vorprogrammiert.

Mit der logistischen Unterstützung Frankreichs,[22] das die kenianischen Truppen und deren Ausrüstung von Nairobi an die Grenze zu Somalia verlegte, konnte die Armee innerhalb kurzer Zeit die Al Shabaab aus einigen wichtigen Städten vertreiben. Die Intervention und die Kämpfe gegen die Miliz verursachten sowohl bei der somalischen als auch der kenianischen Bevölkerung weiteres Leid. Immer wieder wurden auch Zivilisten vom kenianischen Militär unter Beschuss genommen und getötet: So beispielsweise am 30. Oktober 2011, als Bomben über dem Flüchtlingslager Jibil abgeworfen wurden. Grund dafür war offensichtlich,

Militär und Polizeihilfe für Somalias Nachbarn

Kenia:

Die Regierung in Kenia erhält vor allem im Zuge des „Globalen Kriegs gegen den Terror" von den USA zahlreiche Unterstützung zur Effektivierung ihrer Repressionsorgane, die Geheimdienste der beiden Länder arbeiten eng zusammen, regelmäßig finden gemeinsame Militärübungen statt und die USA finanzierte teilweise die Ausbildung und Ausstattung der Antiterrorpolizei in Kenia (ATPU), die sich vor allem dem Kampf gegen die Al-Shabaab widmet. Seit 1992 unterhalten die USA eine Marinebasis (Manda Bay), die nun weiter ausgebaut werden soll.[1]

Tabelle: U.S.-Hilfen für Somalia (in 100 US$)

	2009	2010	2011*	2012*
Gesamt	403.838	152.176	84.958	82.371
klassische Entwicklungshilfe (Gesundheit, Nahrung)	157.237	47.8723	27.368	27.371
militär. Ausbildungshilfe	-	-	40	-
Programm zur Drogenbekämpfung	-	-	2.000	2.000
Antiterrorprogramm	-	2.353	2.000	-
Friedensmissionen	246.600	102.000	53.550	51.000

*veranschlagt

Quelle: *Ted Dagne: Somalia - Current Conditions and Prospects for a Lasting Peace, CRS, August 2011.*

Kenia ist einer der Staaten, in denen im Rahmen der neues EU-Mission (RMCB) die Küstenwache ausgebildet werden soll. In Deutschland werden kenianische Offiziere regelmäßig in Ausbildungszentren der Bundeswehr fortgebildet (BT-Drs. 17/7705 vom 11.11.2011).

Äthiopien:

Äthiopien erhält u.a. von Deutschland Militär- und Polizeihilfe. 2010 finanzierte Deutschland die Ausbildung von Polizisten für die somalische Übergangsregierung in Äthiopien, hinzu kommt die Ausbildung zahlreicher hochrangiger äthiopischer Soldaten in Deutschland. Zudem bot die Bundesregierung dem äthiopischen Militär Anfang 2011 ein „bilaterales Kooperationsprogramm" an, das die Ausbildung äthiopischer Soldaten in Deutschland noch intensivieren soll.[2] Auch die USA haben 2010 militärische Ausbildungshilfe – in Höhe von 336.000 US$ - in Äthiopien geleistet.[3]

Anmerkungen

1 Jeremy Prestholdt: Kenia, the United States, and Counterterrorism, africaToday 57(4), S.3-27.
2 Christoph Marischka: Schlechte Rezepte für den Golf von Aden, AUSDRUCK, Januar 2011, S. 1- 3.
3 GAO: International Military Education and Training, Oktober 2011.

dass sich in der Nähe des Lagers ein Stützpunkt der Al Shabaab befand und manche Milizionäre im Flüchtlingslager Schutz suchten. Die Kämpfe haben aber vor allem dafür gesorgt, dass Menschen erneut fliehen mussten. Vor allem nach Kismayo flüchten immer mehr Menschen, die allerdings dort kaum versorgt werden können.[23] Das Ziel der kenianischen Armee ist diese Hafenstadt, die aber gleichzeitig die wichtigste Einnahmequelle und wichtigster Standort der Al Shabaab ist. Daher ist zu befürchten, dass bei dem Kampf um Kismayo erneut Zivilisten zu Schaden kommen. Die Reaktionen der Internationalen Gemeinschaft zeigen, dass nicht nur Frankreich und die USA die Intervention stillschweigend akzeptieren: „Einzig die EU-Kommissarin für humanitäre Hilfe, Kristalina Georgieva, forderte die Konfliktparteien auf, Zivilisten zu schonen. Diese zaghafte Mahnung verhallte ebenso ungehört wie ein Statement des UN-Kinderhilfswerk (UNICEF), wonach in den umkämpften Gebieten zunehmend Kinder im Kreuzfeuer ums Leben kommen".[24]

Offizielle Begründung der militärischen Intervention in Somalia war die Befürchtung, Al Shabaab könnte in Kenia zunehmend Anschläge verüben und Ausländer entführen. Beides wurde vor allem als schädlich für den kenianischen Tourismussektor angesehen. Allerdings hat sich die Gefahr von Anschlägen durch die Al Shabaab mit dem Einmarsch in Somalia deutlich erhöht. Bereits wenige Tage nach dem Beginn der Operation Linda Nchi explodierten in Nairobi zwei Bomben, die Al Shabaab wurde dafür verantwortlich gemacht. Im Dezember 2011 hat es, der UN-Nachrichtenagentur IRIN zufolge, mindestens 15 Anschläge in Flüchtlingslagern in Kenia und auf kenianische Sicherheitskräfte gegeben.[25] Diese „verstärkte Terrorgefahr" nutzt Kibaki wiederum, um repressiver gegen tatsächliche oder vermeintliche Anhänger von Al Shabaab in Kenia vorzugehen. Davon betroffen sind besonders somalische Kenianer, die von Sicherheitskräften zunehmend drangsaliert werden.[26] Auch in anderer Hinsicht könnte der Schuss nach hinten losgehen – die Al Shabaab könnte durch die kenianische Armee gestärkt werden, wenn es ihr gelingt sich - ähnlich wie 2006 - als Verteidiger einer nationalen Einheit und gegen die gewaltsame Intervention der Nachbarstaaten zu präsentieren.

Erneute äthiopische Besatzung

Die Al Shabaab verdankt ihre einstige Popularität nicht zuletzt der militärischen Intervention Äthiopiens 2006 bi 2008. Nach dem Sturz der Union Islamischer Gerichtshöfe und der anschließenden Besatzung des Landes durch äthiopische Truppen wurde im 2008 geschlossenen Friedensvertrag von Dschibuti explizit festgeschrieben, dass zwar eine mit UN-Mandat versehene Truppe entsandt werden sollte, um die TFG zu schützen. Soldaten der Nachbarstaaten Somalias waren von einer solchen Truppe allerdings explizit ausgeschlossen. Dennoch hat Äthiopien seither immer wieder, auch militärisch, mehr oder weniger direkt in den Konflikt in Somalia eingegriffen. Anfang 2010 bildete und rüstete Äthiopien, finanziert in erster Linie durch Deutschland, 1000 Polizisten für die TFG aus. Der Bundesregierung zufolge sollten diese Polizisten nach Mogadischu gebracht werden[27], um dort der TFG unterstellt zu werden. Allerdings kamen sie dort bis heute nicht an, sondern befanden sich zumindest Mitte 2010 in der Provinz Gedo, die sowohl an Kenia als auch an Äthiopien angrenzt.[28] Die Region wird beherrscht von einer Miliz namens Ahlu Sunna Wal Jama'a (ASWJ), die dort gemeinsam mit Äthiopien gegen die Al Shabaab kämpft. Auf Vermittlung der äthiopischen Regierung war kurz vor der Verbringung der 1000 Polizisten nach Gedo ein Abkommen zwischen der TFG und der

Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. - Hechinger Str. 203 - 72072 Tübingen

ASWJ geschlossen worden, worin die International Crisis Group allerdings vor allem ein Zweckbündnis sieht, das auch schnell wieder auseinanderbrechen könnte: „Die Beziehungen zwischen ASWJ und der TFG sind geprägt durch Misstrauen und der Notwenigkeit sich gegen Al Shabaab zusammenzutun".[29]

2011 gab es immer wieder lang anhaltende Kämpfe zwischen der ASWJ und der Al Shabaab, bei denen nicht nur Hunderte von Zivilisten starben,[30] sondern auch Tausende von Menschen, die zuvor aufgrund der Hungersnot in die Region geflohen waren, erneut vertrieben wurden.[31] Im November 2011 schließlich marschierte auch die äthiopische Armee in Somalia offiziell ein, um sowohl die ASWJ als auch die kenianische Armee zu unterstützen. Seither befinden sich mehrere tausend äthiopische Soldaten in Somalia, die Ende 2011 die Stadt Beledweyne einnahmen. Erneut starben Zivilisten und etliche weitere wurden vertrieben.[32] Der äthiopische Premier Zenawi kündigte bereits an, man gedenke die Truppen solange in Somalia zu stationieren, bis die AMISOM die Region kontrolliere.[33]

Von der Internationalen Gemeinschaft war abermals kaum Kritik an dem Vorgehen der äthiopischen Regierung zu hören. Der US-Staatssekretär für afrikanische Angelegenheiten, Johnnie Carson, hatte zwar Ende 2011 Kenia und Äthiopien darauf hingewiesen, dass das unilaterale Vorgehen der beiden Länder in Somalia insofern gefährlich sein könnte, als dass die Unterstützung für Al Shabaab in der somalischen Bevölkerung wieder zunehmen könnte. Viel besser sei es, wenn sich die äthiopischen und kenianischen Truppen an der AMISOM beteiligen würden.[34] Davon abgesehen, dass Carson damit lediglich den Rahmen des militärischen Eingreifens, nicht aber das Eingreifen an sich kritisierte, rief er nicht nur die Regierungen der beiden Nachbarstaaten Somalias, sondern auch die AMISOM selbst dazu auf, gegen eine grundlegende Übereinkunft des Friedensvertrags von Dschibuti zu verstoßen.

AMISOM und die internationale Besatzung Mogadischus.

Die Truppen der AMISOM wurden bisher ausschließlich in Mogadischu eingesetzt. Ihre Aufgabe besteht darin, die Übergangsregierung mit „allen notwendigen Mitteln" zu schützen. Faktisch ersetzte sie die äthiopischen Truppen, die aufgrund des Friedensvertrags von Dschibuti, Somalia 2008 verlassen mussten. Insofern verwundert es nicht, dass Al Shabaab, die an den Friedensverhandlungen und vor allem auch an der Vergabe von Posten innerhalb der neuen Übergangsregierung nicht beteiligt war, die AU-Mission als eine „Fortsetzung der Besatzung durch Äthiopien" bezeichnet.[35] Damit handelte es sich bei der Truppe von Anfang an in keinster Weise um eine neutrale „Friedensmission", was dazu führte, dass die AMISOM-Truppen fast täglich gegen die Al Shabaab in Mogadischu kämpften. Beide Kriegsparteien beschossen dabei immer wieder wahllos Wohngebiete und Märkte[36]. Wie viele Zivilisten dabei getötet wurden, ist vollkommen unklar.

Von Anbeginn an hatte die Mission die volle Unterstützung der USA und der EU, die in ihr die Möglichkeit sehen, militärisch in den Konflikt einzugreifen, ohne westliche Soldaten nach Somalia schicken zu müssen. Die Finanzierung der Mission übernahmen die EU – die ihren Beitrag vorrangig aus dem Entwicklungshilfetopf bezahlt - und die USA. Die EU-Gelder werden vor allem für die Ausbildung und die Löhne der AMISOM-Soldaten verwendet. Die USA bezahlt in erster Linie die Ausrüstung. Neben der direkten Finanzierung der Mission spielen auch die von der EU und den USA finanzierten und teilweise geleiteten Ausbildungszentren und -lehrgänge für Soldaten aus Ostafrika eine wichtige Rolle.[37]

Die Finanzierung der AMISOM

Die Europäische Union finanziert zu großen Teilen die AU-Mission in Somalia. Zwischen 2007 und Juli 2012 wurden 325 Millionen Euro bereitgestellt. Diese Gelder stammen aus dem Europäischen Entwicklungsfond und zum geringeren Teil aus dem Fond des „Instruments für Stabilität" (4,7 Mio.€).[1] Deutschland finanzierte zusätzlich mit 4,9 Millionen, die USA mit 45 Millionen Euro Ausrüstung für die AMISOM-Truppen.[2]

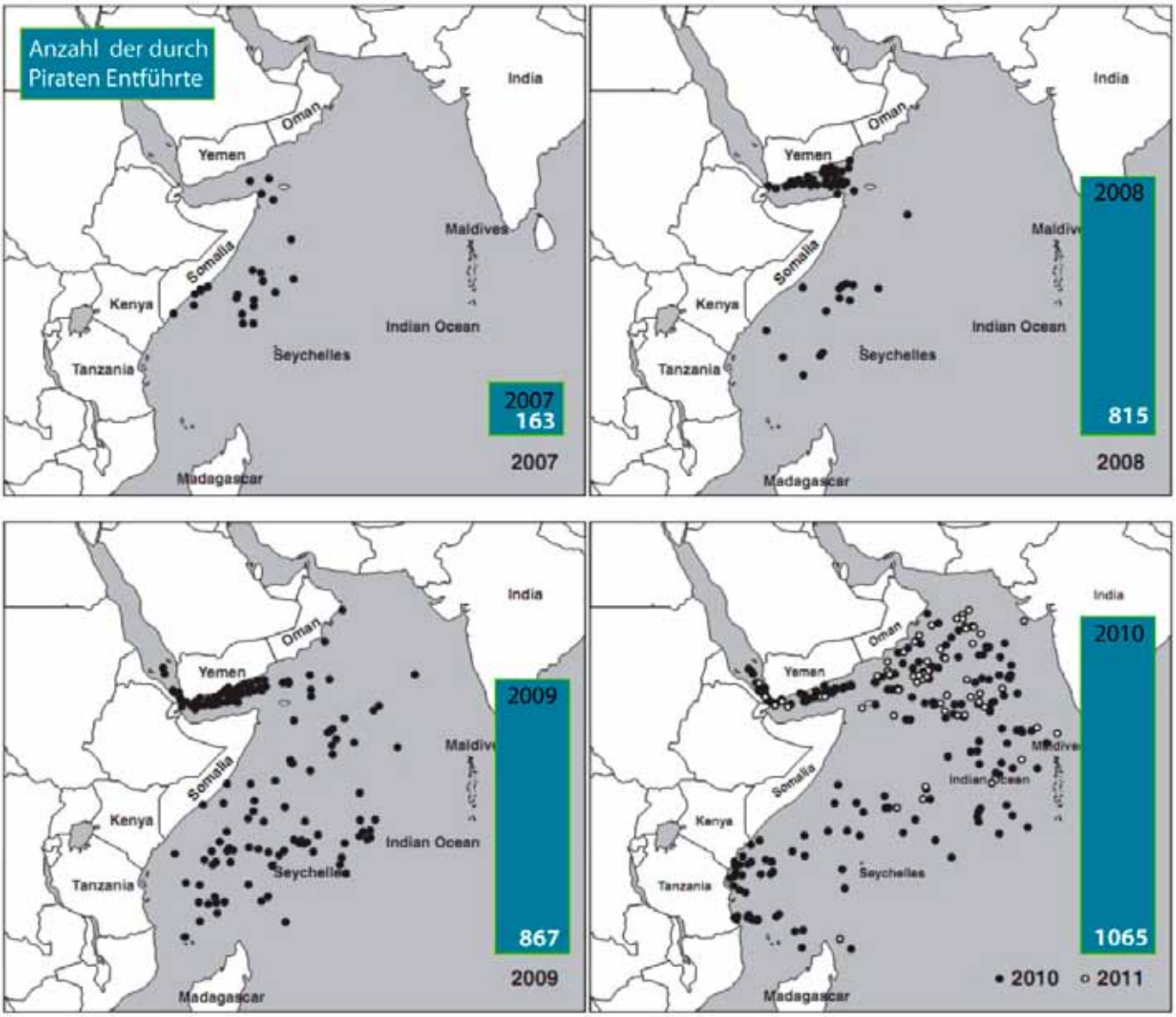
1 EEAS: Four new EU programmes strengthening African capacities in peace and security, 30.01.2012; URL: http://eeas.europa.eu

2 Human Rights Watch: You don't know who to Blame – War Crimes in Somalia, 14.08.2011.

Bis Ende 2010 bestand die Mission nur aus wenigen tausend ugandischen und burundischen Soldaten. Erst nach dem Anschlag der Al Shabaab in der ugandischen Hauptstadt Kampala im Juni 2010, bei dem 70 Menschen getötet wurden, stockte Uganda die Truppen auf, sodass bis Ende 2010 die Mandatsobergrenze von 8000 Soldaten erreicht war. Der UN-Sicherheitsrat mandatierte daraufhin die Entsendung von bis zu 12.000 Truppen. Dabei bleibt er deutlich unter der Forderung der Afrikanischen Union und der Regionalorganisation für Ostafrika (IGAD), die eine Aufstockung auf 20.000 Soldaten und die Ausweitung des Mandats auf ganz Somalia gefordert hatten[38]. Seit Ende 2011 sind fast 10.000 AMISOM-Soldaten in Mogadischu stationiert. Dazu zählen inzwischen auch 200 Soldaten aus Dschibuti[39], womit erstmals Truppen eines Nachbarstaates an der Mission teilnehmen. Es gibt zudem Pläne, die kenianischen Soldaten, die sich in Somalia befinden, der AMISOM zu unterstellen. Das kenianische Parlament hat dies bereits im Dezember 2011 genehmigt. Ein solcher Schritt würde allerdings nicht nur eine weitere Verletzung des Friedensvertrags von Dschibuti bedeuten. Es wäre auch zu erwarten, dass die AMISOM - und mit ihr die TFG - weiter an Rückhalt in der Bevölkerung verlieren würde.[40]

Bei Al Shabaab und AMISOM handelt es sich allerdings nicht um die einzigen bewaffneten Gruppen in Mogadischu. Es kommen weitere „Sicherheitskräfte" und Milizen hinzu: Die Internationale Gemeinschaft hat sich zum Ziel gesetzt, der TFG einen Sicherheitsapparat an die Hand zu geben, der langfristig die Kontrolle im Land übernehmen soll. Die International Crisis Group schätzte die Stärke der „Sicherheitskräfte" - eine Unterscheidung zwischen Polizei und Armee ist selbst der Bundesregierung zufolge kaum möglich[41] – Mitte 2010 auf insgesamt 3000 Mann, wobei die Beurteilung des Zustands der Sicherheitskräfte nicht besonders positiv ausfiel: „Dem Sicherheitssektor der TFG fehlt allgemein Struktur, Organisation und eine funktionierende Befehlskette. Einer internationalen Untersuchung zufolge, 'bleibe die Kultur, die Mentalität und das Verhalten der Milizen in der Armee bestehen'. Die Ausbildung durch die AMISOM und andere internationale Partner hat es nicht geschafft, diese Mängel zu beheben […] Aufgrund von Korruption und Ineffizienz, wurden vielen Soldaten der Sold nicht ausbezahlt. In der Vergangenheit verkauften viele Soldaten und Polizisten der TFG ihre Waffen und sind zu den Aufständischen übergelaufen".[42]

Einige der Soldaten, die in Mogadischu gemeinsam mit der AMISOM gegen die Al Shabaab kämpften, wurden im Rahmen einer EU-Mission (EUTM) ausgebildet. Diese Mission bildete



Punkte kennzeichnen Piratenübergriffe am Horn von Afrika 2007-2011, die Balken, die jeweils gefangen genommenen Seeleute 2007-2010, Karte: GAO-11-449T, Ergänzungen IMI

seit Mitte 2010 junge somalische Männer in Bihanga (Uganda) zu Soldaten aus, um sie dann nach Mogadischu zu schicken.[43]

In den ersten beiden Ausbildungszyklen wurden fast 2000 Milizionären zu Soldaten. Diese Verwandlung wird eindrucksvoll in der Zeitschrift des EU-Militärstabs „Impetus" beschrieben: „[der Rekrut Hussain] war sich nicht ganz sicher, was das Training [in Bihanga] beinhalten würde, aber er wollte so schnell wie möglich nach Hause zurückkehren, um weiter zu kämpfen, denn sein Leben ist der Kampf, er hat nie etwas anderes kennen gelernt. Er wurde mitten im Krieg geboren, in dem ärmsten Land der Welt und er kann sich ein Leben ohne Krieg und ohne Kampf nicht einmal vorstellen. Das Leben im Bihanga Trainingszentrum unterscheidet sich sehr von allem, was Hussain bis dahin erlebt hatte. Es handelte sich um die intensivste Betätigung seines Lebens: 14 Stunden pro Tag, sechs Tage die Woche. Das Training [ ] ist kein Spiel, die Rekruten werden von professionellen Soldaten ausgebildet, hier werden Soldaten für den Kampf ausgebildet, der Kampf ist hart und dementsprechend hart muss auch die Ausbildung sein".[44] Die in Uganda ausgebildeten Soldaten sind von der US-Armee inzwischen nach Mogadischu geflogen worden und sind dort der AMISOM unterstellt. Wie viele der Soldaten noch für die TFG kämpfen, ist unklar. Ebenso gibt es keine Informationen darüber, wie viele Soldaten inzwischen getötet wurden, desertierten oder zu den Aufständischen übergelaufen sind.

Allerdings konnte die Al Shabaab Anfang August 2011 aus Mogadischu offiziell vertreiben werden. Vorhergegangen waren monatelange Kämpfe, bei denen beide Parteien den Tod von Zivilisten zumindest billigend in Kauf genommen haben und diese als Schutzschilder nutzen.[45] Vor allem bei dem Versuch der AMISOM, den von Al Shabaab kontrollierten Bakara Markt einzunehmen, wurde immer wieder wahllos auf Zivilisten geschossen. An dieser Offensive haben auch Soldaten teilgenommen, die im Rahmen von EUTM ausgebildet wurden.[46] Der Rückzug der Al Shabaab bedeutet aber keinesfalls das Ende der Kampfhandlungen in der Stadt. Vielmehr hat das Verschwinden des gemeinsamen Feindes dazu geführt, dass nun die Milizen, die die TFG unterstützten, sich gegenseitig bekämpfen. Die New York Times zitiert einen AMISOM-Offizier mit den Worten: „Was alle geeint hat [der Kampf gegen die Al Shabaab] ist nun fort. Alle diese Menschen, die sich zusammengefunden haben, um die Al Shabaab zu bekämpfen, beginnen sich nun gegenseitig zu bekämpfen. Wie waren darauf nicht vorbereitet, das ging zu schnell".[47] Dem Zeitungsbericht zufolge ist die Reaktion der USA, nun explizit einzelne „lokale Sicherheitskräfte" parallel zu wie auch immer gearteten offiziellen Sicherheitskräften der TFG zu finanzieren. Berichtet werden aber nicht nur Kämpfe zwischen zuvor verbündeten bewaffneten Gruppen, sondern auch von Übergriffen dieser Gruppen auf die Zivilbevölkerung – vor allem auch in

Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. - Hechinger Str. 203 - 72072 Tübingen

den Flüchtlingslagern.[48]

Geheimdienste, Spezialeinheiten und gezielte Tötungen – der verdeckte Krieg der USA in Somalia

Neben den so genannten „Polizisten" und „Soldaten", agiert auch ein somalischer Geheimdienst in Mogadischu, der – unter Verweis auf den „Krieg gegen den Terror" – von den USA finanziert und ausgebildet wird. Zudem soll sich - der US-amerikanischen Zeitschrift „The Nation" zufolge - in Mogadischu ein Geheimgefängnis befinden, was sowohl von somalischen als auch von amerikanischen Geheimdiensten zur Durchführung von Verhören Terrorverdächtiger genutzt wird, die aus den unterschiedlichen Staaten am Horn von Afrika dorthin gebracht werden.[49] Mitte 2010 erklärte der oben bereits erwähnte US-Staatssekretär für afrikanische Angelegenheiten Johnnie Carson gegenüber der New York Times, es seien keine US-Bodentruppen in Somalia. Seine Begründung: „Es gibt Grenzen der äußeren Einmischung und es gibt genügend Möglichkeiten lokale Kräfte für diese Arbeit zu bezahlen". Gleichzeitig zitiert die Zeitung einen Beamten der US-Regierung, der Luftschläge und den Einsatz von Spezialeinheiten ankündigte, die „reingehen, zuschlagen und wieder rausgehen".[50]

Tatsächlich hat der Einsatz von US-Drohnen in Somalia in den letzten Jahren deutlich zugenommen. Auch wenn die US-Regierung behauptet, die Drohnen die von Basen in Äthiopien und den Seychellen starten, würden lediglich Aufklärungsdaten liefern, so wird immer wieder von gezielten Tötungen mutmaßlicher Al Shabaab und Al-Qaida-Kämpfer durch Drohnen berichtet. Die International Crisis Group berichtet immer wieder von diesbezüglichen Hinweisen der lokalen Bevölkerung. Im November 2011 seien bei einem Drohnenangriff in Kismayo 50 Menschen, im Januar 2012 ein Al-Qaida Führer in Mogadischu getötet worden. Die US-Regierung bestätigte allerdings den Einsatz von US-Spezialeinheiten (die Navy Seals) am 25. Januar 2012 in Galkayo, bei dem zwei von somalischen Piraten entführte Entwicklungshelfer befreit wurden.[51]

Das Piratenproblem repressiv „lösen"

Während in Somalia vor allem afrikanische Soldaten mit der finanziellen, nachrichtendienstlichen und logistischen Unterstützung des Westens gegen die Al Shabaab kämpfen, kreuzen vor den Küsten Somalias in erster Linie Marineschiffe der EU und der NATO, um militärisch gegen die Piraterie vorzugehen. Nachdem 2008 von der Internationalen Gemeinschaft bekräftigt worden war, dass es sich bei der TFG um die legitime Vertretung der somalischen Bevölkerung handele, lud diese über den UN-Sicherheitsrat alle Marinen, die ein Interesse an einer „reibungslosen (Handels)schifffahrt"[52] hätten, dazu ein, in den Hoheitsgewässern Somalias militärisch gegen die Piraten vorzugehen. Seither befinden sich neben den Kriegsschiffen, die im Rahmen der EU-Mission „Atalanta" und der NATO-Mission „Operation Ocean Shield" entsandt werden, auch zahlreiche weitere Marineschiffe anderer Nationen vor Ort. Das Ziel, die Piraterie zu bekämpfen, indem die Piraten abgeschreckt werden, hat allerdings trotz dieser beeindruckenden Armada nicht funktioniert. Die Piraten sind vielmehr professioneller geworden: die hohe Dichte an Marineschiffen nahe der somalischen Küste hat lediglich dazu geführt, dass die Piraten mit deutlich besseren Schiffen als früher auch in großer Distanz zum Festland agieren können. Die Präsenz von Soldaten und von privaten Sicherheitskräften auf den zivilen Schiffen hat zur Folge, dass auch die Piraten sich besser bewaffnen und die Situation immer häufiger eskaliert, wenn Piraten ein Schiff angreifen.[53]

Die offensichtlichen Misserfolge der militärischen Piratenbekämpfung führen weder in der EU noch in der NATO dazu, das gesamte Konzept zu überdenken. Vielmehr werden die Ursachen für das Scheitern offenbar darin gesehen, nicht ausreichend repressiv gegenüber den Piraten vorgehen zu können, was zum einen an der Größe des zu überwachenden Gebiets und zum anderen an der geringen Möglichkeit, die Piraten adäquat zu bestrafen, liege: „Die Festnahme, Überführung und Verurteilung von Piraten hat sich in der Praxis als extrem schwierig erwiesen. Von der Marine gestoppte, mutmaßliche Piraten können der Verhaftung oft schon entgehen, indem sie ihre Waffen und Mobiltelefone über Bord werfen. […] Eine Verurteilung ist in der Regel nur möglich, wenn Piraten an Bord eines gekaperten Schiffes festgenommen werden können. Die Suche nach einer geeigneten Gerichtsbarkeit erschwert die strafrechtliche Verfolgung zusätzlich: Verfahren in westlichen Ländern haben auf einen somalischen Piraten eine wohl eher anziehende als abschreckende Wirkung, wenn nach Verbüßen der Strafe die Aussicht auf politisches Asyl besteht".[54]

Aus diesem Grund hat sich vor allem die EU darum bemüht, mit verschiedenen Staaten in der Region Abkommen abzuschließen, die es ermöglichen, mutmaßliche Piraten an sie auszuliefern. Ein erstes Abkommen wurde 2009 mit Kenia geschlossen, obwohl der UN-Menschenrechtsbericht in eben jenem Jahr die Situation der dortigen Justiz und der Gefängnisse aufs schärfste verurteilt hatte. Im Gegenzug zur Übernahme der Piraten erhielt Kenia von dem Büro der UN für Drogen- und Verbrechensbekämpfung (UNODC) Gelder zur Verbesserung des Justiz- und Gefängnissektors. Obwohl sich die Menschenrechtssituation den Jahresberichten von Human Rights Watch zufolge nicht verbesserte, kündigte nicht die EU, sondern Kenia – mit dem Verweis auf seine überfüllten Gefängnisse – das Abkommen 2010 auf. Ähnliche Vereinbarungen wurden mit den Seychellen und Mauritius geschlossen – auch diese Staaten werden von der UNODC finanziell unterstützt. Der Bundesregierung zufolge steht ein Abkommen mit Tansania noch aus.[55]

Das zweite Phänomen, das als Ursache für das Scheitern der militärischen Piratenbekämpfung angesehen wird, ist der Radius, in dem die Piraten agieren. In Reaktion darauf wurde das Einsatzgebiet von Atalanta in den letzten Jahren immer weiter ausgeweitet. Zudem beschloss der Rat der Europäischen Union vor wenigen Wochen eine neue Mission (Regional Maritime Capacity Building - RMCB) am Horn von Afrika und im Indischen Ozean. In diesem Rahmen sollen die maritimen Kapazitäten Dschibutis, Kenias, Tansanias, Mozambiques, der Seychellen, Mauritius und des Jemen ausgebaut werden. Zudem sollen in den semi-autonomen somalischen Regionen - Somaliland und Puntland - die jeweiligen Küstenwachen ausgebildet und ausgerüstet werden. Weiterhin soll ein Justizsektor aufgebaut werden, um eine Auslieferung von Piraten zu ermöglichen.[56] Zur Ausgestaltung der Mission wurden im Januar 2012 in einige der Staaten Erkundungsmissionen entsandt, die den „Ausbildungs- und Unterstützungsbedarf in der Region prüfen"[57] sollen. Zur Umsetzung der Mission „sollen u.a. auch europäische ‚Trainings- und Unterstützungsteam' zum Einsatz kommen, um die Sicherheitskräfte aller beteiligten Länder ‚bei der Arbeit' (training-on-the-job) und ‚vor Ort' (training-on-location) auszubilden und zu unterstützten".[58]

Die Eskalation der Gewalt und die Rolle der TFG

Angesichts der Tatsache, dass – unter der stillschweigenden Zustimmung der Internationalen Gemeinschaft – in den letzten

Monaten verschiedene ausländische Militärs in Somalia einmarschierten und einzelne Teile des Landes faktisch unter ihre Kontrolle brachten und die Autonomie der semi-autonomen Regionen mit der neuen EU-Mission weiter gestärkt wird, stellt sich die Frage, welche Rolle der TFG von der Internationalen Gemeinschaft eigentlich noch zugesprochen wird.

Ihre Amtszeit endete offiziell im August 2011. Im Februar 2011 hatte das somalische Parlament das Mandat der Übergangsregierung allerdings um drei Jahre verlängert. Da dies nicht entsprechend mit den „Geberländern" abgesprochen war, reagierten vor allem die USA und die EU erbost. Die EU-Außenbeauftragte Catherine Ashton erklärte: "Ich bedauere die unilaterale Entscheidung des somalischen Parlaments, sein Mandat um drei Jahre zu verlängern. Die Entscheidung wurde übereilt getroffen, ohne die angemessenen Beratungen".[59]

Anders hingegen urteilte die IGAD, die Regionalorganisation Ostafrikas, die die Verlängerung des Mandats für das Parlament, nicht hingegen der Regierung, begrüßte. Dem privaten Nachrichtendienst Stratfor war aber schon einen Tag nach dem eigenmächtigen Schritt des Parlaments klar, wer sich durchsetzen würde: „[Die unterschiedlichen Reaktionen der Internationalen Gemeinschaft] zeigen letztlich, dass IGAD das endgültige Mandat [der TFG] legitimieren wird, wie auch immer es aussehen wird, aber die AU und die UN werden in Verhandlungen hinter geschlossenen Türen mit den USA und Äthiopien aushandeln, wie dieses Mandat aussehen soll".[60] Einige Monate später trafen sich dann auf Vermittlung und unter Anwesenheit des Sondergesandten der UN für Somalia, Augustine Mahiga, und des ugandischen Präsidenten Yuweri Musevini, der TFG-Präsident Sharif Sheikh Ahmed und der Sprecher des Parlaments in Kampala (Uganda) und unterzeichneten ein Abkommen, das die „Verlängerung" des Mandats auf ein Jahr beschränkt. Zudem wurde vereinbart, dass der Premier innerhalb von 30 Tagen zurücktreten solle und ein neuer bestimmt werde. Daraufhin protestierten tausende von Menschen in Mogadischu gegen das Kampala-Abkommen und die Absetzung des Premiers. Als Folge wurden zahlreiche Menschen festgenommen und einige Menschen wurden getötet.[61] Der Bürgermeister Mogadishus, Mohamed Nur, begründet die Wut der Menschen folgendermaßen: "Wir haben ein Problem damit, dass sich zwei Menschen treffen und die Zukunft der Regierung bestimmen, ohne die Meinung der Bevölkerung zu berücksichtigen".[62] Die „Internationale Gemeinschaft" begrüßte hingegen die „Einigung": am 19. Juni 2011 trat der Premier zurück.[63] „Das Treffen [in Kampala] war weder 'konsultativ' noch ein Somali-Somali Dialog. Es war der direkte Versuch der Internationalen Gemeinschaft den Transitionsprozess zu übernehmen und zu beenden. Die Internationale Gemeinschaft hat weder die Zeit noch die Ressource ‚Nation-building' in Somalia zu betreiben (das hat sie niemals getan, aber sie hat damit gespielt). Die einzelnen Akteure haben nicht einmal eine bevorzugte Lösung. Sie wollen bloß eine Regierung, mit der sie verhandeln können und die in Terrorfragen mit ihr kooperiert. Somalische Interessen spielen in ihren Überlegungen keine Rolle".[64]

Vernetzte Sicherheit am Horn von Afrika: Trial an Error

Die Region um das Horn von Afrika ist für den globalen Waren- und Rohstoffhandel von zentraler Bedeutung, was einer der wichtigsten Gründe der Präsenz unzähliger Soldaten, Milizen, Geheimdienstler, Polizisten etc. ist. Allerdings scheinen vor allem die Europäische Union und die USA die Region auch als Testfeld einer neuen Form des Krisenmanagements zu begreifen. Die zur Verfügung stehenden Instrumente werden hier getestet und mit einander kombiniert: der Aufbau und Unterstützung von lokalen Stellvertretern, die den riskanten Einsatz am Boden übernehmen; die Ausrüstung und Ausbildung somalischer Soldaten, die einer Regierung unterstehen, die nur aufgrund der Stützung durch die Internationale Gemeinschaft existiert; der Einsatz eigener Spezialeinheiten; die gezielte Tötung einzelner Personen durch Drohnen; die Gewährleistung Humanitärer Hilfe, die so eingesetzt wird, dass sie auch den eigenen Interessen entspricht; die Entsendung zahlreicher Kriegsschiffe zur Kontrolle einer strategisch wichtigen Meerenge über einen längeren Zeitraum; der Einsatz verschiedener Instrumente zur Gewinnung von Informationen etc.

Legitimiert wird der Einsatz all dieser Instrument „humanitär" also mit der Not der Menschen in Somalia und der Region. Vor allem im Umgang mit der Hungersnot, die nicht ganz unwesentlich auch die Folge einer verheerenden Weltwirtschaftsordnung ist, zeigte sich allerdings, wie wenig es den westlichen Regierungen um die Menschen in der Region wirklich geht.

Anmerkungen

1 Council of the European Union: Council conclusions on the Horn of Africa, Brüssel, 14.11.2011, S.1.

2 Belgium – EU to reactivate its Operations Centre in the Horn of Africa, Afrique en ligne, 25.02.2012.

Enterübung auf der Fregatte Köln, Foto: Regierung der Vereinigten Staaten, US Navy

Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. - Hechinger Str. 203 - 72072 Tübingen

Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. - Hechinger Str. 203 - 72072 Tübingen

3 Hungerkrise in Somalia – Al Shabaab rückt aus Mogadischu ab, FAZ.net, 06.08.2011
4 Mit Al Shabaab wurde ursprünglich der radikalere – vor alle aus Jugendlichen bestehende – Teil der UIC bezeichnet. Allerdings konnte man schon damals nicht von einer einheitlichen Gruppe sprechen. Zudem werden inzwischen alle Milizen, die gewaltsam gegen die TFG vorgehen, als Al Shabaab bezeichnet – vor allem in westlichen Medien (William J. Garvelink: The Focus on the Horn of Africa Should be on the Famine in Somalia, Center for Strategic and International Studies, 07.11.2011).
5 Somalia - Al-Shabab ban on agencies threatens aid, IRIN-News, 28.11.2011.
6 Alex Perry: The Collateral Crisis in Somalia, Time-Magazine, 17.09.2011.
7 Christoph Marischka: Eine Hungerkatastrophe als Gelegenheitsfenster, IMI-Standpunkt 2011/042.
8 Ej Hogendoorn: Better US response to Somalia famine could fix misperceptions, Christian Science Monitor, 03.10.2011.
9 Andrew Harding: Mogadishumachinations: Is the famine an opportunity?, BBC, 03.08.2011.
10 Office of Foreign Assets Control: Frequently asked questions regarding private relief efforts in Somalia, 04.08.2011.
11 Ej Hogendoorn: Better US response to Somalia famine could fix misperceptions, Christian Science Monitor, 03.10.2011.
12 Oxfam, u.a.: Put people before politics to save lives in Somalia, urge agencies, 21.09.2011.
13 Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion Die Linke: Humanitäre Katastrophe und politisch-militärische Interessen in Somalia; BT-Drs: 17/7705
14 Kenyan President Mwai Kibaki on the Famine in Somalia, Todays-African News, 30.09.2011.
15 Jean-Philippe Rémy: Kenya develops plan for satellite region of Jubaland on Somali border, The Guardian, 08.11.2011.
16 Kenyan Offensive Is Not Welcome, Somalia's President Says, New York Times, 24.10.2011.
17 Kenia rekrutierte junge Somalis offenbar auch in Flüchtlingscamps in Kenia für den Kampf gegen die Al Shabaab (Human Rights Watch: Kenya - Stop Recruitment of Somalis in Refugee Camps, 22.10.2009).
18 Are Kenyans seeking a buffer zone in Somlia?, BBC, 28.10.20111.
19 Daniel Branch: Why Kenya Invaded Somalia, Foreign Affairs, 15.11.2011.
20 Knut Mellenthin: Ja zur Intervention, Junge Welt, 29.10.2011.
21 Ethiopia and Kenia differ on Somalia, Daily Nation, 05.12.2010.
22 France to support Kenya's incursion into Somalia, BBC, 25.10.2011.
23 Somalia: Kismayo IDPs face hunger, drug shortage, IRIN-News, 20.12.2011.
24 Andrea Böhm: Somalia: Der Krieg, den keiner sehen will, Die ZEIT online, 21.11.2011.
25 Kenya-Somalia: Paying high price for military incursion, IRIN-News, 13.01.2011.
26 Human Rights Watch: Kenya – Human Rights Concern of Operation ‚Linda Nchi', 18.11.2011 und Jeremy Prestholdt: Kenia, the United States, and Counterterrorism, africaToday 57(4), S.3-27.
27 Antwort von Staatsminister Dr. Werner Hoyer auf eine Schriftliche Frage der Abgeordneten Sevim Dagdelen am 28.10.2010, BT-Drs 17/3565; S.1.
28 Mit deutschem Geld ausgebildete Polizisten – An der somalischen Bürgerkriegsfront, taz, 13.08.2010.
29 International Crisis Group: Somalia's Divided Islamists, Africa Briefing Nr. 74, 18.05.2010, S.14.
30 Wikipedia-Eintrag zu Battle of Gedo (2011); URL: www.en.wikipedia.org
31 Somalia: Drought IDPs forced to flee fighting in border town, IRIN-News, 22.09.2011.
32 Shabab fighters ‚driven out' of Somali city, Al Jazeera english, 31.12.2011.
33 Ethiopia: Troops Will Remain in Somalia Until Reinforcements From African Union Arrive, New York Times, 27.01.2012.
34 US supports Kenya, Ethiopia joining Amisom forces, The Standard, 22.11.2011.
35 International Crisis Group: Somalia's Divided Islamists, Africa Briefing Nr. 74, 18.05.2010.
36 Human Rights Watch: ‚You don't know who to blame' – War Crimes in Somalia, August 2011.
37 Jonna Schürkes: Arming Somalia, AUSDRUCK, 02/2010, S. 17-20.
38 Knut Mellenthin: Intervention gefordert - Die von Äthiopien dominierte nordostafrikanische Staatengemeinschaft IGAD will Somalia zum Schauplatz eines internationalen Krieges machen, Junge Welt, 28.11.2011.
39 Djibouti troops join AU forces in Somalia, BBC, 20.12.2011
40 International Crisis Group: Somalia's Divided Islamists, Africa Briefing Nr. 74, 18.05.2010.
41 Deutscher Bundestag: Stenographischer Bericht der 86. Sitzung, 26.01.2011, Plenarprotokoll 17/86.
42 International Crisis Group: Somalia's Divided Islamists, Africa Briefing Nr. 74, 18.05.2010, S.14.
43 Jonna Schürkes: Arming Somalia- Die neue ESVP-Mission zur Ausbildung somalischer Soldaten, AUSDRUCK, 2/2010, S. 17-20.
44 Fernando Moreno: EUTM trained soldiers – first intake return to Somalia, IMPETUS – Bulletin of the EU Military Staff, Herbst/Winter 2011, S. 20.
45 Human Rights Watch: ‚You don't know who to blame' – War Crimes in Somalia, August 2011.
46 Delegation of the European Union to Uganda: Handover Ceremony of EUTM Command between Col Elul (Spain) and the Col Beary (Ireland), 08.08.2011; URL: http://www.deluga.ec.europa.eu
47 Jeffrey Genttleman: As an Enemy Retreats, Clans Carve Up Somalia, New York Times, 09.09.2011.
48 Amnesty International: Somalia - A humanitarian and human rights catastrophe, 26.09.2011.
49 Jeremy Scahill: The CIA's Secret Sites in Somalia, The Nation, 12.07.2011.
50 Jeffrey Genttleman: U.S. Aiding Somalia in its plan to retake its capital, New York Times, 05.05.2010.
51 U.S. Swoops In to Free 2 From Pirates in Somali Raid, New York Times, 25.01.2012.
52 UN-Sicherheitsrat: Resolution 1816 (2008), 02.06.2008.
53 Kerstin Petretto: Somalia und Piraterie – keine Lösung in Sicht, weder zu Wasser noch zu Land, Hamburger Informationen zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik, Dezember 2010.
54 Anja Shortland und Marc Vothknecht: Marine-Einsatz vor Somalia – Mehr als eine Sisyphusarbeit? Wochenbericht des DIW Berlin Nr.7/2011.
55 Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Linksfraktion: GASP-Missionen zur Pirateriebekämpfung sowie der Einsatz privater Sicherheitsdienste im Golf von Aden und Somalia, BT-Drs. 17/8110, 09.12.2011.
56 European Union External Action: Regional Maritime Capacity Building for the Horn of Africa and the Western Indian Ocean, Factsheet Januar 2012.
57 Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion „Die Linke": Geplante GSVP-Mission zur maritimen Aufrüstung am Horn von Afrika und im indischen Ozean, BT-Drs. 17/8421, 06.02.2012.
58 Ebd.
59 European Union: Statement by the EU High Representative Catherine Ashton on the decision of Somali Parliament, 04.02.2011.
60 Stratfor: Somali Governement: What follows TFG), 03.02.2011.
61 More Clashes in Somalia; Minister Is Killed, New York Time, 10.06.2011.
62 Death of ‚Abdirahman the Canadian' investigated in Somalia, The Star, 10.06.2011.
63 United Nation: Chair's Summary – High Level Meeting on Somalia, 23.09.2011.
64 Michael A. Weinstein: Somalia: The Possibility of Balkanization, Garowe-online, 21.06.2011.

Sahara, der Libyenkrieg und die kommende Aufstandsbekämpfung

von Christoph Marischka

Der Bürgerkrieg und die NATO-Intervention in Libyen haben weite Teile der Sahara destabilisiert, gegenwärtig fliehen tausende Menschen vor Kämpfen im Norden Malis. Die POLISARIO droht in der Westsahara mit einem neuen bewaffneten Aufstand, der sich schnell auf Mauretanien und Algerien ausweiten kann. Angeblich ist in der Region auch eine Unterorganisation der Al Kaida aktiv, die Anlass für die massive Aufrüstung der Region, grenzüberschreitende Militäraktionen und Interventionen durch die NATO-Staaten liefert. Gleichzeitig sind große Gebiete der Sahel-Region von einer Dürre betroffen, die ihrerseits Fluchtbewegungen auslöst. Die Europäische Union hat bereits Anfang 2011 eine Sahel-Strategie beschlossen, welche humanitäre Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit in eine umfassende Strategie der Aufstandsbekämpfung integriert.

Gewaltchaos in Libyen 2012

Am 26. Januar erklärte die Hilfsorganisation Ärzte ohne Grenzen (MSF), dass sie ihre Arbeit in den Gefangenenlagern in Misrata einstellen wird. Bei 115 Patienten hätten sie Verletzungen festgestellt, die auf Folter zurückzuführen waren. Trotz entsprechender Beschwerden bei den „zuständigen Behörden" habe die Folter weiterhin stattgefunden, teilweise wurden sogar die Gefangenen nach ihrer Behandlung erneut gefoltert, die medizinischen Teams wurden sogar aufgefordert, diese direkt in den Verhörzentren zu behandeln.[1] Kurz darauf wurde bekannt, dass der frühere libysche Botschafter in Frankreich, Omar Brebesch, zu Tode gefoltert wurde, nachdem ihn eine Miliz inhaftiert hatte. Hierauf meldete sich sogar die EU-Außenbeauftragte Catherine Ashton zu Wort und wandte sich an die libysche „Regierung". Sie habe Vertrauen, dass diese geeignete Maßnahmen ergreifen werde, um den Schutz besonders gefährdeter Gruppen zu gewährleisten und bot den „Autoritäten" die Unterstützung der EU dabei an, „den Respekt für die Menschenrechte, demokratische Werte und Rechtsstaatlichkeit" zu fördern. Wie weit Libyen hiervon jedoch noch entfernt ist, unterstreicht ein weiterer Satz aus der Pressemitteilung: Die „Autoritäten" sollten sich beeilen, „alle Gefangenenlager unter ihre Kontrolle zu bringen". Zudem forderte sie, dass die Verantwortlichen für Menschenrechtsverletzungen einer „unparteiischen und effektiven" Justiz zugeführt werden.[2] Natürlich verhallte Ashtons Ruf ungehört – denn es fehlt der Adressat. Wer gegenwärtig „Autorität" und „Regierung" in Libyen ist, wird von Stadt zu Stadt und teilweise von Straßenzug zu Straßenzug anders beantwortet und das zunehmend wieder mit Waffengewalt.

Bereits im Dezember 2011 warnte die International Crisis Group (ICG) vor einer „Fragmentierung" des libyschen „Sicherheitsapparates". Zwischen 100 und 300 Milizen seien am Sturz Gaddafis beteiligt gewesen, die bis heute keine einheitliche innere Struktur aufweisen, sich keiner gemeinsamen Autorität unterordnen und alle auf ihre Weise Menschen verhaften und inhaftieren würden.[3] Im Januar 2012 bestätigte die regierungsnahe Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), dass es sowohl von Seiten der zivilen Bevölkerung, als auch der bewaffneten Gruppen starkes Misstrauen und auch Widerstände nicht nur gegen den Nationalen Übergangsrat, sondern selbst gegen die „lokalen Räte, deren Mitglieder sich zum Großteil selbst ernannten", gebe und Streitigkeiten etwa um Eigentum an Grund und Boden mit „Drohungen oder Gewalt" durchgesetzt würden.[4] Während in einigen Städten nach wie vor Anhänger des alten Regimes aktiv seien, konkurrieren demnach in den Großstädten Tripolis und Bengasi „unzählige Brigaden, die keiner zentralen Kontrolle unterstehen. Darunter finden sich auch zahlreiche Brigaden aus anderen Städten, wobei Revolutionäre aus Misrata und Zintan in Tripolis am stärksten präsent sind." Weiter heißt es: „Der Übergangsrat scheiterte mehrfach bei dem Versuch, alle bewaffneten Gruppen in Tripolis unter die Kontrolle des Obersten Sicherheitskomitees der Hauptstadt zu stellen. Wie problematisch die Koexistenz verschiedenster bewaffneter Gruppen in der Hauptstadt ist, zeigte sich an Übergriffen von Milizionären auf zivile Amtsträger und an Zusammenstößen zwischen einzelnen Brigaden, die sich im Dezember 2011 und Januar 2012 häuften. Auch außerhalb der Hauptstadt – in Bani Walid, Zawiya, den Nafusa-Bergen und Kufra – kam es im November und Dezember zu lokalen Gefechten bewaffneter Gruppen." Mittlerweile wird fast täglich von solchen Gefechten berichtet und offensichtlich greifen auch die Anhänger des alten Regimes wieder häufiger zu den Waffen.[5] „[S]olche Zusammenstöße" seien nur deshalb „nicht als Vorboten eines möglichen Bürgerkrieges zu deuten, da sich insbesondere die Vorfälle in der Hauptstadt oft zufällig entwickelten und vor allem auf mangelnde Disziplin zurückzuführen sind. Zudem ist nicht erkennbar, dass die zahlreichen Brigaden und lokalen Militärräte zu breiteren Koalitionen zusammenfinden, die einen Machtkampf mit klar definierten Lagern erwarten ließen."[6]

Die ICG schätzt die Zahl der bewaffneten Libyer_innen auf 125.000. Das entspricht dem geschätzten Umfang der regulären Armee und der für Gaddafi kämpfenden Volksmiliz vor Beginn des Bürgerkrieges und erscheint angesichts des angeblichen Einsatzes von ausländischen Söldnern, der durch Gaddafi betriebenen Massenmobilisierung und der Mobilisierung der Aufständischen als eine sehr „vorsichtige" Schätzung. Die Zahl steht auch in einem auffälligen Kontrast zu den im Zuge des Bürgerkrieges angeblich erbeuteten, ausgehobenen und auch vom Ausland an die Aufständischen gelieferten Waffen.[7] Auch wenn sich viele dieser Meldungen letztlich als Propaganda (beider Seiten) entlarven sollten, so steht außer Frage, dass in Libyen, das für den Fall einer Intervention stets auch auf das Konzept der „Volksbewaffnung" gesetzt hatte, ein Vielfaches an Waffen im Umlauf ist. Die USA etwa schätzen, dass während des Bürgerkrieges alleine etwa 20.000 hochwertige Luftabwehr-Systeme im Umlauf waren, die von einzelnen Personen bedient werden können. Diese sog. MANPADs sind die Traumwaffen terroristischer Gruppen, da sie mit großer Wahrscheinlichkeit Hubschrauber und Flugzeuge im Landeanflug auch aus größerer Distanz zum Absturz bringen können. Während die USA diese Waffen zum Anlass nahmen, erstmals nach dem Tod Gaddafis öffentlich die Entsendung von Spezialkräften nach Libyen zu diskutieren, um diese Waffen wieder einzusammeln, machten sich europäische Sicherheitskreise bereits Gedanken darüber, ob zukünftig Flugverkehr von und nach Afrika überhaupt noch möglich sein würde.

Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. - Hechinger Str. 203 - 72072 Tübingen

Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. - Hechinger Str. 203 - 72072 Tübingen

Foto aus einem UN-Video von der „Conference on Transitional Justice and Reconciliation in Libya" in Tripoli, http://www.un.org/wcm/content/site/undpa/main/enewsletter/unsmil_videos

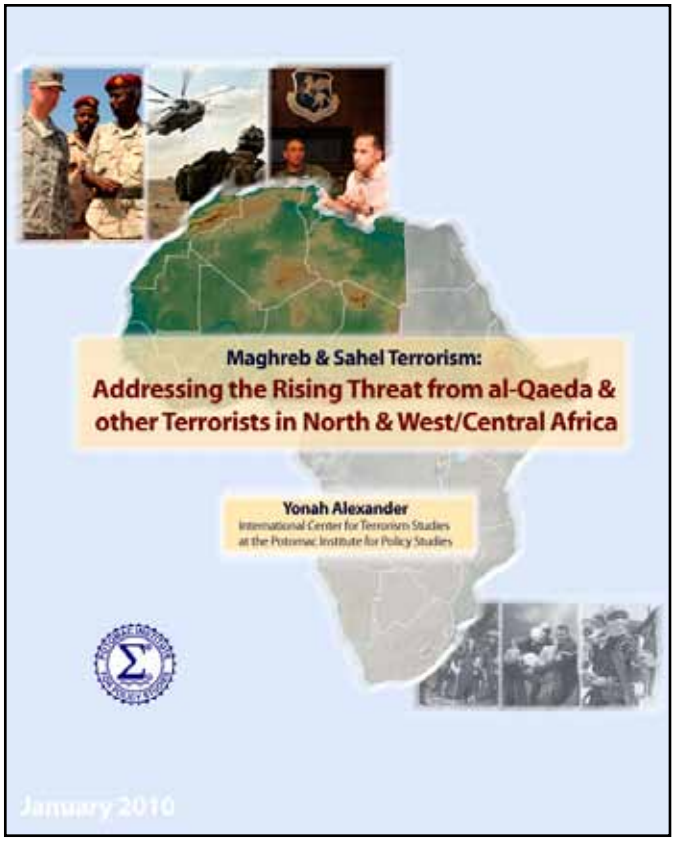
Wüstenkriege

Libyens Grenzen nach Ägypten, Sudan, Tschad, Mali, Algerien und Tunesien sind überwiegend von Wüste geprägt und deshalb kaum kontrollierbar. Insbesondere die USA hatten die schwer zu kontrollierenden Wüstengrenzen bereits 2002 als Problem identifiziert und im Rahmen des „Krieg gegen den Terror" mit der Pan-Sahel Initiative (PSI, später: Trans-Sahel Counter-Terrorism Initiative, TSCTI) den Tschad, Niger, Mali und Mauretanien bei der Ausbildung und Ausstattung für den Grenzschutz und die „Terrorismusbekämpfung" unterstützt. Auffallend ähnliche Maßnahmen, von denen auch Libyen profitierte, ergriff die Europäische Union ab 2006 im Zuge des sog. „Kampf gegen die illegale Migration".[8] Besonders konfliktträchtig erwies sich in der Vergangenheit die Grenze zwischen Libyen und dem Tschad, um die von 1978 bis 1987 mehrere bewaffnete Auseinandersetzungen stattfanden, die im sog. Toyota-Krieg gipfelten und 1994 durch ein Urteil des IGH und einen anschließenden Rückzug der libyschen Armee aus dem umstrittenen Aouzou-Streifen unter Aufsicht einer UN-Beobachtermission offiziell beigelegt wurden. Allerdings unterlag v.a. der Norden des Tschad auch in der Folge weniger der Kontrolle der Zentralregierung in N'Djamena, als der fragmentierten Kontrolle verschiedener bewaffneter Bevölkerungs- und Rebellengruppen. Die Bezeichnung „Toyota-Krieg" verweist tatsächlich auf ein spezifisches Merkmal internationaler Politik und auch der Innenpolitik in von Wüsten geprägten Regionen: Während es für die Zentralregierung und ihre Sicherheitskräfte kaum realisierbar ist, eine flächendeckende und dauerhafte Präsenz und Kontrolle aufrecht zu erhalten, ist es verhältnismäßig billig, Verbündeten vor Ort durch die Lieferung selbst nicht genuin militärischer Güter (Jeeps) die Oberhand zu verschaffen. Zuletzt war dies etwa im Frühjahr 2008 zu beobachten, als – mutmaßlich – sowohl die tschadische Regierung an Rebellen in Darfur (Sudan) als auch die sudanesische Regierung an Rebellen im Tschad Geländefahrzeuge, Satellitentelefone und eine begrenzte Zahl Handfeuerwaffen lieferten und ihnen so jeweils ermöglichten, einen Vorstoß bis in die jeweils „gegnerischen" Hauptstädte N'Djamena und Khartum zu unternehmen.[9]

Mit offensichtlicher Besorgnis beschrieb die ICG die libysche Rolle in diesem komplexen Geflecht nach dem Tod Gaddifis so: „Nachdem er ursprünglich eine destabilisierende Rolle im Norden [des Tschad] spielte, hat er in den vergangenen Jahren dazu beigetragen, relativen Frieden in diese traditionell rebellische Region zu bringen, indem er zwischen den bewaffneten Gruppen vermittelte." Darin sieht die ICG auch den Grund, warum Gaddafi offensichtlich vom tschadischen Präsidenten Déby (der als Verbündeter Frankreichs gilt) unterstützt wurde. Soldaten wie Zivilisten aus dem Tschad waren während des Bürgerkrieges deshalb auch Opfer von Übergriffen und schweren Menschenrechtsverletzungen durch die libyschen Rebellengruppen und ihre Anhänger, was deren Beziehungen zur Regierung des Tschad und womöglich auch zu in den Grenzgebieten operierenden bewaffneten Gruppen womöglich nachhaltig belasten wird. Die nicht gerade positiven Beziehungen zwischen dem Tschad und „den neuen libyschen Autoritäten könnten die Stabilität im Norden des Tschad gefährden", warnte der Beauftragte der ICG für Zentralafrika und nannte die „Unsicherheiten im Tschad" als Beispiel dafür, dass der Sturz des Gaddafi-Regimes die Instabilität in Afrika erhöhen könnte.[10]

Aufstand in Mali

Veränderte Kräfteverhältnisse unter Rebellengruppen in der Wüste sind kaum oder nur mit großen Verzögerungen Gegenstand der Berichterstattung in Europa. So ging auch der aktuelle sog. „Tuareg-Aufstand" in Mali gegenüber den Erfolgen der malischen Fußball-Nationalmannschaft der Männer nahezu unter. Der US-Nachrichtendienst StratFor berichtete hingegen am 2.2.2012, dass tausende „gut bewaffnete und gut ausgebildete Kämpfer, geführt von einem ehemaligen Oberst der libyschen Armee, einen lange lodernden Aufstand der Tuareg gegen die Regierung Malis wiederbelebt" und eine neue Gruppe mit dem Namen „National Movement for the Liberation of Azawad" (MNLA) gegründet hätten. Seit Mitte Januar würde diese in einer „militärischen Offensive" versuchen, „die drei nördlichen Provinzen Malis von der Kontrolle durch Bamako [die Haupt-



Studie zur Terrorgefahr in Nordwest-Afrika von 2010

stadt Malis] zu befreien".[11] Der österreichische Standard berichtet: „Als jüngst im benachbarten Libyen Muammar al-Gaddafi gestürzt wurde, kehrten viele Tuaregs, die als Söldner in den Diensten des Diktators standen, zurück in den Norden Malis - und brachten ihre Waffen mit. Gaddafi hatte schon in den Neunzigerjahren Trainingscamps für Tuaregrebellen in der Sahara eingerichtet." Weiter heißt es: „Seit der Unabhängigkeit von Frankreich in den Sechzigerjahren fühlen sich die Tuareg von der Regierung benachteiligt und streben einen eigenen Staat an, konkret geht es um die drei Provinzen Kidal, Timbuktu und Gau im Norden Malis."[12] Die Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) berichtete am 3.2.2012 in diesem Zusammenhang, dass „[n]ach militärischen Erfolgen von Tuareg-Rebellen ... seit letztem Dienstag Geschäfte und Häuser von Tuareg in den Städten Kati und Bamako angegriffen worden [seien], ohne dass Sicherheitskräfte intervenierten".[13]

Übereinstimmend berichteten der Standard und der humanitäre Nachrichtendienst der UN, IRIN, dass die Gefechte massive Fluchtbewegungen ausgelöst hätten. Der Standard berichtet: „Mehr als 16.000 Menschen haben den Norden des Landes angesichts heftiger Kämpfe zwischen Rebellen und Regierungstruppen in Richtung der Nachbarländer verlassen. 10.000 sollen mittlerweile im Niger angekommen sein, 3.500 in Mauretanien." IRIN hingegen spricht von 12.000 Flüchtlingen, die innerhalb Malis unterwegs seien und die ohnehin angespannte Versorgung mit Nahrungsmitteln angesichts der anhaltenden Dürreperiode noch schwieriger machen. Alleine 7.000 von ihnen seien in Chinégodar untergekommen, einer Gemeinde mit normalerweise 1.500 Einwohner_innen. Diese liege in einem der Gebiete, die mit am schlimmsten von der aktuellen Dürre betroffen seien, wo die Getreidepreise bereits vor Ankunft der Flüchtlinge massiv gestiegen waren. 6.000 Flüchtlinge seien hingegen ins benachbarte Mauretanien geflohen und eine unbekannte Zahl in den Osten Burkina Fasos und den Westen Guineas.[14]

Droht ein neuer Krieg in der Westsahara?

Bei der Behauptung „die Tuareg" strebten einen „eigenen Staat" an, handelt es sich um eine grobe Vereinfachung. Die Tuareg verfügen über eine vielschichtige und recht undurchsichtige Organisationsstruktur und die Forderung nach einem eigenen Staat ließ sich bislang stets durch weitgehende faktische (weniger legale) Autonomie für die Bewohner der Wüste eindämmen. Wesentlich konkreter hingegen und durch ein Gutachten des Internationalen Gerichtshofs ebenso wie durch zahlreiche Resolutionen der UN-Generalversammlung bestätigt, ist die Forderung nach einem eigenen Staat durch die Frente Polisario in der von Marokko besetzten Westsahara. Diese repräsentiert die Bevölkerung der nahe Tindouf in Algerien gelegenen Flüchtlingslager, die Bevölkerung der „befreiten Gebiete" innerhalb der von Marokko beanspruchten Westsahara und dem Anspruch nach auch die sahaurische Bevölkerung der effektiv von Marokko besetzten Gebiete im Westen der Westsahara. Ihr 13. Kongress Mitte Dezember 2011 fand unter dem Motto „nur ein unabhängiger sahrauischer Staat ist die Lösung" statt.[15] Bei diesem traten nicht nur die aktiven Angehörigen der Armee der Polisario in Uniform auf, sondern auch viele zivile Delegierte, um ihre Unterstützung für einen Antrag der Jugendorganisation UJSARIO zu signalisieren, der eine Wiederaufnahme des bewaffneten Kampfes gegen Marokko forderte. Neben den Jugendlichen, die den Widerstandskampf ihrer Eltern und Großeltern nur aus Erzählungen kennen und sich angesichts derer heute überwiegend diplomatischer Bemühungen als „nutzlos" und „handlungsunfähig" fühlen, ließen auch die älteren Generationen keinen Zweifel daran, dass sie wieder zu den Waffen greifen würden, wenn ein entsprechender Beschluss durch den Kongress oder durch die bei diesem gewählte Regierung erginge. Der Kongress fällte keinen entsprechenden Beschluss, die Regierung stellte jedoch eindeutig klar, dass sie die Option des bewaffneten Kampfes weiterhin verfolge und ihre Verhandlungsposition durch weitere Aufrüstung verbessern wolle. Algerien, Mauretanien und v.a. auch Nigeria deuteten durch ihre Abgesandten hierbei mehr oder weniger deutlich ihre Unterstützung an. Inoffiziell ging der Kongress mit einer Art Ultimatum zu Ende: Drei Monate würde es dauern, die Kriegsbereitschaft herzustellen, weitere drei Monate könne man warten, falls sich ernsthafte diplomatische Erfolge abzeichnen.

Ein Zusammenhang zwischen der erhöhten Kriegsbereitschaft und dem Krieg in Libyen wurde fast einhellig geleugnet; obgleich Gaddafi stets als Unterstützer der Polisario galt, war wenig Sympathie für ihn vernehmbar – eher im Gegenteil. Das auf dem Kongress vom allgegenwärtigen Militär präsentierte Kriegsgerät war veraltet. Obgleich auch solches sich in Wüstenkriegen als effektiv erweisen kann, gab es Signale, dass neueres Material unterwegs sein könnte, wobei Lieferungen in größerem Umfang wohl kaum ohne die unterstützende Duldung Algeriens, Mauretaniens oder ggf. Malis erfolgen könnten. Die einzige und äußerst glaubhafte Aussage zu einem Zusammenhang zwischen dem Sturz Gaddafis und den Erfolgsaussichten einer Wiederaufnahme des bewaffneten Kampfes bestand darin, dass die Destabilisierung der Region und die Neuverteilung der Machtverhältnisse zwischen Frankreich, Großbritannien und den USA die Situation unkalkulierbarer mache und damit keine gute Ausgangsposition sei.

Das AQIM-Gespenst

Allgegenwärtig hingegen war das Thema AQIM. AQIM steht für die englische Übersetzung für Al Kaida im islamischen Maghreb und – dabei sind sich überraschend viele Akteure einig

Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. - Hechinger Str. 203 - 72072 Tübingen

Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. - Hechinger Str. 203 - 72072 Tübingen

– ein Konstrukt, das organisierte Kriminalität, Kleinkriminalität, illegalisierte Migration und politische Dissidenz in einen Zusammenhang mit dem international agierenden Terrorismus bringen soll.[16] Zwar existiert eine Gruppe mit entsprechender Selbstbezeichnung (die im Übrigen wesentlich auf Mitarbeiter des algerischen Geheimdienstes zurückgeht)[17], ein tatsächlicher Zusammenhang zur etwa in Afghanistan agierenden und überwiegend religiös motivierten Al Kaida lässt sich jedoch schwer herstellen. U.a. sind die Aktionsformen und die damit einhergehende Motivationslage deutlich anders. Der AQIM wird vorwiegend die Entführung von Europäer_innen vorgeworfen sowie ihre Verwicklung in kriminelle Aktivitäten wie Zigaretten- und Menschenschmuggel. Eine religiöse Motivation ist dabei selten erkennbar, stattdessen scheint es sich um rein kommerzielle bzw. „kriminelle" Motive zu handeln, die über angebliche und durch die Geheimdienste nicht gerade lückenlos bewiesene Finanztransfers an Mitglieder der Al Kaida (bzw. der FARC) mit dem Terrorismus in Verbindung gebracht werden.

Überraschend viele Akteure jedoch haben ein Interesse an der Aufrechterhaltung dieses Konstrukts, der Bedrohung der Sahara durch den internationalen Terrorismus. Wie zuvor schon beschrieben, konnten der Tschad, Niger, Mali und Mauretanien – allesamt keine lupenreinen Demokratien – unter dem Vorwand der Terrorismusbekämfung Ausbildungs- und Ausstattungshilfe aus den USA für sich mobilisieren. Frankreich hat in Burkina Faso, Mauretanien und Mali zur Befreiung oder auch Vergeltung für die Entführung französischer Staatsangehöriger Operationen seiner Luftwaffe durchgeführt. Mitte Dezember 2011 haben Algerien und Mauretanien daraufhin gemeinsame Militärpatrouillen an der Grenze durchgeführt und wollten dies als Zeichen an die „Internationale Gemeinschaft" verstanden wissen, dass sie die Bedrohung durch die AQIM ernst nähmen und keine ausländische Interventionen diesbezüglich nötig seien. Auch Mali warf der neuen „Tuareg-Armee" laut StratFor sogleich Verbindungen zur AQIM vor, was diese entschieden zurückwies, während sie ihrerseits behauptete, einen „Puffer" gegen die AQIM zu bilden. Dasselbe Muster existiert in der Westsahara, wo Marokko der Polisario vorwirft, mit der AQIM zu kooperieren, während diese alles daran setzt, diese Vorwürfe zu entkräften.

Dies setzt natürlich ein massives, entschlossenes, militaristisches Vorgehen voraus. Als Gast der Polisario konnte man dieses und seine Wirkung unmittelbar spüren. Entwicklungshelfer_innen vor Ort beschrieben, wie seit der Entführung anderer Entwickunghelfer_innen aus den Flüchtlingslagern ihre Bewegungsfreiheit massiv eingeschränkt wurde. Uns und anderen Journalist_innen wurde nahezu jeder unkontrollierte Kontakt zur Bevölkerung untersagt, jeder Konvoi wurde durch das Polisario-Militär begleitet und war damit von dessen Zustimmung abhängig. Um Tindouf, das algerisches Territorium ist, wo Algerien aber regional begrenzt Souveränitätsrechte an die Polisario abgetreten hatte, konkurrierten die algerische Polizei und die Polisario geradezu um die besseren, d.h. in diesem Falle: intensiveren Maßnahmen zur Terrorabwehr. Als ausländischer Besucher wurde man so völlig von jedem Kontakt zur Bevölkerung abgeschnitten und durch eher symbolische, aber umso augenfälligere Maßnahmen (jedes entgegenkommende Fahrzeug wurde von der Straße abgedrängt) in ein Verhältnis zur Umwelt gesetzt, das eher von Angst und Beunruhigung geprägt – obgleich keineswegs angemessen – war. Die diffuse Bedrohung durch AQIM – für die jeder Taschendiebstahl ein Indiz ist – ist nicht nur ein Anlass für innere Militarisierung, sondern auch für neue, grenzüberschreitende Fragen der Souveränität.

EU Strategie für den Sahel

Die AQIM bot auch den entscheidenden Anlass für die Europäische Union, ihre erste umfassende Regionalstrategie zu entwikkeln. Nicht zufällig bezieht sich diese Strategie auf eine Region, die vom EU-Terrorismusbeauftragten, Gilles de Kerchove, als „Hinterhof" und vom deutschen Minister für Entwicklungszusammenarbeit, Niebel, als „Vorgarten" bezeichnet wird.[18]

Diese Strategie aus dem Frühjahr 2011[19] bezieht sich explizit auf die drei Länder Mauretanien, Mali und Niger, sollte aber auch deren Nachbarstaaten Algerien, Libyen und Marokko einbeziehen. Auswirkungen wurden auch auf Burkina Faso, Nigeria und Tschad angenommen. Wesentliches Problem bei der Bekämpfung von AQIM und der Organisierten Kriminalität sei die fehlende Sicherheitskooperation zwischen diesen Staaten, auch wird das „Fehlen" einer subregionalen Organisation konstatiert. Als Probleme werden die „gleichzeitigen Herausforderungen extremer Armut, regelmäßiger Hungersnöte, schnellen Bevölkerungswachstums, fragiler Regierungstätigkeit ungeklärter innerer Spannungen, die Gefahr islamistischer Rekrutierung, illegaler Handel und Gefährdungen in Verbindungen mit Terrorismus" identifiziert. Diese Probleme würden „zunehmend den Interessen europäischer Bürger entgegenstehen". Als eine Begründung hierfür dienen natürlich die Angriffe auf Europäer, die zuletzt zugenommen haben, jedoch wird auch offen ausgesprochen, dass es auch um den Schutz von Handelswegen und Pipelines geht: „Ein dringendes und unmittelbares Ziel ist der Schutz europäischer Bürger und Interessen, die Prävention von Angriffen/Anschlägen der AQIM auf dem Territorium der EU, die Reduzierung und Eindämmung des Handels mit Drogen und anderer Formen illegalen Handels, der für Europa bestimmt ist, die Sicherung des rechtmäßigen Handels, der Verbindungswege durch den Sahel (Straßen, Pipelines) und existierender ökonomischer Interessen sowie die Schaffung einer Grundlage für Handel und Investitionen aus der EU". Entwicklung und Sicherheit im Sahel hätten demnach auch einen Einfluss auf die Situation der Inneren Sicherheit in Europa, deshalb wird eine engere Vernetzung von Innerer und Äußerer Sicherheit und der entsprechenden Instrumente angemahnt und auch auf die Strategie zur Inneren Sicherheit und das Stockholm-Programm verwiesen. In Aussicht gestellt werden v.a. umfangreiche Programme zum „Kapazitätsaufbau" in der Kernfunktion von Governance, der „Bereitstellung von Sicherheit". Im Kern soll es darum gehen, diese Staaten gegen AQIM aufzurüsten. Denn „in wenigen Bereichen ist der Zusammenhang zwischen Sicherheit und Entwicklung deutlicher: Die Schwäche von Regierungen wirkt sich auf die Instabilität der Region ebenso aus, wie auf die Unfähigkeit, sowohl Armut, als auch Sicherheitsbedrohungen zu bekämpfen... Armut erzeugt Instabilität, die unkontrollierte Migrationsströme auslösen kann. Die Bedrohung durch terroristische Aktivitäten der AQIM, die im Norden Malis ein Rückzugsgebiet gefunden hat, fokussiert sich auf westliche Ziele und fordert zunehmend nicht nur Geld, sondern auch Leben, was die Anreize für Investitionen in der Region reduziert. Die Ressourcen der AQIM und ihre operationellen Fähigkeiten schienen deutlich schneller zu steigen, als die Kapazitäten, die den Staaten zu ihrer Bekämpfung zur Verfügung stehen."

Es geht bei der Sahel-Strategie u.a. um die Fähigkeit, „interne Spannungen zu befrieden". Dabei soll zunächst an die existierenden Initiativen in diesem Bereich angeknüpft werden, die im Wesentlichen darin bestehen, dass Sondergesetze, Sonderpolizeien und Sonderstaatsanwaltschaften für Delikte aus dem Bereich des Terrorismus und des Drogenhandels etc. geschaffen werden. Außerdem wird auf die Gründung eines gemeinsamen

militärischen Hauptquartiers in Algerien unter der Beteiligung Nigers, Malis und Mauretaniens verwiesen, welches gemeinsame Einsätze gegen AQIM koordinieren soll. Durch die enge Verknüpfung von Sicherheit und Entwicklung und der Behauptung, dass Sicherheit eine Vorbedingung für Entwicklung sei, wird implizit auch gedroht, dass Entwicklungshilfe keinen Sinn mache, solange keine befriedigende Sicherheitslage hergestellt sei, dass diese also von der Kooperation in Sicherheitsfragen abhängig gemacht wird. Das kommt auch in der Unterscheidung zwischen „kurz- und mittelfristigen Zielen" zum Ausdruck: Zunächst (binnen 3 Jahren) soll humanitäre Hilfe zusammen mit Aufrüstung und der Beilegung kleinerer Konflikte eine bessere Versorgung der Bevölkerung gewährleisten, AQIM und „kriminelle Netzwerke" zurückdrängen und das Verhältnis der Bevölkerung zu ihrer Regierung verbessern. Dabei wird an vielen Stellen deutlich, dass die Hilfe nach Sicherheitskriterien vergeben und die Sichtbarkeit/Präsenz/Kontrolle des Staates erhöhen soll. Binnen 5-10 Jahren soll dann politische Stabilität und ökonomische Entwicklung, v.a. durch ausländische Investitionen hergestellt werden.

Bislang seien für die Erreichung dieser Ziele etwa 650 Mio. Euro aus dem Europäischen Entwicklungsfonds (EDF) und dem Instrument für Stabilität bereitgestellt, weitere 150 Mio. könnten aus dem EDF mobilisiert werden. Hinzukommen sollen Mittel (und Personal) aus den Mitgliedsstaaten sowie aus der Finanzierung von evtl. stattfindenden EU-Missionen. Die Umsetzung der Strategie und die Koordination zwischen gemeinschaftlichen und nationalstaatlichen Instrumenten gilt als Testfall für den neu aufgestellten Europäischen Auswärtigen Dienst. Die Koordination soll durch den Regionalbeauftragten des EAD für Afrika erfolgen oder durch einen Sonderbeauftragten, der unter dessen Verantwortung agiert. Zugleich sollen die EU-Botschaften (Delegationen) ausgebaut werden und ein regionales Netzwerk zur Umsetzung der Strategie sowie in jedem Land „Arbeitsgruppen zu Sicherheit und Entwicklung" bilden.

Aussichtslose Militarisierung

Zusammenfassend handelt es sich um eine Strategie zur Aufstandsbekämpfung, in der humanitäre Maßnahmen integriert, jedoch europäischen Interessen untergeordnet sind. Maßnahmen zur langfristigen Vermeidung der periodisch auftretenden Hungersnöte sind hingegen nicht enthalten. In der Konsequenz wird diese Strategie auf die weitere Militarisierung der Region hinauslaufen. Ob damit tatsächlich eine „Befriedung" der Sahara möglich ist und so die Vorbedingungen für europäische Investitionen (etwa: Desertec) geschaffen werden können, erscheint bereits vom Grundsatz her zweifelhaft, dürfte jedoch durch die NATO-Intervention in Libyen und die Unterstützung der marokkanischen Besatzungspolitik in der Westsahara noch unwahrscheinlicher geworden sein.

Anmerkungen

1 Ärzte ohne Grenzen: „Häftlinge in Libyen werden gefoltert", Pressemitteilung vom 26.1.2012.
2 „Statement by High Representative Catherine Ashton on reports of the ill-treatment of detainees in Libya", Pressemitteilung vom 31.1.2012.
3 International Crisis Group: Holding Libya Together - Security Challenges after Qadhafi, ICG Middle East/North Africa Report Nr.115.
4 Wolfram Lacher: Libyens Neuanfang - Herausforderungen des Übergangsprozesses, SWP-Aktuell 1/2012.
5 Reuters berichtete etwa am 1.2.2012 von einem Gefecht zwischen „Milizen aus den Städten Misrata und Sintan": „Der Grund der Auseinandersetzung war zunächst nicht bekannt" („Libysche Milizen beschießen sich in Tripolis", Reuters, 1.2.2012). Ende Januar berichtete u.a. die junge Welt, dass Bani Walid wieder von Gaddafi-Anhängern erobert worden sei, über Gefechte zwischen diesen und anderen Milizen in Bani Walid und Syrte berichteten auch zahlreiche Nachrichtenagenturen.
6 Wolfram Lacher: Libyens Neuanfang - Herausforderungen des Übergangsprozesses, SWP-Aktuell 1/2012.
7 S.z.B.: Rebellen erobern Waffenlager Gaddafis, faz.net vom 29.06.2011.
8 Christoph Marischka: Weltherrschaft durch die Kontrolle von Strömen, IMI-Analyse 2009/001, in: IMI/DFG-VK: Kein Frieden mit der NATO, 2009.
9 Christoph Marischka: Tschad - Die EUFOR als Brandbeschleuniger, in: Tobias Pflüger (Hrsg.): Militärmacht EUropa: Eine Zwischenbilanz, Tübingen 2009.
10 International Crisis Group: Africa without Qaddafi - The Case of Chad, ICG Africa Report Nr. 180, 21.10.2011.
11 Scott Stewart: Mali Besieged by Fighters Fleeing Libya, Stratfor.com, 2.2.2012.
12 „Kämpfe lösen Flüchtlingswelle aus", derstandard.at, 6.2.2012.
13 „Mali muss Schutz der Tuareg garantieren", Pressemitteilung der GfbV vom 3.2.2012.
14 „MALI-NIGER: Displaced Malians burden food-insecure hosts", irinnews.org, 6.2.2012.
15 Die folgenden Angaben basieren auf Erlebnissen und Gesprächen im Rahmen einer von Gliederungen der Polisario organisierten Reise zum 13. Kongress der Frente Polisario vom 13.-20.12.2011.
16 In Ermangelung konkreter Hinweise auf eine Verbindung zur Al Kaida um Bin Laden wird dabei vornehmlich ein Zusammenhang zur in Kolumbien aktiven FARC hergestellt; ein sehr anschaulichen Beispiel, wie dieser Zusammenahng durch einen kurzfristig angeworbenen „Informanten" der US-Drogenbekämpfungsbehörde hergestellt wurde, findet sich in der Anklageschrift gegen „Oumar Issa, Harouna Toure and Idriss Abelrahman", die im Internet kursiert.
17 Werner Ruf: Geopolitik und Ressourcen: Der Griff der USA nach Afrika, in: Österreichisches Studienzentrum für Frieden und Konfliktlösung (2008): Von kalten Energiestrategien zu heißen Rohstoffkriegen? Schachspiel der Weltmächte zwischen Präventivkrieg und zukunftsfähiger Rohstoffpolitik im Zeitalter des globalen Treibhauses. Lit Verlag 2008.
18 Bundestags-Plenarprotokoll 17/3.
19 European Union External Action Service: Strategy for Security and Development in the Sahel, abrufbar unter www.eeas.europa.eu/africa/docs/sahel_strategy_en.pdf.

Fotos aus einem UN-Video von der „Conference on Transitional Justice and Reconciliation in Libya" in Tripoli, http://www.un.org/

Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. - Hechinger Str. 203 - 72072 Tübingen

Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. - Hechinger Str. 203 - 72072 Tübingen

Münchner Sicherheitskonferenz

Deutsches Europa und Verhärtung der Fronten

von Jürgen Wagner

Vom 3. bis zum 5. Februar 2012 fand in diesem Jahr einmal mehr die Münchner Sicherheitskonferenz statt. Das diesjährige „Klassentreffen westlicher Sicherheitspolitiker"[1] stand stark im Zeichen einer bereits im Vorfeld von Konferenzleiter Wolfgang Ischinger angestoßenen Debatte um die Forderung nach einer deutschen Führungsrolle in der Europäischen Union. Aber auch die drohenden Kriege gegen den Iran und Syrien sowie das Verhältnis zwischen der NATO und Russland, insbesondere in der Frage der geplanten Raketenabwehr, spielten eine wichtige Rolle.

„An Deutschlands Wesen soll Europa genesen"

Spätestens seit dem Ausbruch der Eurokrise beansprucht Deutschland ganz offen die Vormachtstellung in der Europäischen Union – und reißt damit im Handstreich einen der Eckpfeiler ein, der das Staatenbündnis bis dato zusammenhielt. So schreibt etwa der Nachrichtendienst Strategic Forecast: „Das Paradigma, das zur Gründung der Europäischen Union führte – dass Deutschland angeleint und eingedämmt würde – verändert sich. Deutschland hat nicht nur seine Stimme wiedergefunden, es beginnt damit, seine nationalen Interessen zu formulieren und an ihnen festzuhalten. […] In Deutschland hat sich ein Konsens herausgebildet, dass es an Deutschland sei, die Regeln der Eurozone neu zu gestalten. Als Ankermitglied der Europäischen Union hat Deutschland hierfür gute Argumente. Aber das war nicht die ‚Union', der sich der Rest Europas verschrieben hat."[2] Europa steht inzwischen ganz offen unter „deutscher Fuchtel", wie auch Stephan Kaufmann kürzlich in den „Blättern für deutsche und internationale Politik" kritisierte.[3]

Kaum verwunderlich ist es, dass dieser Dominanzanspruch keineswegs in allen EU-Hauptstädten auf ungeteilte Begeisterung stößt. Der Ärger über die nassforsche Art ist teils erheblich. „Großbritannien wird niemals eine deutsche Führungsrolle akzeptieren", so etwa ein Artikel der „Group on Grand Strategy", ein Zusammenschluss europäischer Geopolitiker.[4] Auch Mark Leonard, Chef des einflussreichen „European Council on Foreign Relations", machte unlängst seinem Ärger überdeutlich Luft[5], während Romano Prodi, ehemaliger italienischer Ministerpräsident und Ex-EU-Kommissionschef, die neue europäische Hackordnung folgendermaßen beschreibt: „Früher war es so, dass Frankreich die politische und Deutschland die ökonomische Führung innehatte. Jetzt entscheidet die Dame (Kanzlerin Angela Merkel) und (der französische Präsident) Sarkozy hält eine Pressekonferenz, um ihre Entscheidungen zu erklären."[6] Charles Grant vom britischen „Centre for European Reform" bilanziert: „Zum ersten Mal in der Geschichte der EU haben nun die Deutschen das Sagen. Doch zugleich sind sie isolierter als zuvor."[7]

PR-Maßnahmen sind also dringend notwendig, um Resteuropa den deutschen Führungsanspruch schmackhaft zu machen – und die diesjährige Münchner Sicherheitskonferenz schien aus Sicht ihres Leiters, des Tübinger Honorarprofessors Wolfgang Ischinger, der ideale Ort dafür zu sein. Unmittelbar im Vorfeld der Konferenz forderte er in einem Interview die anderen EU-Staaten mit geradezu abenteuerlicher Dreistigkeit auf, sich mit dem neuen deutschen Führungsanspruch abzufinden. Viel wichtiger sei es, die hiermit einhergehenden wesentlichen Fragen zu diskutieren: „Was bedeutet es für Europa, dass jetzt im Grunde EIN Land den Ton angibt und dass, von außen betrachtet, Frau Merkel und nicht Herr Barroso sozusagen der Entscheider über die Zukunft der Eurozone geworden ist? Ich habe dazu eine Diskussion angesetzt und freue mich, dass die eingeladenen Teilnehmer alle zugesagt haben."[8]

Es stelle sich also „die Frage nach der neuen deutschen Verantwortung, nach der neuen deutschen Führungsstärke und Führungskraft." Für Ischinger lautet die Antwort, es sei nun Deutschlands Aufgabe, „die Rolle des – es gibt diesen wunderbaren englischen Begriff vom „benign hegemon", – des gutmütigen Hegemon zu spielen." Aber Ischingers Äußerungen sind auch nach innen gerichtet – an all diejenigen der herrschenden politischen Klasse, denen solche Töne und Ambitionen doch zu steil sind: „Von einer Führungsmacht wird erwartet, dass sie Verantwortung übernimmt, dass sie Anstöße gibt, dass sie Impulse setzt. Dass sie führt. […] Und die deutsche politische Klasse wird sich an diese neue Führungsverantwortung gewöhnen müssen. […] Eine Führungsmacht muss über ihre eigene Verantwortung und Machtausübung auch mit sich selbst diskutieren."

Gemäß der von Ischinger vorgegebenen Choreografie, spielte dieses Thema auf der Sicherheitskonferenz dann sowohl im Auftaktvortrag von Verteidigungsminister Thomas de Maiziere als auch in der anschließenden Diskussionsrunde über „Deutschlands Rolle in Europa und der Welt" eine zentrale Rolle. Dabei wurde bei der Zusammenstellung der Runde offensichtlich darauf geachtet, dass sich die Teilnehmenden bezüglich der deutschen Vormachtansprüche weit gehend auf Ischingers Wellenlänge befinden würden. Vor allem der polnische Außenminister Radoslaw Sikorski war unlängst mit seiner Forderung nach einer stärkeren deutscher Führungsrolle in Erscheinung getreten, was augenscheinlich auf Ischingers Wohlwollen stieß und ihm die Eintrittskarte für die Debatte auf der Sicherheitskonferenz löste: „Darunter [unter den Teilnehmern der Diskussionsrunde zur deutschen Rolle] wird auch der polnische Außenminister Radoslaw Sikorski sein, der im Dezember in Berlin eine Rede gehalten hat, in der er – erstaunlich für einen Vertreter der polnischen Regierung – ausgerufen hat, dass er deutsches Nichthandeln viel mehr fürchte als deutsches Handeln. Er hat damit den Deutschen zugerufen: ‚Nehmt Eure Führungsaufgabe wahr.' Ist das nicht eine Sensation, dass im Jahr 2011 Polen den Deutschen zuruft: ‚Führt!' Können wir das? Machen wir das richtig? Wie wird sich das auf die Gesamtstellung der Europäischen Union und ihre Rolle in der Welt auswirken?"

Der britische Historiker Timothy Garton Ash konstatierte in der Debatte bei der Sicherheitskonferenz nüchtern: „Früher saß Frankreich am Steuer und Deutschland auf dem Beifahrersitz." Nun aber sei Deutschland der „Quasi-Hegemon". So besehen erfüllten die geladenen Gäste wohl Ischingers Erwartungen: „Es geht allein um die Frage, welche Rolle Deutschland in der Welt spielen soll. Der britische Publizist Timothy Garton Ash trägt dem Land die Führungsrolle im neuen Europa an. Und Polens Außenminister Radoslaw Sikorski fordert Berlin dazu auf, doch zumindest als größter Einzelaktionär der Europa-AG den anderen Staaten einen Weg aus der Krise zu weisen."[9]

Allzu forsch wollte Verteidigungsminister Thomas de Maiziere diese Steilvorlage jedoch dann doch nicht in ein Tor für die

Propagandist eines deutschen Europas. Der Leiter der Münchner Sichehreitskonferenz, Wolfgang Ischinger. Foto: Münchner Sicherheitskonferenz, Frank Plitt

deutsche Führung(srolle) verwandeln. Im Bewusstsein, dass eine deutsche Führungsrolle innerhalb Europas – vorsichtig formuliert – nicht überall auf ungeteilte Zustimmung stößt, ging er etwas vorsichtiger als Ischinger zu Werke. Dennoch reklamierte auch er eine deutlich neue deutsche Rollenzuschreibung: „‚Die Rolle Deutschlands in der Welt'. […] Lange Zeit wäre alleine diese Fragestellung, insb. die Frage nach der militärischen Rolle oder Verantwortung Deutschlands, einem Tabubruch gleichgekommen. Zwar hat Deutschland bereits vor 1990 militärisch Verantwortung getragen. Eine gesteigerte Eigenständigkeit oder gar eine Führungsrolle in der Welt war jedoch weder von innen gewollt – aber auch nicht von außen gewünscht – und auch das war verständlich."

Gottlob sei dieser – aus Sicht des Verteidigungsministers augenscheinlich suboptimale – Zustand nun ein für allemal „erfolgreich" überwunden: „Das alles ist vorbei (wenn auch vielleicht noch nicht in allen Köpfen). Viele unsere Partner sehen uns längst als ‚gleichberechtigten' und damit auch ‚gleichverpflichteten' Partner an." Und weil dem so sei, müsse Deutschland auch bereit und in der Lage sein, in dem Maße militärisch „Verantwortung" und „Verpflichtungen" zu übernehmen, wie es seinem machtpolitisch-ökonomischen Gewicht in Europa und der Welt entspreche. Vor allem die Neuorientierung der Vereinigten Staaten erfordere – ungeachtet aller von den beiden US-Vertretern Hillary Clinton und Leon Panetta vorgebrachten Treueschwüren zu Europa - eine Stärkung der EU-Militärkapazitäten: „Nicht zuletzt durch die verstärkte strategische Ausrichtung der Amerikaner in Richtung Pazifik wird Europa künftig stärker für die eigene Sicherheit sorgen müssen – ob Europa das will oder nicht. […] Europa muss in der Lage sein, (auch militärisch) Verantwortung für sich selbst und die Sicherheit in seiner unmittelbaren Nachbarschaft zu übernehmen." Bei alledem gelte es aber für Deutschland, den Bogen angesichts der Vorbehalte vieler EU-Staaten nicht zu überspannen, warnte de Maiziere gleichzeitig: „In Europa wird im übrigen im Moment eher über zu viel deutsche Führung (als über zu wenig deutsche Führung) die Stirn gerunzelt."

Iran und Syrien: Konfrontation statt Kooperation

Auch der stellvertretende israelische Außenminister Daniel Ayalon forderte auf der Sicherheitskonferenz vehement eine deutsche Führungsrolle ein – und zwar ausgerechnet bei der Verschärfung des Eskalationskurses gegenüber dem Iran: „Wir haben keinen Zweifel am Bedarf für Führung aus Deutschland. Wir erwarten eine deutsche Führung." Mit alarmistischen Vergleichen trommelte Ayalon für eine weitere Eskalation. Der iranische Präsident Mahmud Ahmadinedschad sei „so gefährlich für die Welt wie Hitler in den 30er-Jahren." Die deutschen Vertreter fühlten sich angesichts der Forderung, Farbe zu bekennen, ob sie sich an einem Angriff gegen den Iran beteiligen würden, sichtlich unwohl und vermieden eine klare Positionierung. Er halte eine solche Festlegung in der jetzigen Lage für „nicht angemessen", so Verteidigungsminister Thomas de Maizière. Man nehme Israels Sorgen ernst: „Aber wir warnen auch vor Abenteuern."[10] Explizit ausschließen wollte der Verteidigungsminister eine deutsche Kriegsbeteiligung aber augenscheinlich auch nicht.

Obwohl der jüngste Bericht der Internationalen Atomenergiebehörde vom November 2011 keinerlei schlüssige Beweise liefert, dass der Iran an einer Atombombe arbeitet (Kernsatz: „some activities may still be ongoing"), verschärft sich der Konflikt seit der Veröffentlichung in beängstigendem Tempo. Spekulationen um einen bevorstehenden israelischen Angriff auf den Iran erhielten unmittelbar vor Beginn der Sicherheitskonferenz durch einen Artikel in der Washington Post neue Nahrung, in dem es hieß: „[US-Verteidigungsminister] Panetta geht davon aus, dass es eine hohe Wahrscheinlichkeit gibt, dass Israel den Iran im April, Mai oder Juni angreifen wird."[11] Panetta selbst betonte auf der Sicher-

Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. - Hechinger Str. 203 - 72072 Tübingen

Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. - Hechinger Str. 203 - 72072 Tübingen

heitskonferenz, die USA würden sich weiter alle Optionen offen halten, also auch die eines Krieges gegen den Iran: „Meiner Meinung nach ist es jetzt das Wichtigste, die internationale Gemeinschaft zusammen zu halten", sagte der US-Verteidigungsminister. „Wir müssen den Druck aufrechterhalten und den Iran überzeugen, dass er keine Nuklearwaffen entwickeln und in die internationale Familie der Nationen zurückkehren sollte." Seit Wochen wird auch in den USA der Ruf nach einem Militärschlag gegen den Iran immer lauter. So lautet der Titel eines Artikels in der aktuellen Ausgabe der „Foreign Affairs", dem wohl einflussreichsten außenpolitischen Magazin der USA: „Zeit, den Iran anzugreifen".[12]

Allerdings sollte nicht vergessen werden, dass der (verdeckte) Krieg gegen den Iran schon längst begonnen hat: Die USA rüsten seit Jahren oppositionelle Gruppen auf, US-Spezialeinheiten operieren Berichten zufolge schon länger verdeckt im Iran und iranische Wissenschaftler werden immer häufiger Opfer gezielter Tötungen – ohne dass von deutscher (und anderer westlicher) Seite hieran entschiedene Kritik geäußert würde. Im Gegenteil, die Bundesregierung trägt den Wirtschaftskrieg, in Form verschärfter Sanktionen und zuletzt des EU-Ölembargos voll mit und beteiligt sich somit rege an dem derzeitigen Eskalationskurs, der eine militärische Konfrontation immer wahrscheinlicher werden lässt.

Zwar warnte Konferenzleiter Wolfgang Ischinger vor einer solchen Eskalationsspirale: „Es darf nicht die Lage entstehen, dass am Ende die Politik ihren Bankrott erklären muss." Bezüglich seiner gleichzeitig erhobenen Forderung, neben Sanktionen müssten Teheran auch ernsthafte Dialogangebote gemacht werden, hätte er sich aber zuerst einmal an die eigene Nase fassen sollen. „Iran, der heimliche Gast", titelte die Welt[13] und bringt damit (ungewollt) das Problem auf den Punkt: Man spricht über den Iran, aber nicht mit ihm. Dies war auch auf der Sicherheitskonferenz so, zu der kein Vertreter der iranischen Regierung eingeladen wurde, um Teherans Sichtweise darstellen zu können. Das Motto der Sicherheitskonferenz - „Frieden durch Dialog" – erscheint vor diesem Hintergrund nur wie ein schlechter Witz.

Vertrauensbildende Maßnahmen wären angesichts der sich zuspitzenden Situation umso wichtiger. Die Destabilisierungskampagne und die verdeckte Kriegsführung müssten sofort beendet und Verhandlungen ohne Vorbedingungen aufgenommen werden. Dem Iran müsste endlich ein substanzielles Angebot in Aussicht gestellt werden – vor allem eine Nicht-Angriffsgarantie im Austausch für Zugeständnisse bei der Überwachung seines Atomprogramms. Von iranischer Seite wurde ein solches Verhandlungspaket wiederholt in die Debatte eingebracht – allerdings ohne Resonanz. Stattdessen werden Konsultationen verweigert und Drohungen ausgesprochen, auch auf der Sicherheitskonferenz – „Frieden durch Dialog" ist etwas anderes.

Auch bezüglich den Auseinandersetzungen in Syrien wurde kräftig an der Eskalationsspirale gedreht, ohne dass ein Vertreter der Regierung in Damaskus eingeladen worden wäre, sich an der Debatte beteiligen zu können. Vor allem China und Russland gerieten dabei ins Kreuzfeuer der Kritik, da sie eine alleinige Verurteilung der syrischen Regierung ablehnten. So kritisierte die jemenitische Frauenrechtlerin und Friedensnobelpreisträgerin Tawakkul Karman: „Assad begeht Verbrechen und Russland und China unterstützen ihn dabei." Sie rief die Länder des Westens auf, Syrien zu isolieren: „Vertreiben Sie die syrischen Botschafter aus ihren Ländern und ziehen Sie ihre eigenen Botschafter ab." US-Senator Joe Lieberman schlug noch konkretere Maßnahmen vor: „Ich denke, wir sollten damit anfangen, die Freie Syrische Armee zu unterstützen. Das kann medizinische Unterstützung sein, Unterstützung in Bezug auf Informationen, Aufklärungsergebnisse, die wir sammeln, und schließlich können wir ihnen natürlich Waffen liefern und sie ausbilden."

Was hierbei geflissentlich ausgeblendet wird: Auch die „Freie Syrische Armee" ist für zahlreiche Todesopfer verantwortlich. Der Westen macht aber allein die syrische Regierung für die dramatische Lage verantwortlich. Diese einseitige Parteinahme ist die Hauptkritik von russischer und chinesischer Seite. Gegenstand der Auseinandersetzungen war vor allem ein UN-Resolutionsentwurf, der u.a. vom Westen unterstützt, von Moskau und Peking aber bemängelt wurde. Der Resolutionsentwurf, so der russische Außenminister Sergej Lawrow, habe zum Ziel, „die Aufmerksamkeit von den bewaffneten Gruppen in Syrien, die Waffen, Ratschläge und andere Hilfe aus dem Ausland bekommen, abzulenken." Diese Tatsache „zu vertuschen" sei das eigentliche Ziel der Resolution, wodurch der Blick auf das Kernproblem verstellt würde: „Das Wesentliche besteht eben darin, dass es in Syrien mehr als nur eine Quelle von Gewalt gibt."[14] Aus chinesischer Sicht sei der „Missbrauch" der Libyen-Resolution für einen militärischen Regimewechsel eine „negative Fallstudie" gewesen, die sich im Falle Syriens nicht wiederholen dürfe, hieß es in einem quasi-offiziellen chinesischen Zeitungsartikel.[15] Mit einer Syrien-Resolution wäre der Weg in eine bewaffnete westliche Militärintervention vorgezeichnet, so Außenminister Lawrow bei einer Pressekonferenz am Rande der Sicherheitskonferenz: „Wenn diese Resolution angenommen wird und Assad nicht geht, was passiert denn eigentlich dann? Was ist der Plan?"[16]

Noch deutlicher war die Kritik des russischen Ex-Premiers und -Außenministers Jewgeni Primakow: „Besorgnis haben allerdings Stellen im Resolutionsentwurf hervorgerufen, die einige westliche und arabische Länder vorgeschlagen hatten. Diese Stellen könnten, wie die Ereignisse in Libyen gezeigt hatten, für eine bewaffnete Intervention in Syrien gebraucht werden. Wie es mir scheint, wollten Russland und China nicht zum zweiten Mal betrogen werden. Erst vor kurzem hatten die USA diese Länder gebeten, ihr Veto-Recht nicht gegen die Libyen-Resolution der Uno anzuwenden. […] Damals wurde aber dieser ‚unklare' Teil der Uno-Resolution unmittelbar für den Sturz des Gaddafi-Regimes gebraucht. […] Was steht hinter der antisyrischen Position? Die USA und ihre Nato-Verbündeten wollen die im Frühjahr 2011 entstandene Situation in der arabischen Welt ausnutzen und die ihnen unangenehmen arabischen Regimes beseitigen. Syrien ist hauptsächlich deshalb zum Opfer geworden, weil es dem Iran nahe steht. Die Beseitigung des jetzigen Regimes in Syrien ist ein Teil des Plans zur Isolation des Iran."[17]

Und tatsächlich, die Vorbehalte Russlands und Chinas sind verständlich, denn der Sturz des syrischen Machthabers Bashar al-Assad scheint im Westen beschlossene Sache zu sein. Am Vortag der Sicherheitskonferenz äußerte sich Außenminister Guido Westerwelle, Assad habe „keine Zukunft mehr."[18] Am Tag nach der Sicherheitskonferenz gab auch US-Außenministerin Hillary Clinton an: „Wir müssen den diplomatischen Druck auf das Assad-Regime erhöhen und daran arbeiten, den Leuten um Präsident Assad klarzumachen, dass er gehen muss."[19]

Vor diesem Hintergrund erfolgte das Doppelveto Russlands und Chinas gegen den eingebrachten UN-Resolutionsentwurf. Westlicherseits wurde hierauf überaus scharf reagiert. „Angewidert" sei sie, gab die amerikanische UN-Botschafterin Susan Rice an. Guido Westerwelle nannte das Veto „sehr enttäuschend" und eine „klare Fehlentscheidung".[20] Doch solche Äußerungen sind scheinheilig. Schon länger kursieren Gerüchte, die auch von den Andeutungen russischer Offizieller gestützt werden, dass „die bewaffneten Kräfte unter den Aufständischen bereits

jetzt vom Westen und seinen arabischen Verbündeten aufgerüstet werden."[21] Einmal mehr wird versucht, eine – zweifelsohne schlimme – Konfliktsituation zugunsten der eigenen Agenda und unter Verweis auf Menschenrechtsverletzungen für einen Regimewechsel zu nutzen. Dass es die Bundesregierung Ende Januar abgelehnt hat, einen Abschiebestopp für Flüchtlinge aus Syrien zu erlassen, sagt eigentlich schon alles über diesen Vorgang.[22]

Die zur Schau gestellte vollkommen einseitige Parteinahme, die Drohkulissen und das Säbelrasseln tragen ganz sicher nicht dazu bei, eine Verhandlungslösung zu finden, obwohl das angesichts der zahlreichen Toten dringend erforderlich wäre – und wie im Falle des Iran drängt sich auch für Syrien der Verdacht auf, dass dies vom Westen überhaupt nicht gewünscht wird.

NATO-Russland: Kein Licht am Ende des Tunnels

Unübersehbar war, wie ruppig vor, während und nach der Sicherheitskonferenz der Ton und Umgang zwischen westlichen Vertretern und Russland waren. Das Gespräch zwischen Hillary Clinton und Sergej Lawrow am Rande der Münchner Sicherheitskonferenz sei „sehr heftig" verlaufen, heißt es aus den Reihen der US-Delegation.[23] Neben dem Iran und Syrien ist der Hauptstreitpunkt weiterhin das geplante NATO-Raketenabwehrsystem, dessen Kommandozentrale im pfälzischen Ramstein angesiedelt werden soll. Bis zum NATO-Gipfel in Chicago im Mai sollen erste Teile des Systems an den Start gehen, was Verteidigungsminister Thomas de Maiziere zufriedenzustellen scheint: „Ich bin froh, dass wir mit der Umsetzung mittlerweile so weit sind, dass wir in Chicago eine begrenzte Einsatzbereitschaft feststellen können."

Am Tag der Sicherheitskonferenz kritisierte der russische Regierungschef Wladimir Putin die Raketenabwehrpläne scharf, da er sie nicht – wie offiziell stets behauptet – gegen den Iran, sondern gegen Moskau gerichtet sieht. „Heute gibt es keine Bedrohungen aus dem Iran und Nordkorea. Nach dem heutigen Stand soll das Raketenabwehrsystem ohne Frage das Atomwaffenpotenzial Russlands neutralisieren."[24] Auf der Konferenz selbst gab Außenminister Lawrow an: „Bündnisse zu schaffen, die gegen andere gerichtet sind, ist ein Modell der Vergangenheit. Das könnte zu einer globalen Katastrophe führen." Bezüglich den Möglichkeiten, zu einer Einigung in der Raketenabwehrfrage zu gelangen, gab er an: „Ich sehe kein Licht am Ende des Tunnels."

Tatsächlich wird in der amerikanischen Fachpresse teils in vollkommener Offenheit eingestanden, dass es – genau wie von Putin vorgeworfen - tatsächlich um die Neutralisierung des russischen Zweitschlags- und damit Abschreckungspotenzials gehe. So hieß es schon vor einiger Zeit in einem Artikel der renommierten Foreign Affairs mit dem bezeichnenden Titel „Der Aufstieg der USA zur nuklearen Vorherrschaft" folgendermaßen: „Die Art von Raketenabwehr, die von den USA wahrscheinlich zum Einsatz gebracht werden wird, wäre primär in einem offensiven Kontext sinnvoll - nicht in einem defensiven - als Ergänzung einer amerikanischen Erstschlagfähigkeit, nicht als Schutzschild an sich. Wenn die Vereinigten Staaten einen Nuklearangriff gegen Russland (oder China) führten, blieben dem angegriffenen Land nur ein kleines Arsenal übrig - wenn überhaupt. Dann wäre sogar ein relativ bescheidenes oder wenig wirksames Raketenabwehrsystem zur Verteidigung gegen Vergeltungsschläge ausreichend, denn der schwer angeschlagene Feind hätte nur noch wenige Sprengköpfe und Ablenkungsattrappen. [...] Washingtons konsistente Weigerung, einen Erstschlag auszuschließen und die Entwicklung einer begrenzten Fähigkeit zur Raketenabwehr bekommen so eine neue, möglicherweise weit bedrohlichere Bedeutung."[25]

Dies lässt man sich einiges kosten. Allein die USA haben seit 1983 über 100 Mrd. für die Erforschung und Erprobung verschiedener Raketenabwehrsysteme ausgegeben – ohne dass auch nur eines davon bis heute ansatzweise funktionieren würde. Bis 2016 werden nach gegenwärtigen Haushaltsplänen mindestens weitere 19 Mrd. Dollar hinzukommen.[26] Demgegenüber wurden die zusätzlichen Kosten für die NATO-Raketenabwehr, bei der existierende Systeme lediglich „verdrahtet" werden sollen, anfänglich mit 200 Mio. Dollar als Peanuts eingestuft. Doch inzwischen wird allgemein davon ausgegangen, dass ein solches System um ein Vielfaches kostspieliger werden wird. Zu diesem Ergebnis gelangt u.a. eine Studie des Wissenschaftlichen Dienstes des US-Kongresses.[27]

Dementsprechend steigt auch der Druck auf die Verbündeten, sich mit mehr Geld an den US-Plänen zu beteiligen – schließlich fordern die USA seit Jahren immer vehementer eine „fairere Lastenteilung" im Bündnis. Nicht nur aus Kostengründen ist die Forcierung der NATO-Raketenabwehrpläne überaus problematisch. Denn Russland hat mittlerweile eine Reihe von Aufrüstungsmaßnahmen angekündigt bzw. bereits in Gang gesetzt, um der befürchteten Neutralisierung seines Zweitschlagpotenzials entgegenzuwirken.[28] Dies zeigt, wie destabilisierend solche – in Wahrheit offensiven – Raketenabwehrsysteme wirken, indem sie einen Rüstungswettlauf anheizen. Dies ist nicht nur die Sorge Russlands, auch China teilt diese Kritik und positioniert sich auch in dieser Frage eng an Moskaus Seite: „Die Raketenabwehrpläne von NATO und USA rufen nicht nur in Russland Sorgen hervor. Das ist an der Stellungnahme der ‚Shanghai Cooperation Organisation', der neben Russland auch China angehört, vom

Aufgetischt: Münchner Sicherheitskonferenz 2012, Foto: Münchner Sicherheitskonferenz/ Frank Plitt

Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. - Hechinger Str. 203 - 72072 Tübingen

Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. - Hechinger Str. 203 - 72072 Tübingen

Juni 2011 ersichtlich. Darin heißt es: ‚Das einseitige und unbegrenzte Wachstum von Raketenabwehrsystemen durch einen Staat oder eine Gruppe von Staaten kann die strategische Stabilität und internationale Sicherheit gefährden.'"[29]

Eine aktuelle Studie zum Thema benennt eine Reihe von vertrauensbildenden Maßnahmen, um die russisch-chinesischen Vorbehalte zu adressieren, beschreibt aber ebenso das Problem, weshalb diese nicht umgesetzt werden: „Solche Kooperationen könnten ein wenig Transparenz und Vertrauen schaffen. Doch auch bei vielen dieser Vorschläge dürfte es nicht einfach sein, Übereinstimmungen zu erzielen. Denn die USA sind nur sehr begrenzt an Transparenz interessiert."[30]

Afghanistan: Gekommen, um zu bleiben

Für Irritationen hatten im Vorfeld der Sicherheitskonferenz Meldungen gesorgt, die nahelegten, US-Verteidigungsminister Leon Panetta habe beschlossen, die US-Kampfverbände ein Jahr früher, statt Ende 2014, aus Afghanistan abzuziehen. Wie auch immer diese Meldung zustande kam, in München wurde Entwarnung gegeben: „Entgegen anderslautenden Darstellungen wollen die USA ihre Kampftruppen doch erst 2014 aus Afghanistan abziehen. Verteidigungsminister Leon Panetta stellte auf der Münchner Sicherheitskonferenz klar, dass die US-Truppen am Hindukusch wie vereinbart bis Ende 2014 kampfbereit bleiben werden. Demnach scheren die USA nicht aus der NATO-Planung für den Abzug aus."[31]

Die Rede ist hier allerdings ohnehin stets lediglich vom Abzug der Kampftruppen, ganz offen wird mittlerweile eingeräumt, andere Truppentypen würden noch deutlich über 2014 hinaus am Hindukusch stationiert bleiben. So äußerte sich Verteidigungsminister Thomas de Maiziere bei der Sicherheitskonferenz: „Wir haben den Afghanen unser Wort gegeben: Wir lassen sie nicht im Stich. Und auch wenn der Weg mühsam ist: In Chicago können wir dies mit einer klaren Aussage zu einem post-2014 Beitrag der NATO und der anderen beteiligten Staaten bekräftigen."

Laut dem Kommandeur der NATO-Truppe ISAF, John Allen, soll der Umfang dieser „post-2014-Truppe" durchaus beachtlich sein. Offiziell werden sie als Ausbilder der afghanischen Armee fungieren – allerdings als Ausbilder mit der Lizenz zum Kämpfen und Töten: „Wenn die Schutztruppe Afghanistan verlassen hat, werden von der Nato nur Ausbilder bleiben. Doch auch diese könnten in Kämpfe verwickelt werden, sagt Isaf-Chef Allen. […] Schätzungen zufolge sollen bis zu 40.000 Nato-Soldaten als Ausbilder in Afghanistan bleiben."[32]

Kriegspolitik auf Kosten des Steuerzahlers

Auch in diesem Jahr wurde die Sicherheitskonferenz üppig mit staatlichen Mitteln gesponsert. In der Antwort auf eine Kleine Frage der Bundestagsabgeordneten Ulla Jelpke gibt die Bundesregierung an, 330 Bundeswehrsoldaten würden die Konferenz im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit der Bundeswehr unterstützen. Ihre Tätigkeiten würden u.a. Vorbereitung, Durchführung und Nachbereitung des Treffens, die Koordinierung von Telekommunikationsleistungen sowie den Aufbau und den Personentransport umfassen. Die Personalkosten von etwa 576.000 Euro sowie 49.000 Euro für Sachleistungen würden dem Veranstalter nicht in Rechnung gestellt. „Hinzu kommt eine Förderung durch das Bundespresse- und Informationsamt in Höhe von 350.000 Euro. Die Gesamtförderung der Konferenz umfasst damit insgesamt fast eine Million Euro. Die Bundesregierung ist damit mit Abstand größter Sponsor des als ‚Privatsache' deklarierten Unterfangens: Der Veranstalter Ischinger rechnet selbst nur mit Gesamtkosten von 590.000 Euro."[33]

Anmerkungen:

1 Sicherheitskonferenz in München: Ist Deutschland eine Militärmacht? Focus Online, 03.02.2012.
2 Zeihan, Peter: Germany: Mitteleuropa Redux, Stratfor, 16.03.2010.
3 Kaufmann, Stephan: Europa unter deutscher Fuchtel, Blätter für deutsche und internationale Politik 1/2012, S. 5-8.
4 Rogers, James: 'Britain will never accept German leadership', European Geostrategy, 19.01.2012: http://europeangeostrategy.ideasoneurope.eu/2012/01/19/britain-will-never-accept-german-leadership/
5 Leonard, Mark: A marginalised Britain makes EU break-up more likely, ECFR, 03.11.2011: http://ecfr.eu/content/entry/commentary_a_marginalised_britain_makes_eu_break_up_more_likely; siehe auch Grant, Charles: Europa tanzt nach Deutschlands Pfeife, WeltTrends, Nr. 76, Januar/Februar 2011, S. 142-143.
6 Guérot, Guerot/Leonard, Mark: Die neue Deutsche Frage: Welches Deutschland braucht Europa?, ECFR Policy Brief, April 2011, S. 5.
7 Konicz, Thomas: „Kaltes neues Europa", hintergrund.de, 12.12.2011.
8 Wohin steuert Deutschland? 48. Münchner Sicherheitskonferenz: Die neue Deutsche Frage – Gutmütiger Hegemon in Europa – Interview mit Wolfgang Ischinger, Bayernkurrier, 28.01.2012: http://www.bayernkurier.de/?id=270&showUid=4530
9 Niveauvolle Debatte, drängende Krise, FR Online, 04.02.2012.
10 Deutschland will Führungsrolle, Passauer Neue Presse, 04.02.2012.
11 Is Israel preparing to attack Iran? Washington Post, 02.02.2012.
12 Kroenig, Matthew: Time to Attack Iran, Foreign Affairs, Januar/Februar 2012.
13 Iran, der heimliche Gast, Welt Online, 05.02.2012.
14 Nach UN-Veto: Lawrow kritisiert Syrien-Resolution als übereilt , RIA Novosti, 06.02.2012.
15 China verteidigt Veto gegen UN-Resolution, Süddeutsche Online, 06.02.2012.
16 Tagesschau, 04.02.2012 (20h).
17 Ex-Premier Primakow: Russlands Veto gegen Syrien-Resolution „völlig begründet", RIA Novosti, 06.02.2012.
18 Westerwelle fordert Assad zum Rückzug auf, Spiegel Online, 02.02.2012.
19 China verteidigt Veto gegen UN-Resolution, Süddeutsche Online, 06.02.2012.
20 Tagesschau, 04.02.2012 (20h)
21 Irans Achillesferse, german-foreign-policy.com, 06.02.2012.
22 Ebd.
23 Clinton und Lawrow geraten aneinander, Focus Online, 04.02.2012.
24 Iran und Afghanistan beschäftigen Sicherheitskonferenz, Zeit Online, 03.02.2012.
25 Lieber, Keir A./Daryl G. Press: The Rise of U.S. Nuclear Primacy, in: Foreign Affairs, März/April 2006.
26 Sommer, Jerry: Streitpunkt Raketenabwehr in Europa - Stand und Perspektiven vor dem NATO-Gipfel 2012, Studie im Auftrag Paul Schäfers, des verteidigungspolitischen Sprechers der Bundestagsfraktion DIE LINKE, Februar 2012: http://www.paulschaefer.info/fileadmin/lcmsschaefer/download/1202_raketenabwehr.pdf, S. 9.
27 Hildreth, Steven A./Ek, Carl: Missile Defense and NATO's Lisbon Summit, Congressional Research Service, 11.01.2011.
28 Rußland: Unangekündigte Antwort auf US-Raketenschild, Berliner Umschau, 30.12.2011.
29 Sommer: Streitpunkt Raketenabwehr, S. 14.
30 Ebd., S. 25.
31 Afghanistan-Abzug 2014: Blattschuss vom Isaf-Chef, Schweizer Fernsehen, 06.02.2012: http://www.tagesschau.sf.tv/Nachrichten/Archiv/2012/02/06/International/Afghanistan-Abzug-2014-Blattschuss-vom-Isaf-Chef
32 Isaf rechnet auch nach 2014 mit Kampfeinsätzen, Zeit Online, 06.02.2012.
33 Bundesregierung sponsert Münchner Sicherheitskonferenz mit fast einer Million Euro, Pressemitteilung von Ulla Jelpke, 03.02.2012.

Erscheint demnächst:

DIE MILITARISIERUNG VON FORSCHUNG UND LEHRE - EIN KRITISCHER STADTRUNDGANG DURCH DAS TÜBINGER UNIVIERTEL

Informationsstelle Militarisierung e.V.

Herausgeber des AUSDRUCKs ist die
Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V.
Die Beiträge spiegeln nicht notwendigerweise die Auffassung der Informationsstelle wieder.
Adresse: Hechinger Str. 203, 72072 Tübingen,
www.imi-online.de, e-mail: imi@imi-online.de,
Tel. 07071/49154